

# UNABHÄNGIGE Bauernstimme

März 1999 Nummer 210  
K 12858 / 5,00 DM

Eine Zeitung von Bäuerinnen  
und Bauern



Foto: dpa

## AGENDA 2000

### Wohin des Wegs?

Während in Brüssel rund 40.000 Bauern und Bäuerinnen gegen die Agenda 2000 demonstrierten, legten im Allgäu Bauern des Krisenstabes e.V. mit 450 Traktoren und einem Transparent für Stunden die B 18 lahm: „Wir wollen Bauern bleiben“ (Foto dpa).

Heino von Meyer sieht im Kommentar die Würfel über die Garantiepreise gefallen: „Garantiert wird nichts mehr, außer daß es garantiert mehr Markt und weniger Geld gibt.“ Jetzt komme es darauf an, die Stärkung der ländlichen Entwicklung zur 2. Säule auszubauen. **Seite 2**

Erläuterungen und weitere Einschätzungen zur Agenda 2000 und zur WTO auf den **Seiten 12 – 14**.

## REGIONEN

### Der Blick über die Oder

Die Bauernproteste in Polen schafften es einige Male auch in die Schlagzeilen deutscher Zeitungen. Daß dahinter mehr steht, als die Geschichte von ein paar am Markt gescheiterter Bauern vermittelt der Bericht auf **Seite 3**

### Tag der Region

Die Bayern und die Nordrhein-Westfalen haben den 10. Oktober 1999 zum Tag der Regionen erklärt. Überall in diesen Ländern sollen unterschiedlichste Aktionen auf die geschätzten Besonderheiten und Potentiale der Regionen aufmerksam machen. Noch besteht die Möglichkeit, sich zu beteiligen. **Seite 17**

## MARKT

### Bio-Getreide auf Erholungskur

So sehr, wie die letztjährige Talfahrt der Preise am Bio-Getreidemarkt in der Öffentlichkeit beachtet wurde, so wenig wird derzeit die Erholung wahrgenommen. Warum Ökokörner momentan bessere Kurse erzielen und wie die weiteren Aussichten sind, dazu beziehen Vermarkter Stellung auf der **Seite 10**

### Der Komfortkäfig kommt

Den Legehennen soll das Batterieleben angenehmer gestaltet werden. Statt eines generellen Verbotes der Käfighaltung bewegt die EU derzeit die Frage: Ist Kunstrasen artgerecht? Auf der **Seite 6**

**A**lte Rituale, keine neuen Perspektiven. Die Agrarminister zelebrieren den Brüsseler Sitzungsmarathon, die Bauernverbände mobilisieren Traktoren zum Protest. Und doch sind die Würfel im Grunde längst gefallen. Die „garantierten“ Agrarpreise werden gesenkt, die „garantierten“ Preisausgleichsbeihilfen gekürzt. Garantiert wird nichts mehr, außer, daß es garantiert mehr Markt und weniger Geld gibt. Das Gebäude der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik droht einzustürzen. Von Anfang an sollte es auf zwei Pfeilern ruhen, Marktordnung einerseits, Strukturförderung andererseits. Doch während die erste Säule immer dicker wurde, blieb die zweite Säule schwach und gebrechlich. Jahrzehntlang verschlangen die Agrarmarktordnungen rund 50% des EU-Haushalts, verausgabte für Interventionskäufe, Lagerung, Kühlung, Vernichtung und Dumpingexport. Zur Förderung betrieblicher Investitionen, zur Erschließung neuer Märkte und Einkommensquellen, zur Entwicklung von Dörfern, Umwelt und Landschaft im ländlichen Raum standen allenfalls 5% bereit.



Zwar fließt seit der Reform von 1992 das EU-Geld der Marktordnungssäule nicht mehr nur in die Überschussverwaltung, sondern per Scheck auch direkt als Preisausgleichsbeihilfe an die Landwirte. Die Ungerechtigkeit des Stützungssystems wird damit jedoch nur noch offensichtlicher: 80% der Betriebe erhalten allenfalls 20% der Beihilfen. Die gesellschaftliche Legitimation der Stützung bricht weg. Bei 18 Mio. Arbeitslosen ist es nicht

mehr zu vermitteln, warum 7 Mio. Landwirte Anspruch auf 50% des Haushalts erheben. Für die Landwirtschaft wird es daher zur Überlebensfrage, die Kompensationslogik der Vergangenheit zu überwinden und der Gesellschaft zu vermitteln, daß es bei der Agenda-Debatte nicht um Sozialhilfen geht, sondern um das angemessene Entgelt ihrer Leistungen, um die Sicherung einer gesunden Ernährung, und vielfältiger Kulturlandschaften in lebensfähigen ländlichen Räumen.

Wenn jetzt die Ausgaben für die erste Säule reduziert werden, so muß sichergestellt werden, daß diese Mittel dem ländlichen Raum nicht auf immer verloren gehen. Sie werden dringend gebraucht zur Stärkung der zweiten Säule. Es gilt, die Optionen der Agenda 2000 konsequent zu nutzen zum Aufbau lokaler und regionaler Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen. Dies verlangt einen umfassenderen Ansatz zur Stärkung und Belegung von Entwicklungsinitiativen im ländlichen Raum insgesamt. Intakte Umwelt und Natur, das Image landwirtschaftlich geprägter Kulturlandschaften, sind schon lange auch zu Werbeträgern landwirtschaftlicher Produkte geworden.

Erforderlich ist ein politischer Ordnungsrahmen und eine gezielte Förderung neuer Entwicklungsinitiativen. Die Verantwortung dafür, daß die mit der Agenda 2000 gestellten Herausforderungen angegangen und die Chancen des Ausbaus der zweiten Säule auch tatsächlich genutzt werden, liegt dabei nicht allein in Brüssel. Nationale und regionale Politik, Bund und Länder, sind gefordert, sie können sich nicht länger hinter der Brüsseler Bürokratie verstecken. Frankreich hat bereits im letzten Jahr ein neues „Orientierungsgesetz“ für die Entwicklung von Landwirtschaft und ländlicher Wirtschaft beschlossen, das neuartige Instrumentarien für die Umsetzung der Agenda 2000 im Rahmen einer räumlich differenzierten Strategie vorsieht. In Deutschland muß es schleunigst eine solche Debatte um neue Konzepte für die Entwicklung von Landwirtschaft und ländlichen Räumen geben. Wenn die erste Säule wankt, muß die zweite gestärkt werden, sonst bricht alles zusammen.

Heino von Meyer, PRO RURAL EUROPE, Wentorf

## Hessenwahl

Ein Kommentar zur Landtagswahl

**T**agespresse, Funk und Fernsehen haben die Ergebnisse der Landtagswahl in Hessen umfassend analysiert: Die CDU hat wegen der Doppelpaßkampagne gewonnen, die FDP hat sich noch gerade eben in den Landtag gerettet, die SPD hat trotz Stimmengewinnen moralisch verloren, und den Grünen ist ein Drittel der Wählerschaft abhanden gekommen: Diejenigen, die aus den Basisbewegungen kommen, waren von der realpolitischen Regierungstätigkeit enttäuscht und haben nicht gewählt; auf der anderen Seite – bei den eher bürgerlichen WählerInnen – sind die Verluste noch größer gewesen, dort sind viele zur SPD oder gar zur CDU abgewandert.

Für die AbL bleibt folgendes zu ergänzen: Das Land und die Landwirtschaft werden wieder stärker zum Thema als es bei der rot-grünen Regierung der Fall war. Im Schattenkabinett Koch (CDU) saß mit Wilhelm Dietzel der Vizepräsident des hessischen Bauernverbandes. Ob er wirklich sein eigenes Raumordnungsministerium mit den Ressorts Landwirtschaft, Forsten, Naturschutz, Landesentwicklung/Regionalentwicklung bekommt, mag noch dahingestellt sein. Auf jeden Fall sollen die verschiedenen Bereiche, die bisher auf Innenministerium und Wirtschaftsministerium verteilt waren, zusammengefaßt werden. Diese Entwicklung ist erst einmal erfreulich. Was inhaltlich kommt, bleibt abzuwarten. Als Hoffnungsschimmer bleibt festzuhalten, daß in den „schwarzen“ Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg beispielsweise mit Kulturlandschaftsprogramm oder MEKA bisweilen eine bessere Politik gemacht wurde als in den nördlichen Bundesländern. Die Nähe von vielen Mitgliedern und Aktivisten der AbL zu den Bündnisgrünen ist nicht zu übersehen und wird auch kritisch diskutiert (siehe Leserbrief in Bauernstimme 1/99). Die Ergebnisse der Hessenwahl führen in diesem Zusammenhang zu zwei Erkenntnissen: Der permanente Verlust an Wählerstimmen für die Bündnisgrünen schmälert die Hoffnung, daß wir über eine parteinahe Ar-

beit eigene Inhalte umsetzen können.

Auf der anderen Seite stehen gerade die städtisch dominierten Bündnisgrünen vor der Notwendigkeit, ihre inhaltliche Ausrichtung zu überdenken. Insbesondere in Hessen dominieren Kreisverbände und Personen aus dem großstädtischen Rhein-Main-Gebiet. Um die ländlichen Regionen im Norden Hessens hat man sich wenig gekümmert. Zwar hatten auf dem Lande die Grünen keine zweistelligen Ergebnisse, aber gerade dadurch drohen sie bei Wählerverlusten von bis zu 50% auf dem Lande zu einer Splittergruppe zu werden. Angesichts der notwendigen Neuorientierung besteht die Chance, daß wir uns einmischen, damit die Agrar- und Regionalpolitik einen höheren Stellenwert bekommt. Ich kann mich noch gut erinnern, daß es zahlreiche AbLer waren, die durch ihr (laut)starkes Engagement dazu beigetragen haben, daß die Grünen in Nordrhein-Westfalen die Landwirtschaft in „ihrem“ Umweltministerium überhaupt behalten haben. Und auch wenn es vielen Funktionärs-Grünen nicht nur in Hessen schwerfällt, sich mit der Landwirtschaft anzufreunden: Der Blick nach Bayern zeigt, daß die Basis sich da leichter tut. In Bayern kann man mit der Zweitstimme eine konkrete Person der gesamten Landesliste wählen (panaschieren). Dadurch geraten diese Landeslisten bisweilen durcheinander. In Bayern sitzen drei Bauern und eine Bäuerin in der grünen Fraktion – von hinteren Rängen nach vorne gewählt!

Frieder Thomas, Kassel



# Von Gummiknüppeln zu Gummigeschossen

Aufstandsbekämpfung im EU Beitrittsgebiet

Mit dem wohligen Entsetzen gutgeheizter Fernsehzimmer blickte die westeuropäische Zeitungsleserschaft in den letzten zwei Monaten auf die sozialen Straßenkämpfe in Rumänien und Polen. Wer hätte gedacht, daß sich mit dem freien Fall in den Kapitalismus so prompt auch die Bilder von Klassenkämpfen aus dem Mitteleuropa der Vorkriegszeit wieder einstellen? Über

zwei Monate protestieren landesweit in Polen Bauern, die sich nicht mit Korrekturen am Milchpreis begnügen, sondern den Sturz der Regierung einleiten wollen, die katholische Kirche herausfordern und – Wasserwerfern,

Knüppel, ab Februar auch Gummigeschossen der Polizei zum Trotz – vorläufig den Fernverkehr des Landes stilllegen.

„Hört bloß auf, uns den Kapitalismus beibringen zu wollen – den kennen wir jetzt“, Barrikadentransparent Januar 1999

Für einen Zentner Kartoffeln wurde polnischen Landwirten im Herbst 1998 noch 2,50 DM versprochen, wenn man sie überhaupt abliefern ließ. Kaum einer hat für dieses Ehrenwort vom Händler bis Februar Bargeld gesehen. Gerade die Marktbetriebe mit Fremdkapital haben derzeit akute Liquiditätsengpässe. So dominieren denn auch die ehemals wohlhabenden Bauern die Straßensperren im Nachbarland, nicht das ländliche Proletariat, über das die WHO zu berichten weiß, daß besonders unter ihnen Kinder aus Armutgründen fehl- und mangelernährt sind, laut UN-Organisation mittlerweile jedes 10. polnische Kind mit akuten gesundheitlichen Folgen. Das Realeinkommen der polnischen Landbewirtschaftenden fiel im letzten Jahr um weitere 30% nachdem es sich bereits mit dem Systemumbruch 1990 halbiert hatte, der Taglohn in Ostpolen sank in diesem Jahr auf umgerechnet unter 10,- DM.

Ein hervorragendes Feld für westeuropäische Industrielle der Lebensmittelbranche, aber keine Bedingungen, die Eigeninvestitionen in den Betrieben favorisieren, Umstellung auf ökologischen Landbau etwa. Die Zahl der Mitgliedsbetriebe im von der Hein-

rich-Böll-Stiftung geförderten Anbauverband „EKOLAND“ ist in diesem Jahr sogar rückgängig – wohl eine einmalige Entwicklung in ganz Europa.

Not macht zwar in der Tat erfinderisch – aber was erfährt davon schon die reichere Hälfte des Kontinents? Während im Februar '99 noch die Landstraßen blockiert werden, sind die Fenster der warmen Stube bereits zu-

gehängt mit Jungpflanzenkästen, damit sie vom Holzofen wie von der Februarsonne gleichermaßen für die kommende Saison begünstigt werden. Gegen die holländischen Gemüsefabriken mit subventionierten Erdgas und EU-finanzierten Umschlagplätzen in mittlerweile jeder

polnischen Region kann diese liebe Mühe letztlich nur Groschen erwirtschaften und das auch nur auf illegalisierten Märkten in Stadtrandbereichen.

## Not macht erfinderisch

Die großen Proteste des Februars, die Autobahnblockaden und Straßenschlachten mit 800 Landwirten an einem Ort begannen im letzten Sommer mit kleinen Einfällen. So erlaubt die Straßenverkehrsordnung – ähnlich der Gesellschaftsordnung, die sie hervorgebracht hat – anderen mit Fug und Recht auf der Nase herumzutampeln. Es läßt sich der Zebrastrifen über eine „Europäische Verkehrsader“ (in Polen gibt es so etwas noch) beidseitig im Gänsemarsch benutzen – stundenlang.

Seitdem hat sich die Lage der Landbewirtschaftenden zugespitzt, die Ignoranz der Regierung ebenfalls. Hatte die rechtsliberale „Solidarność“-Regierung im ersten Haushalt ihrer Amtszeit das Agrarbudget bereits um 30% zusammengestrichen, so sollte es 1999 halbiert werden und somit deutlich unter das landwirtschaftliche Steueraufkommen fallen.

Ein Blick auf den Landwirtschaftsminister jenseits der Oder: Jacek Janiszewski ist Funktionär einer rechtsklerikalen Partei. Seine Hauptkompetenz

besteht darin, wie es in den polnischen Medien heißt, mit „Westlern umgehen zu können“. Schon vor seiner zweiten Amtsübernahme im Herbst 1997 glänzte er mit einer „bäuerlichen Initiative West-Ost“, ein Forum von Agrarindustriellen, die sich das mondäne Luxushotel von Międzyzdroje auf Wolin zu ihrem Stammtischsitz erwählten. Als Leiter der regionalen Treuhand, verkamelte er über die Anwaltskanzlei seiner Frau Land an deutsche Interessenten, was Ausmaße annahm, die einige Beteiligte schließlich ins Gefängnis brachte, aber da war Janiszewski schon Minister. Auch seine Wahlkampagne ließ er über Agrarindustrielle seines Freundeskreises finanzieren. Das konnte ihm die liberale Zeitschrift „Gazeta wyborcza“ in einer für das Land beispiellosen Folge von Enthüllungsartikeln nachweisen. Janiszewskis politische Gönner waren zuvor von ihm durch persönliche Intervention bei der Privatisierung von landwirtschaftlichem Gemeineigentum begünstigt worden. Die Vorwürfe hielten jeder Anfechtung stand – der Minister auch. Nimmt es da noch wunder, daß eine solche Figur auch die Bauernproteste der letzten Monate politisch überlebt? Bis zum EU-Beitritt, so versprach Janiszewski, habe er den Anteil produzierender Landwirte

men, um die polnischen Bauernproteste im ganzen zu stigmatisieren.

Kaum ein Kommentator im Westen hat über dieser einfältigen Perspektive beispielsweise die Arbeitsteilung innerhalb der polnischen Bauernbewegung registriert, ihre spontan agierenden, lokal und situativ entscheidenden Teilnehmer an der Basis. Auch auf Landesebene wird komplexer agiert; Andrzej Lepper und seine radikale Partei prescht aktionistisch vor und die oppositionelle Bauernpartei PSL zieht politisch nach. Die katholisch orientierten Kräfte werden über die Landsolidarität in die Aktionen eingebunden, eine Organisation, die einmal der nun regierenden städtischen „Solidarität“ nahestand. Die polnischen Maschinenringe bringen ein linkes Spektrum der landwirtschaftlichen Produzenten in die Proteste und ihre Forderungen ein. Dieses Viergespann politischer Formationen für den ländlichen Raum, das über Jahren lernen mußte, schlagfertig zu agieren, erwies sich in dem Moment als politisch durchschlagend, sobald auf Initiative (und auf dem Rücken) der Basis tatsächlich der Fernverkehr zum Erliegen kam. So nur konnte es zu den Verhandlung und dem „Pakt für das Dorf“ vom 9. und 10. Februar 1999 kommen, zu dem sich die Regierung gezwungen



Not macht erfinderisch – und aus einer Pritsche auch mal einen Verkaufswagen.

in Polen von derzeit 28 auf 5 % gesenkt. Für diese ehrgeizige Aufgabe wird der Minister politisch ausgehalten.

Bei der Dämonisierung der Medienfigur der Bauernproteste, Andrzej Lepper war durch die Regierungspartei der Vorwurf zentral, er wäre in den 70er Jahren in der Polnischen Arbeiterpartei gewesen und als Landwirt gescheitert, ein Schema, das die westlichen Medien nur zu gern übernahm.

Lepper nahm an den Konsensgesprächen nicht teil. Was lernt uns das? Die Stärke der Bewegung liegt in ihrer Vielfalt, die Überzeugungskraft der westlichen Berichterstattung dagegen in ihrer Einfalt.

Martin Krämer,  
ul. Orla 6/56, PL-00-143 Warszawa,  
Tel.: 0039-055/5040411,  
Fax : 0039-055/4685203,  
Email:kraemer@datacomm.iue.it

## X-tausendmal quer: Weitermachen!

Seit dem Regierungswechsel ist der Widerstand gegen die Atomenergie für viele abgehakt. Doch ein Blick in den Koalitionsvertrag zeigt: Auch in rot-grünen Zeiten bleibt der Widerstand gegen Castor-Transporte und gegen den Weiterbetrieb von Atomkraftwerken notwendig. Je mehr Menschen jetzt untätig die Hände in den Schloß legten, desto länger würden die AKWs weiterbetrieben werden, so die Kampagne „X-tausendmal quer – überall!“, die darum zur Blockade des ersten Castor-Transportes nach dem Transportstopp aufruft. Der Zivile Ungehorsam in Form einer gewaltfreien Sitzblockade war bereits beim vergangenen Castor-Transport nach Gorleben erfolgreich. 9.000 Menschen stellten sich am Danneberger Verladekran „quer“. Interessierte können sich schon jetzt melden bei: „X-tausendmal quer – überall“, Herrlichkeit 1, 27283 Verden, Fax: 04231-957565

## Gen-Kartoffeln wohl doch giftig

In Großbritannien ist eine heftige öffentliche Debatte über die Anwendung der Gentechnologie im Lebensmittelbereich im Gange. Losgetreten wurde sie u.a., als jüngst offenkundig wurde, daß die Versuchsergebnisse des britischen Wissenschaftlers Dr. Pusztai doch wissenschaftlich haltbar sind. Dr. Pusztai hatte gentechnisch veränderte Kartoffeln an Ratten verfüttert und an diesen auffällige Veränderungen festgestellt, wie z.B. verkleinerte Gehirne. In einem Fernsehinterview hatte er es daraufhin als „sehr, sehr unfair“ bezeichnet, „unsere Landsleute als Versuchskaninchen zu mißbrauchen“, wie die Süddeutsche Zeitung zitiert. Zwei Tage später wurde Pusztai vom Dienst am Rowett Institute in Aberdeen suspendiert. Seine Versuchsergebnisse wurden schnell als unhaltbar hingestellt, wobei – wie sich nun herausstellte – vielmehr die Wissenschaftler, die Pusztai kritisierten, unsauber, wenn nicht gar bewußt falsch gearbeitet haben. Jetzt tobt die Gen-Diskussion in England, ein breites Bündnis fordert, für mehrere Jahre die Anwendung der Gentechnik zu verbieten. DBV und die CMA dagegen haben einem Überschwappen der Diskussion aufs Festland schnell vorgebaut: „Von den gentechnisch veränderten Kartoffeln geht keinerlei Gefahr für die menschliche Gesundheit aus“, zitiert der DBV die CMA in einer Pressemeldung. uj

## Kaninchenkäfig abgebaut

Auf „ausdrückliches Mißfallen“ bei den Besuchern der Grünen Woche stieß ein Käfig zur Haltung von Kaninchen, den der Bundesverband der deutschen Kaninchenfleisch- und -wollerzeuger für die „erwerbsorientierte Kaninchenhaltung“ präsentierte. Wie die Zeitung DGS-Magazin berichtet, zeigten die Besucher für die „wissenschaftliche Arbeit“ an diesem Käfig und für die „ökonomischen Notwendigkeiten“ nur geringes Interesse, wichtig war den Besuchern vielmehr der Aspekt „Bewegung“ – gerade im Vergleich mit der parallel gezeigten Bodenhaltung. Nach einer Auseinandersetzung mit Tierschützern mußte der Käfig schließlich nach einigen Messetagen abgebaut werden. gf

KURZES AM RANDE

## Bauernunruhen in China

Widerstand gegen ungerechte Behandlungen durch Funktionäre

Von zunehmenden Revolten der chinesischen Bauern gegen Unrecht und Korruption berichten die Medien. In manchen Regionen haben demnach Tausende von Bauern demonstriert und wurden durch massive Polizei-Einsätze von einem Marsch in die Städte abgehalten. Bei regelrechten Schlachten seien ein Bauer getötet, hundert verletzt und 80 inhaftiert worden. Der Widerstand richte sich vor allem gegen lokale Funktionäre, die willkürlich hohe Zusatz-Abgaben verlangten, Pachtland wegnähmen und widerspenstige Bauern mißhandelten. Die Lage der Bauern ist ohnehin schlecht: Nach der Auflösung der Volkskommunen erhielt jede Familie 0,6 ha Land. Von der Ernte muß etwa ein Drittel zu Niedrigpreisen an den Staat abgeliefert werden, der Rest kann auf den Märkten frei verkauft werden. Dieses System von 100 Mil-

lionen bäuerlichen Familienbetrieben sorgt trotz aller Widrigkeiten – ohne große Getreideimporte – für die Ernährung von 1,2 Milliarden Menschen. Allerdings reicht der Erlös der Bauern nur zum Allernotwendigsten – für eine Krankenversicherung oder zum Kauf von Maschinen, hochwertigem Saatgut oder Baumaterial bleibt nichts übrig. Von der staatlichen Politik wird der Agrarsektor nach wie vor vernachlässigt. Viele Bauern müssen deshalb die Landwirtschaft aufgeben und als billige Wanderarbeiter in die Städte ziehen. Angesichts dieser Verhältnisse wird jede zusätzliche Belastung zur Existenzbedrohung für die Bauern. Der Gegensatz zwischen Reich und Arm wird in China immer krasser. Zu recht fürchtet Chinas Führung, daß sich die Unruhen auf dem Land mit der Unruhen in der Stadt und mit der Demokratiebewegung verbinden.

## Kirchentag mit Land-Foren

„Ihr seid das Salz der Erde“ – Evangelischer Kirchentag, 16. – 20. Juni

Rund 100.000 Menschen werden im Juni in Stuttgart erwartet, wo unter der Losung „Ihr seid das Salz der Erde“ der 28. Deutsche Evangelische Kirchentag stattfinden wird. Eingeläutet wird das Protestantentreffen mit mehr als 50 Eröffnungsgottesdiensten; „Schmeckt das Salz des Südens“ lautet das Motto des sich anschließenden Abends der Begegnung, einem großen Open-air-Fest in der gesamten Stuttgarter Innenstadt. An den kommenden Tagen wird in mehr als 2.000 Einzelveranstaltungen ein vielseitiges Programm geboten. Schwerpunktthemen des Kirchentages sind: Zukunft des Glaubens, Zukunft des Menschen, Zukunft der Gesellschaft.

### „Auf dem Lande lebt die Hoffnung“

Was bedeutet „Salz der Erde“ zu sein für Menschen, die auf dem Land leben, die vom Land leben – inmitten einer zu Ende gehenden Industrie- und einer beginnenden Dienstleistungsgesellschaft, die nur noch wenig von den Lebensgrundlagen weiß, nur noch wenig Verbindung zur Erde, zu ihren Wurzeln hat?

Immer wieder hat sich der Kirchentag mit den Chancen und Perspektiven des ländlichen

Raumes und der Landwirtschaft befaßt. Erstmals wird jetzt an einem eigenen Ort ein Projekt dazu angeboten: Drei Tage lang (17. – 19.6.99) wird sich in Renningen – 28 S-Bahn-Minuten vom Stuttgarter Hauptbahnhof entfernt – unter dem Titel „Auf dem Lande lebt die Hoffnung“ alles um das Leben und Wirtschaften auf dem Land drehen. Über die Zukunft der Landwirtschaft wird dabei ebenso diskutiert wie über Probleme der Stadt-Land-Beziehungen oder der Globalisierung. Neben der Grünen Gentechnik ist ein heißes Thema der Landverbrauch (für öffentliche Infrastruktur, für Industrie, für privaten Wohnungsbau ...). Daneben stehen Themen wie Lokale Agenda 21 für Landwirtschaft, Land und Dorf und die Agenda 2000, die Themen Einmischung und globale Gerechtigkeit. Renningen ist ein Ort mit traditionsreicher Landwirtschaft und sich entwickelnder Industrie – ein authentischer Ort, um zu fragen, zu diskutieren, zu streiten: Welche Zukunft hat die Landwirtschaft? Können die Konflikte, die die Stadt-Land-Beziehungen lähmen, eine Quelle der Hoffnung sein? Wann ist Widerstand LandbewohnerInnenpflicht? Neben thematischen Veranstaltungen gibt es einen „Markt der Hoffnung“ mit Gesprächsmöglichkeiten und Musik, politischem Frühschoppen und vielen anderen Aktionen.

Infos: Helga Baur, Evang. Jugend auf dem Lande in Württemberg, ☎ 0711-9781382



Landwirtschaftsminister Karl-Heinz Funke (links) muß gar nicht mehr hingucken, so vertraut ist er schon mit NEULAND und dieser NEULAND-Kuh, die er zusammen mit Berlins Regierendem Bürgermeister Eberhard Diepgen (vorne rechts) auf dem Eröffnungsrundgang der Grünen Woche besuchte. Diepgen ließ sich dagegen von Geschäftsführer Heiner Rahlfs noch ausführlich erklären, was es mit der artgerechten Tierhaltung auf sich hat. Foto: Schmalfeld



Diese Abhängigkeiten zwischen Landesregierung und Bauernverband und haben wir hier seit 30 Jahren, das ist ein riesiges Problem", Matthias Minister vom AbL-Landesverband Baden-Württemberg sieht in den Ereignissen um die landwirtschaftliche Sozialberatung im Land nur einen Auswuchs des schwarzen Filzes, der nun an die Öffentlichkeit gelangt ist. In einem Bericht des Rechnungsprüfungsamtes in Tübingen wird den beiden Landesbauernverbänden (LBV und BLHV) die unkorrekte Abrechnung von Zuschüssen für die landwirtschaftliche Sozialberatung vorgeworfen. So sollen u. a. Personalkosten doppelt, d. h. beim Land wie auch beim Bund in Ansatz gebracht worden sein. Ein interner Bericht des Landwirtschaftsministeriums Baden-Württemberg kommt zu ähnlichen Einschätzungen. Ministerin Gerdi Staiblin hatte den Rechnungsprüfungsbericht gleich nach Erhalt an die Staatsanwaltschaft weitergegeben, die derzeit gegen die beiden Bauernverbände ermittelt. Es fällt jedoch nicht nur ein Schatten auf die Verbände, sondern auch auf Staiblins Vorgänger Gerhard Weiser, in dessen Amtszeit die Unregelmäßigkeiten passiert sein sollen. Die Vergabe der Fördermittel wurde von Seiten des Ministeriums schlicht nicht kontrolliert. Der damali-

## Neuanfang in der Sozialberatung

Der Abrechnungsskandal in Baden-Württemberg bietet auch Chancen

ge Finanzminister Mayer-Vorfelder wird von der Stuttgarter Zeitung mit dem Satz zitiert: „Die undurchsichtige Abrechnungspraxis ist politisch gewollt gewesen.“ Nun befassen sich auf Antrag der Grünen der Finanz- und Agrarausschuß des Landtages mit der Angelegenheit. Dem Agrarausschuß allein mochte man die Untersuchung nicht überlassen, scheinen doch mit dem Ausschußvorsitzenden Reddemann als ehemaliger Staatssekretär unter Weiser, sowie Ausschußmitglied Weiser selbst, zwei der Hauptbeteiligten als unabhängige Aufklärer wenig geeignet. „Die Verantwortung für die Angelegenheit liegt auf politischer Seite, sie hat dem Betrug Vorschub geleistet“, betont Agrarausschußmitglied Günther Schäfer von den Grünen und bezieht sich damit nicht nur auf nachlässiges Kontrollvorgehen, sondern auch auf eine verkehrte Konzeption der Be-zuschussungspraxis. „Ein Fehler der Ministerialbürokratie ist, daß die mit der Beratung vom Land beauftragten Bauernverbände nachweisen müssen, daß sie nicht über genügend eigene Mittel verfügen, um eine Beratung zu

finanzieren“, so Schäfer. Natürlich sind die Bauernverbände nicht mittellos, Trickereien werden so regelrecht provoziert. Allerdings fühlen sich die Verbände dem Vorwurf, Leistungen doppelt abgerechnet zu haben, zu Unrecht ausgesetzt. Hier würde nicht unterschieden zwischen der Sozialberatungstätigkeit und der Verwaltung für die (vom Bund geförderten) landwirtschaftlichen Sozialversicherungsträger, so Friedrich Golter vom LBV.

### Struktureller Neuanfang

Wie auch immer die Auseinandersetzungen ausgehen, sie böten die Möglichkeit für einen strukturellen Neuanfang in der landwirtschaftlichen Sozialberatung des Landes, wie ihn der AbL-Landesverband bereits seit Jahren einfordert: Vor dem Hintergrund, daß die Beratung Unterschiede macht zwischen Mitgliedern und Nichtmitgliedern der Bauernverbände, sollen nicht mehr die Verbände, sondern die einzelnen Ratsuchenden durch öffentliche Fördermittel unterstützt werden. Sie könnte damit selbst entscheiden, bei wem sie sich Rat holen. „Es wäre nur eine Frage der Zeit, bis private Be-

rater hier einen Markt für sich entdeckt hätten“, glaubt Matthias Minister, „damit würde man für die Ratsuchenden das bisher häufig schlechte Gegenüber von Bittsteller zu Institution in ein Kunden-Dienstleister-Verhältnis wandeln und durch mehr Anonymität würde die mitunter peinliche Situation mit privaten oder wirtschaftlichen Problemen zum Bauernverbands-Kreisvorsitzenden zu müssen, entschärft. Außerdem kann man davon ausgehen, daß eine kundenorientiertere Beratung stattfände z. B. bei der Wahl der Kasse. Die Bauernverbände fühlen sich den landwirtschaftlichen Sozialversicherungsträgern eben doch mehr verbunden.“ Eine politische Entscheidung über die Wiederaufnahme der derzeit ausgesetzten Förderung wird nach Einschätzungen Ministers wahrscheinlich positiv ausfallen, aber keine 100%ige Kostenübernahme mehr vorsehen, umso wichtiger würde die Effektivität der Beratung. Daß die Ratsuchenden eine gute Dienstleistung für ihr Geld bekommen, ließe sich am ehesten gewährleisten, wenn das Beratungsmonopol der Bauernverbände geknackt und Konkurrenz das Geschäft beleben dürfte. cs

## „Total verladen“

Kulissenschiebereien im Nachbautheater

Ich meine bei den Nachbaugesetzen und Nachbaugebühren werden die deutschen Landwirte total verladen“, so kommentiert Adi Lambke, Sprecher der Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze die Entwicklungen und auch das Verhalten des Bauernverbandes in Sachen Nachbau. Das DBV-Präsidium entschied sich in diesem Monat gegen die Auflösung des zwischen ihm und dem Bundesverband Deutscher Pflanzzüchter ausgehandelten Kooperationsabkommens und fordert lediglich Verbesserungen darin. DBV-Generalsekretär Helmut Born sprach sich in einem Interview mit der Zeitung top agrar für die „spürbare Senkung der Nachbaugebühr“ zunächst „in Richtung 60%“ mittlerweile auf 50% der Z-Lizenzgebühr in der niedrigsten Saatgutwechselklasse aus (derzeit beträgt der Satz 80%). So weit so gut. Daß, was nun der ganzen Geschichte satirische Züge verleiht, ist folgende Tatsache: In

den Ausführungsbestimmungen zum EU-Sortenschutzgesetz vom Juli 1995 mit dem die Nachbaugebühren eingeführt wurden, hat sich der Gesetzgeber selber angewiesen, „die Höhe einer angemessenen Entschädigung“ (sprich: Nachbaugebühr) „festzusetzen, die deutlich niedriger sein muß als der Betrag, der für die Erzeugung von Vermehrungsmaterial in Lizenz verlangt wird“ und dies „so bald wie möglich und spätestens bis zum 1. Juli 1997.“ Trotz der Terminvorgabe dauerte es bis zum 3. Dezember 1998 bevor eine Zusatzverordnung zustande kam. Sie legt fest, daß sich die Nachbaugebühr auf 50%, unter bestimmten Umständen sogar nur auf 40%, der Z-Lizenz beläuft, wenn es auf nationaler Ebene keine Vereinbarungen zwischen Züchtern und Landwirten gibt, die „unter anderem die Höhe“ der Nachbaugebühr betreffen. Existiert so eine Vereinbarung (wie es in Deutschland mit dem Kooperationsabkom-

men ja der Fall ist), gelten die hierin festgelegten Vereinbarungen. Das heißt also, hätte sich der Bauernverband nicht voreilig mit den Pflanzzüchtern auf das Kooperationsverfahren eingelassen, müßte er jetzt nicht um eine Absenkung der Gebühren von 80 auf 50% ringen. Der als großes Entgegenkommen der Züchter gepriesene Kompromiß stellt sich als nachteiliger heraus, als die gesetzlichen Regelungen es sind, denn sogar eine Staffelung der Beträge je nach Umfang des Nachbaus in einem Betrieb ist in der Verordnung vorgesehen. „Die 50% wurden erst so lange nach der nationalen Gesetzgebung und dem Abschluß des Kooperationsabkommens festgelegt, daß man den Verdacht haben muß, die Verzögerung sollte die 80% erst ermöglichen“, so Adi Lambke, „ich bin der Meinung, ein Abkommen zwischen zwei privaten Vereinen kann nicht vom EU-Gesetzgeber dazu benutzt werden, alle Bauern in der BRD von der 40 bzw. 50%-Regelung auszuschlie-



ßen.“ Es bleiben viele Fragezeichen im Zusammenhang mit den Nachbaugesetzen und -gebühren. Zumindest Klarheit bezüglich der Frage der Auskunftspflicht erhoffen sich die MitgliederInnen der Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren durch die demnächst anstehende erste gerichtliche Auseinandersetzung mit der Saatgutreuehand vor dem Landgericht in Mannheim.

Infos: siehe AbL-Kontakte auf Seite 23

## Widerstand gegen Geflügelmastanlage

Gegen den Aufbau einer Geflügelmastanlage durch die Firma Stolle in Brenz/Mecklenburg wehrt sich laut Bauernblatt die „Grüne Liga“. Die Liga befürchtet Verkehrs- und Geruchsbelästigungen in der Nähe eines Vogelschutzgebiets und empfiehlt der Landesregierung, stattdessen bäuerliche Betriebe zu fördern. Der Geflügelmast-Konzern Stolle will die ehemalige Kälberzuchtanlage für die Hähnchenmast umbauen, um seine Brenzer Schlachtereie stärker auszulasten. en

## Nachbildung von „schattigem Unterholz“?

Ein ganz neues Argument für die Käfighaltung von Legehennen hat der Umweltexperte des schleswig-holsteinischen Bauernverbands, Herr Stamp, entdeckt. In seiner Rubrik „Logisch“ im Bauernblatt Schleswig-Holstein weiß er zu berichten, daß der Bauernverband zusammen mit anderen Experten eine „modifizierte Käfighaltung“ favorisiert, weil sie die „Verhaltensansprüche der Tiere weitgehend erfüllt“. Ein Verbot der Käfighaltung werde abgelehnt, zumal es „bei Abwägung aller Vor- und Nachteile auch an der Boden- und Freilandhaltung einiges auszusetzen“ gegeben habe. Stamps neues Argument für den Käfig: Er schützt die Tiere vor zuviel Gesellschaft und zuviel Licht. Originalton Stamp: „Die Vorfahren unseres Haushuhns stammten aus dem thailändischen Urwald, wo sie in kleinen ! Gruppen im schattigen Unterholz lebten“ (das Ausrufungszeichen stammt von Herrn Stamp). Der Käfig als Nachbildung der käfig-ähnlichen Unterholzstrukturen! Herr Stamp hätte nicht nur beim Bauernverband, sondern sicher auch beim Kabarett gute Chancen... gf

## 0,0022 Minuten pro todkranke Henne

Als „Tierschutzhammer“ bezeichnete die hessische Tierschutzbeauftragte Martin ein Gutachten über die Käfig- Massentierhaltung von Legehennen, in dem es heißt: „Es kann nicht erwartet werden, daß jedes Tier täglich in Augenschein genommen und hinsichtlich seines Befindens beurteilt wird. Bei der Kontrolle werden bei einem guten Allgemeinzustand der Herde lediglich moribunde (todkranke) und verendete Tiere aus dem Käfig genommen. Hierfür werden in größeren Beständen 0,0022 Minuten pro Tier und Tag veranschlagt... Der Genehmigung der Anlage steht somit unter den zu prüfenden Kriterien nichts entgegen.“



## Im Käfig kennt man sich besser

„Produktqualität, Tiergesundheit und Umweltschutz sowie ausreichende Möglichkeiten für tiergerechte Verhaltensweisen“ – all das hat die Batterie- oder Käfighaltung „zur Standardhaltungsform“ gemacht. Das erfährt man aus einer Broschüre mit dem Titel „Woher kommt unser Frühstücksei“, die ein „Informationskreis Legehennenhaltung“ (IKL) bei der Grünen Woche am Stand der Geflügelwirtschaft verteilte. Der Leser erfährt, daß sich bei der Käfighaltung alle wichtigen Einflüsse „am besten kontrollieren lassen“, so daß „das Stallklima, die Futter- und Wasserzufuhr ebenso wie die Lichtintensität gezielt auf die Bedürfnisse der Tiere abgestimmt werden.“ Anders als ihre bedauernden Artgenossinnen im Freien kommen den Käfighennen nicht nur die Segnungen solch optimierter Zwangsernährung und Belichtung zugute, laut Broschüre genießen die Hennen auch die Vorteile der angenehmen Temperaturführung und der staubfreien Luft, sie fühlen sich vor Wetter und Raubtieren und vor der Berührung mit dem eigenen Kot geschützt. Daß im Käfig manche ihrer Verhaltensweisen eingeschränkt werden, das wird in der Broschüre zwar anerkannt, aber das merken die Tiere eigentlich gar nicht: denn es muß „... bedacht werden, daß dort, wo Futter ohne Anstrengung stets in ausreichender Menge vorhanden ist, die biologische Notwendigkeit des Scharrens, Herumlaufens usw. entfällt“. Einen ganz „entscheidenden Pluspunkt“ kann die Batteriehaltung „... beim sozialen Verhalten der Hennen verbuchen: Aufgrund der kleinen Gruppen kennen sich die Tiere untereinander und bilden eine stabile Rangordnung.“ Bei so geselligen und kuscheligen Verhältnissen im Käfig nimmt es denn auch nicht wunder, daß der „Informationskreis Legehennenhaltung“ abschließend darauf hinweisen kann, daß das CMA-Gütezeichen auch für diese Art von „kontrollierter Haltung“ geradesteht...

Die Broschüre ist erhältlich beim IKL, Weberstraße 118, 53113 Bonn. en

KURZES AM RANDE

## Käfig statt Käfig

EU setzt auf die Komfortlegebatterie

Im Durchschnitt 226 Eier verzehrte jede/r BundesbürgerIn 1997. Rund 90% davon sind Eier aus Batteriehaltung. Oft ungewollt, belegt doch eine Umfrage, daß über die Hälfte der befragten EierkäuferInnen glauben, sie hätten Eier aus Freilandhaltung, wenn sie zu Packungen mit der Aufschrift „Bauernhofeier“ oder „Eier frisch vom Bauernhof“ greifen. 80% wünschen sich eine eindeutige Kennzeichnung hinsichtlich des Haltungssystems auf der Eierpappe. Vielleicht geht ihr Wunsch demnächst in Erfüllung, die Kennzeichnung ist Bestandteil des Vorschlages der EU-Kommission zur Neufassung der EU-Hennenhaltungsrichtlinie. Bereits im letzten Frühjahr vorgestellt, sieht sie außerdem statt des generellen Verbots lediglich Modifikationen in der Käfighaltung vor, die das Hennenleben in

der Batterie angenehmer gestalten sollen. Damit beugt sich die Kommission ganz offensichtlich der Agrarindustrie. Trotzdem ließen vor allem die Übergangszeiten, die – je nach Alter der jeweiligen Anlage – bis zum Jahr 2009 eine Veränderung der Mindestfläche pro Henne von derzeit 450 cm<sup>2</sup> auf 800 cm<sup>2</sup> vorsehen, die Geflügelbranche aufheulen. Spätestens ab dem Jahr 2009 sollen die Käfige dann mit Sitzstangen, Legenestern und Sandbad ausgestattet sein. Die Kommissionsvorschläge würden „ein Ende für die deutsche aber auch für die europäische Geflügelwirtschaft bedeuten“, konstatierte der deutsche Bauernverband. Er initiierte daraufhin einen Arbeitskreis, in dem neben DBV-Vertretern auch der Zentralverband der deutschen Geflügelwirtschaft (ZDG), Vertreter der Eierzeuger, Firmen die Haltungssysteme für Legehennen bauen sowie Wissenschaftler und Tierschutzreferenten der Ministerien die Vor- und Nachteile der bisher bekannten Haltungssysteme bewerteten. Aus dieser Bewertung entwickelten sie ein alternatives Modell: Käfig mit Rückzugsmöglichkeit zur Eiablage, Sitzstange und Scharrmöglichkeit ohne Einstreu; Einführung mit Übergangszeit von 15 Jahren.

## Scharren im Kunstrasen

Da sich der derzeitige EU-Agrarministerratspräsident Funke vorgenommen hat, noch in seiner Amtszeit eine Entscheidung zur EU-Hennenhaltungs-Richtlinie herbeizuführen, legte auch er be-

reits einen Vorschlag vor: Übergangsfristen für das Mindestplatzangebot je Henne (alle in Betrieb befindlichen Anlagen dürften bis Juli 2003 mit 450 cm<sup>2</sup> pro Tier arbeiten, danach wären 550 cm<sup>2</sup> bis Juli 2012 erlaubt, wenn mehr als 8 Hennen pro Käfig gehalten werden – sind es weniger als 8, müßten 800 cm<sup>2</sup> vorhanden sein) und eine weniger aufwendige technische Ausstattung der ab dann erlaubten Käfige. Diese Ausstattung entspricht im wesentlichen den Vorstellungen der Bauernverbandsarbeitsgruppe. Größter Unterschied zu den Kommissionsvorschläge ist, daß die Scharrfläche nicht zwingend eingestreut sein muß, eine Auflage wie z. B. Kunstrasen würde genügen.

Im vergangenen Monat setzte sich dann auch das EU-Parlament mit der Hennenhaltungsrichtlinie auseinander und forderte, überraschend einer Initiative der Grünen folgend, die Abschaffung der Käfighaltung innerhalb von zehn Jahren. Gleichzeitig sprachen sich die ParlamentarierInnen allerdings auch mehrheitlich für die Einführung des alternativen Käfigtyps aus.

Der Tierschutzbund begrüßte den Vorstoß des Parlamentes in Sachen Batterieverbot, hält allerdings sämtliche vorgelegten Vorschläge für Alternativkäfige für „nicht geeignet, das Leid entscheidend zu verringern“. Dies würde nur die generelle Abschaffung jeglicher Käfighaltung und die konsequente Weiterentwicklung der alternativen Haltungssysteme Boden-, Volieren- und Freilandhaltung. Dafür sprechen auch Untersuchungen in- und ausländischer Institute, die die Alternativkäfige als ungeeignet ablehnen. So lassen auch 800 cm<sup>2</sup> pro Henne bestimmte arteigene Verhaltensweisen wie Körperschütteln und Flügelschlagen nicht zu, das höhere Platzangebot steigert in Käfigen dagegen die Aggressivität der Hennen. Der Zugang zum Nest- wie auch zum Scharrbereich wird den Tieren in Praxisbetrieben aus Hygiene- und Gesundheitsgründen sowie um verlegte Eier zu vermeiden, oft über lange Zeiträume am Tag verwehrt.

Landwirtschaftsminister Funke – der immer wieder betont, kein Freund nationaler Alleingänge in Sachen Käfigverbot zu sein, da man damit das Problem lediglich exportiert, Wettbewerbsverzerrungen installiert, Auslandskäfigeier importiert und noch nicht einmal ein Signal setzt – sieht allerdings im Alternativkäfig den ersten Schritt zum EU-Ausstieg aus der Käfighaltung. Für Wolfgang Apel, Präsident des deutschen Tierschutzbundes, ist dagegen mit ihm „ein Verbot der Käfighaltung in weite Ferne gerückt“. cs

# Ökosteuern und Landwirtschaft

Ergebnisse eines Seminars der AbL Schleswig-Holstein

Die Bedeutung der Landwirtschaft für die Gesellschaft, zur Zeit scheinbar auf einem Tiefpunkt angekommen, wird zukünftig wieder zunehmen müssen. Denn die Industriegesellschaft wird langfristig nur überleben können, wenn sie ihre Energie- und Rohstoffbasis auf erneuerbare Energien umstellt, die wiederum zu einem Großteil aus der Landwirtschaft kommen werden.

Dies ergibt sich zum einen aus der Erschöpfbarkeit herkömmlicher Energie- und Rohstoffquellen, zum anderen aber auch aus der begrenzten Aufnahmefähigkeit der Atmosphäre für die Abfall- und Ausstoßprodukte. Mit ihrer Zusage, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß der Bundesrepublik bis zum Jahre 2005 um 25 Prozent zu reduzieren, hat die alte Bundesregierung dieses Erkenntnis Rechnung getragen. Konkrete Schritte zur Umsetzung dieses Zieles folgten aber nur zaghaft.

## Energiesteuer auf fossile Energie

Die rot-grüne Bundesregierung scheint hier mehr Mut zu zeigen. Mit der Einführung einer Energiesteuer sollen in einem ersten Schritt die Preise für Diesel/Benzin (+ 6 Pf/l), Heizöl (+ 4 Pf/l), Gas (+ 0,32 Pf/kwh) und Strom (+ 2 Pf/kwh) angehoben werden. Für das produzierende Gewerbe gilt für die Energieträger Strom, Gas und Heizöl ein um 80 Prozent verminderter Steuersatz. Für Diesel und Benzin ebenfalls 6 Pf/l.

Die Einnahmen von ca 12 Mrd. DM jährlich sollen verwendet werden, um die Lohnnebenkosten (u.a. Rentenversicherungbeiträge) von derzeit 42,3% um 0,8 Prozentpunkte auf 41,5% zu senken. Grundgedanke der Steuer: Verteuerung des Einsatzes fossiler Energieträger bei gleichzeitiger Entlastung des Faktors Arbeit.

Die Vorteile: Arbeit wird billiger und kann daher mehr nachgefragt werden, fossile Energieträger als Hauptverursacher des Klimaeffektes werden zurückgedrängt und erneuerbare Energien werden wettbewerbsfähiger (s. dazu auch Tabelle). Zudem verteuern sich alle Transporte, was tendenziell in Richtung Regionalisierung wirkt.

Das erklärte Ziel, keine Nettobelastungen für die Bürger, geht allerdings nicht für alle auf. Diejenigen, die von der Senkung der Lohnnebenkosten nicht profitieren können, also Rentner, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Studenten, kleine Selbständige ohne Angestellte und damit auch die meisten Landwirte, legen unterm Strich drauf.

Tatsächlich bleibt für die Landwirtschaft nach Berechnungen des BML eine Belastung von 350-380 Mio DM. Während Betriebe des produzierenden Gewerbes nicht nur mit einem verminderten Steuersatz belegt werden, sondern auch die Möglichkeit haben, Belastungen und Entlastungen gegeneinander zu verrechnen, so daß keine nennenswerte Nettobelastung entsteht, besteht diese Möglichkeit für Betriebe der Landwirtschaft nicht. Die Landwirtschaft ist damit der einzige Wirtschaftszweig, der – offenbar bewußt – eine Nettobelastung hinnehmen muß. Zwar ist das Förderprogramm erneuerbare Energien mit einem Volumen von 140 – 150 Mio DM in 1999 und 200 – 300 Mio DM im Jahr 2000 positiv zu beurteilen, aber da nur ein Teil dieser Gelder für die Landwirtschaft vorgesehen sind, können die Belastungen nicht ausgeglichen werden.

Mehr noch: Das jetzige Modell benachteiligt kleinere und mittlere Betriebe und bevorzugt große und gewerbliche, denn diese profitieren von der Senkung der Lohnnebenkosten (und der Senkung des Spitzensteuersatzes). Ganz im Gegensatz zu den rot-grünen Absichtserklärungen werden hier also andere Signalwirkungen gesetzt.

Hoch problematisch: Die ökologische

Steuer- und Abgabenreform kommt zusammen mit dem Steuerentlastungsgesetz, ein Gesetz, das für die Landwirtschaft nicht zu Entlastungen, sondern zu erheblichen Belastungen führt, nämlich ca. 1,1 Mrd. DM. Mit den beiden Gesetzen werden den landwirtschaftlichen Betrieben trotz einiger Entschärfungen durch Agrar-

## Stickstoffsteuer ist out – Energiesteuer ist in

Über keine andere Ökosteuer im Bereich der Landwirtschaft ist in den letzten Jahren so viel geforscht, diskutiert und geschrieben worden wie über die Stickstoffsteuer. Modelle wurden entwickelt, wie der Grundgedanke: schrittweise Erhöhung des N-Preises ergänzt werden könnte durch eine Güllesteuer, durch steuerfreie Grundmengen, durch Rückvergütungssysteme oder durch die Einbeziehung von Siedlungsabfällen, Komposten, Klärschlamm oder Güllpellets. Die Vorteile, insbesondere der hohe Lenkungseffekt – Faustregel: 50 Prozent Preiserhöhung bewirkt einen Rückgang des N-Einsatzes um 25 Prozent – schienen verlockend.

Inzwischen ist Ernüchterung eingetreten: Die N-Steuer trifft die Falschen, nämlich in erster Linie Marktfruchtbetriebe, die aber die wenigsten N-Probleme verursachen, weil sie in der Regel sehr genau düngen. 80 bis 90 Prozent der N-Auswaschungen, ebenso Lachgas- und Ammoniak-Emissionen stammen aber von Wirtschaftsdünger.

minister Funke also Mehrbelastungen von über 1,4 Mrd. DM zugemutet, das sind immerhin 80% der gesamten jährlichen Steuerleistungen der Landwirtschaft (einschließlich Grund-, KFZ- und Kirchensteuer sowie der Kammerumlage).

Es drängt sich der Eindruck auf, daß fast alle Grausamkeiten, die die Bonner Parteien von schwarz bis rot in den letzten 10, 15 Jahren angedacht, diskutiert und wieder verworfen hatten, nun Eingang in den Gesetzentwurf fanden. Und es irrt, wer glaubt, dieser Entwurf trage nicht auch die Handschrift der Grünen.

## Von den Dänen lernen

Vieles haben sie von anderen Ländern kopiert, die rot-grünen Steuerstrategen, vor allem aus Dänemark, wo seit vielen Jahren mit großem Erfolg eine Energie- bzw. CO<sub>2</sub>-Steuer praktiziert wird. Erfolgreich u.a. deshalb, weil der CO<sub>2</sub>-Ausstoß planmäßig zurückgefahren wurde und keines der prophezeiten Desaster eingetreten ist. Im Gegenteil: Die Wirtschaft hat große Effizienzsteigerungen vollbracht, die Branche für erneuerbare Energien boomt und die Arbeitslosigkeit sank von über 10% auf 6%.

Aber die Behandlung der Landwirtschaft, die haben unsere Bonner Bastler den Dänen nicht abgeschaut oder

nicht abschauen wollen. Die Dänen achten nämlich sehr genau darauf, daß die Ökosteuer in keinem Wirtschaftsbereich zu einer Nettobelastung führt. Und schon gar nicht in der Landwirtschaft, denn sie haben erkannt, daß die Landwirtschaft eine der tragenden Säulen der zukünftigen Entwicklung ist. So gibt es für die Landwirte seit Jahren Zuschüsse für Effizienzsteigerungen, wodurch die Landwirtschaft trotz höherer Energiepreise wettbewerbsfähiger wurde, zusätzlich Arbeitsplätze schaffte und umweltgerechter wirtschaftet. Überhaupt ist die dänische Landwirtschaft der Sektor,

der die gesteckten Ziele am schnellsten erreichte und daher für andere Sektoren Vorbildcharakter hat. So bleibt die Erkenntnis, daß die rot-grünen Bundestagsparteien offenbar entgegen ihren Ankündigungen weder auf die kleinen und mittleren Betriebe noch auf die Landwirtschaft insgesamt Rücksicht nehmen, was die Frage aufwirft, wie die Einflußnahme im Interesse der Landwirtschaft verbessert werden kann.

## Fazit

Die Energiesteuer ist ein erster Schritt zur Verteuerung fossiler Energieträger. Dies liegt im Interesse der Landwirtschaft, weil dadurch erneuerbare Energien auch aus dem Bereich Landwirtschaft wettbewerbsfähiger werden.

Die Höhe der Energiesteuer ist bisher so gering, daß kaum Lenkungseffekte eintreten werden.

Das Förderprogramm erneuerbare Energien bietet Chancen, im Bereich Biomasse Pilotprojekte durchzuführen. Hier muß die Landwirtschaft aktiv werden!

Die Energiesteuer in Verbindung mit dem Steuerentlastungsgesetz bringt für die Landwirtschaft erhebliche Mehrbelastungen mit sich. In Verbindung mit anderen Belastungen (Agenda 2000) besteht die Gefahr, daß der tragende Sektor der Zukunft, die Landwirtschaft, absäuft.

Gerhard Schepper

Am Tag der Drucklegung wurde gemeldet, daß Minister Funke doch noch durchgesetzt hat, daß die Landwirtschaft energiesteuerlich dem produzierenden Gewerbe gleichgesetzt wird.

Energiepreise in der Landwirtschaft in Pf/kwh bzw. in Pf/l				
	Diesel	Heizöl	Gas	Strom
Raffinerieabgabepreis	2,6	2,6		
Distribution und Marge	0,8	0,4		
Mineralöl-/Heizölsteuer	6,2	0,8		
<b>Energiesteuer</b>	<b>0,6</b>	<b>0,4</b>	<b>0,32</b>	<b>2</b>
Gasolbeihilfe	-4,115			
<b>Preis o. Mehrwertsteuer</b>	<b>6,1</b>	<b>4,2</b>	<b>3,8-4,4</b>	<b>22-27</b>
<b>Preis o. MwSt in Pf/l</b>	<b>61</b>	<b>42</b>		
Kosten für erneuerbare Energie	80-85	80-85		(17)
Differenz	19-24	38-43		

Die Einführung der Energiesteuer führt zu einer Verteuerung fossiler Energieträger und verbessert damit die Wettbewerbsfähigkeit erneuerbarer Energien. Die Stromerzeugung aus Biogas und Windkraft z. B. ist infolge der Strompreisevergütung in Höhe von ca. 17 Pf/kwh je nach Betriebsvoraussetzung bereits wettbewerbsfähig. Der Einsatz von Biomasse steht an der Schwelle zur Wettbewerbsfähigkeit. Pflanzenöle sind dagegen bei den derzeitigen Preisverhältnissen (80-85 Pf/l) noch auf Fördermaßnahmen angewiesen.

### Campina turtelt mit Emzett

Der Molkerei-Konzern Campina Melkunie mit Stammsitz in den Niederlanden und die Berliner Emzett GmbH haben eine „intensive Zusammenarbeit“ angekündigt, meldet die Lebensmittelzeitung. Campina (Umsatz 8,6 Mrd. DM) ist bereits in der deutschen Molkereiszene aktiv, und zwar als Mehrheitseigner der ehemaligen Südmilch, heute Campina AG Stuttgart mit einem Umsatz von 1 Mrd. DM (Marke Südmilch), und als beherrschender Partner in dem Gemeinschaftsunternehmen Tuffi-Campina Milchwerke in Köln (Umsatz 1,25 Mrd. DM). Die Emzett (1,6 Mrd. DM) hatte sich im Zuge einer Kapitalerhöhung im Dezember 1998 von ihrem bisherigen Hauptgesellschafter, der Südzucker AG, getrennt und die Gesellschaft für neue Beteiligungen geöffnet. Laut Lebensmittelzeitung habe sich auch die Molkerei Alois Müller um eine Übernahme der Emzett bemüht – doch vergebens. pm

### Kartellamt prüft Biomolkerei-Übernahme

Die niederländische Kartellaufsichts-Behörde will laut Lebensmittelzeitung die Übernahme der niederländischen ECO Molkerei Zuivel Zuivel durch den Molkereikonzern Campina Melkunie wettbewerbsrechtlich überprüfen. Nach Auffassung des Kartellamtes habe Campina durch die Übernahme eine marktbeherrschende Stellung im Bereich der Biomilch-Erzeugnisse in den Niederlanden gewonnen, da der Konzern nun einen Marktanteil von 50 % in der Hand habe. pm

### Extertal-Hamelin zur Humana

Vorstand und Aufsichtsrat der Genossenschaftsmolkerei Extertal-Hamelin eG (60 Mio. kg/Jahr) an der westfälisch-niedersächsischen Landesgrenze haben sich für eine Fusion mit der westfälischen Humana Milchunion eG entschieden und damit ein Angebot der Frischli Milchwerke abgelehnt. Zunächst soll die Humana die Geschäftsbesorgung in Extertal übernehmen, um mit einer Sanierung die Eingliederung in die Humana-Genossenschaft vorzubereiten. pm

### Zahl der Hofkäsereien steigt

Der Verband für handwerkliche Milchverarbeitung im ökologischen Landbau e.V. verzeichnet einen stetigen Mitgliederzuwachs. Jedes Jahr kämen etwa 60 neue Mitglieder hinzu, sagte Geschäftsführer Marc Albrecht im Interview mit der Zeitung Hof direkt. Im Schnitt verarbeiteten die Betriebe bis 40.000 kg Milch im Jahr, bei einer Spanne von 10.000 – 1 Mio. kg. „Die Tendenz geht zu größeren Einheiten“, beobachtet Albrecht. Die Routiniers vergrößerten ihre Verarbeitungsmenge, zum anderen seien unter die Neueinsteiger vermehrt größere Betriebe. Auffallend sei auch, daß immer mehr konventionelle Betriebe ihre Milch selbst verarbeiteten. Zwar steige insgesamt die Nachfrage, doch werde auch der Markt voller, so daß es zu Absatzschwierigkeiten kommen könne. Hier gelte es, sich durch Qualitätsprodukte Märkte zu schaffen. pm

### Freilaufende Galloways

Ein Warnschild am Ortsausgang des brandenburgischen Dorfes Fredsdorf schreibt seit einiger Zeit Tempo 40 vor und warnt: „Achtung! Freilaufende Rinder auf 3 km!“ Etwa 20 Galloways waren aus der Weide eines Restaurant-Betreibers ausgebrochen, streifen seither im Gelände umher und lassen sich nicht wieder ins Gatter locken. „Erstaunlich, wie schnell die Tiere ihre natürlichen Instinkte wiederfinden und im Wald verschwinden, wenn sich jemand nähert“, so Amtstierarzt Hurrting. Jetzt soll versucht werden, die Rinder durch Reiter wieder zurückzutreiben. -en

### ZMP-Milchpreisvergleich 1997

Zum dritten Mal hat die ZMP, Zentrale Markt- und Preisberichtsstelle, Jahresergebnisse des Vergleichs von deutschen Molkereien gezahlten Milchauszahlungspreisen veröffentlicht. Rund 7.000 Milchgeldabrechnungen von 600 Landwirten wurden ausgewertet, so daß für 212 Molkereien Aussagen über den Erzeuger-Milchpreis getroffen werden. Insgesamt wurde laut ZMP-Milchpreisvergleich mit 58,3 Pfg/kg Milch das Ergebnis um 1,4 % gegenüber 1996 verbessert. Gleichzeitig rückten die Auszahlungspreise in Ost- und Westdeutschland zusammen, da die Steigerung in den neuen Ländern um 2,1 % verbessert werden konnte. Die höchsten Auszahlungspreise wurden mit landesweit durchschnittlich 62 Pfg/kg in Rheinland-Pfalz gezahlt. pm

KURZES AM RANDE

## Preiskampf im Handel

Der Preiskampf unter den Lebensmittel-Einzelhandelsketten verschärft sich. Dauertiefpreise statt Sonderaktionen, Handelsmarken statt Marktartikel

Ende Januar haben Aldi Nord und Aldi Süd ihre Entscheidung bekannt gegeben, definitiv alle Markenartikel aus ihrem Sortiment zu nehmen, zum Teil schon in der zweiten Jahreshälfte 1999. Dabei geht es um ein Umsatzvolumen von mehreren hundert Millionen Mark, schätzt die Lebensmittelzeitung. Betroffen sind vor allem Hersteller von Süßwaren sowie das Unternehmen Kellogg. Als Ursache wird in der Branche der ver-

Nach Äußerungen des Vorstandsvorsitzenden der Rewe-Gruppe, Hans Reischl, habe es seiner Erinnerung nach im Lebensmittelhandel (LEH) noch nie zuvor Rotstiftaktionen in einem vergleichbaren Umfang gegeben. Er halte es nur für eine Frage der Zeit, bis den ersten preisaggressiven Unternehmen die finanzielle Puste ausgehe, zitiert ihn die Süddeutsche Zeitung. Und Rewe strebe an, einen Großteil der Preissenkungen auf der Einkaufsseite



Mit ihrem Preissenkungskampf verderben die Handelsketten nicht nur sich selbst das Spiel, sondern drücken damit auch die Erzeugerpreise in der Landwirtschaft. Foto: Lorenzen

schärfte Preiskampf unter den Discountern gesehen. Genannt wird in diesem Zusammenhang auch immer der Auftritt des US-amerikanischen Konzerns Wal Mart, der 21 Wertkauf-Läden und 74 Interspar SB-Warenhäuser gekauft hat und auf der Suche nach weiteren Kaufobjekten in Deutschland sein soll.

Als Reaktion wiederum auf die Aldi-Entscheidungen preschte der langjährige Aldi-Konkurrent Lidl mit neuen Tiefpreisen bei Süßwaren, aber auch z.B. bei Butter vor. Doch die Discounter bleiben in diesem Spiel nicht unter sich, vielmehr scheint der Auftritt von Wal Mart die ganze Branche in Unruhe versetzt zu haben. So hat Spar radikale Preissenkungen der 1.000 meistgefragtesten Artikel eingeleitet und setzt damit als Vollsortimentler auch auf die Strategie der Dauertiefpreise. Um bis zu 20 % hat Spar die Preise renommierter Markenartikel gesenkt, darunter auch Ehrmann-Joghurts oder Wasa-Knäckebrot, so die Lebensmittelzeitung. Der größte Lebensmittelhändler Europas, die Rewe-Gruppe, hat ebenfalls in den Minimal-Märkten „über 350 Artikel dauerhaft im Preis gesenkt“, wie es in Anzeigen hieß.

wieder hereinzuholen. Reichl kündigte an, daß die Auseinandersetzungen mit den Herstellern weiter an Schärfe zunehmen würden.

### Trend zu Handelsmarken

Einen Preisdruck auf die Hersteller weiterzugeben ist dann relativ schwierig, wenn es sich bei den Waren um Markenprodukte handelt, die nicht von anderen Anbietern bezogen werden können, aber bei den Verbrauchern verankert sind. Der LEH reagiert auf diese Schwierigkeit, indem er versucht, eigene (Handels-)Marken zu etablieren. Im Bereich der Milchfrischprodukte ist laut Erhebungen von A. C. Nielsen der Anteil der Handelsmarken (= Eigenmarken der Handelsfirmen) am Umsatz im 1. Halbjahr 1998 gegenüber 1997 um 40 % gestiegen. Besonders Edeka und Tengelmann haben demnach sortimentsübergreifend Eigenmarken eingeführt, womit eine „tendenzielle Reduzierung der Durchschnittspreise“ verbunden sei.

Insgesamt keine optimistisch stimmende Situation für die Landwirtschaft und ihre nachgelagerten Verarbeiter. uj



Unser Betrieb ist für das Voralpengebiet typisch: Gras, Kühe, Milch. Etwas ungewöhnlich sind die Schweine.

**Betriebsspiegel:**

30 ha Grünland (davon 10 ha Pacht)  
38 Kühe + Nachzucht (Braunvieh)  
Selbstfangboxenstall mit Melkstand  
ca. 80 Mastschweine/Jahr  
im Allgäu (680m über NN)  
1998 Beginn der Umstellung auf Ökolandbau

Elisabeth und Rainer haben drei Kinder: Miriam, Julian und Simone zwischen 8 und 4 Jahren. Im Betrieb arbeiten Rainer und sein Vater. Dieser kommt täglich zu den Melkzeiten und, wenn größere Arbeiten anstehen. Manchmal springt auch Elisabeths Vater mit ein, der außerdem den Sommer über das Jungvieh auf der Sommerweide betreut, die sich auf seinem Grundstück befindet.

ne. Die wiederum verdanken ihr Vorwissen jedoch auch der Milch, denn auf unserem Hof gab es bis Anfang der 60er Jahre noch eine kleine Sennerei. Die Schweine waren hier zuständig für die Molkeverwertung. Mein Schwiegervater hat die Schweinemast sogar noch etwas ausgebaut, wogegen wir nach der Hofübernahme 1992 eigentlich vorhatten, diesen Bereich langsam auslaufen zu lassen. Ein Teil des Schweinestalls wurde bereits zum Kälberstall umgebaut. Inzwischen haben jedoch einige Bauern aus der Region eine Direktvermarktungsgesellschaft gegründet, über die wir die Schweine ganz ordentlich vermarkten können, so daß wir diesen kleinen Betriebszweig wohl doch beibehalten werden,

zumal er von der Größenordnung her ganz gut in den Betriebsablauf paßt. Auch einige kleine Umbaumaßnahmen, die noch anstehen, da wir auf Strohhaltung umstellen möchten, bereiten eigentlich kein Kopfzerbrechen. Schwieriger wird da schon der Umbau des Kuhstalles, um den wir wohl nicht herumkommen werden. Einmal weil wir uns letztes Jahr dem Bioland-Verband angeschlossen haben und unser Stall nicht ganz den Richtlinien für artgerechte Tierhaltung entspricht und zum anderen, weil verstärkt Probleme auftauchen, die mit dem Haltungssystem zusammenhängen. So steht z. B. das Jungvieh noch auf Vollspalten, wo ab Spätherbst, wenn

die Weidetiere zurück im Stall sind, drangvolle Enge herrscht. Auch die Kühe haben Platzprobleme in ihren Boxen, denn seit 1972 als der Stall gebaut wurde, sind die Tiere insgesamt größer geworden. Probleme beim Aufstehen sind die Folge, da sie nicht mehr richtig Schwung holen können. Außerdem nehmen die Zitzenverletzungen zu, da die Liegeflächen zu kurz werden. Der Stall war seinerzeit sowieso ein Kompromiß, um den Ehefrieden meiner Schwiegereltern zu sichern. Sie wollte wieder einen Anbindestall, während er gerne einen Laufstall mit Melkstand gehabt hätte. Dem Selbstfangboxensystem konnten dann wohl beide ohne allzu große Unterlegenheitsgefühle zustimmen. Dieses Stallsystem konnte sich zwar nie durchsetzen, aber unserem Betrieb bescherte es bereits 1972 einen Melkstand.

Wir sind jetzt auf der Suche nach einer möglichst günstigen aber trotzdem praktischen Umbaulösung, die uns finanziell nicht erdrückt.

Bis jetzt können wir vom Hof ganz gut leben, obwohl der Spielraum immer enger geworden ist und noch um einiges enger werden wird, wenn man die dunklen Wolken sieht, die da am agrarpolitischen Horizont aufziehen. Also werden wir uns noch umtun, um unseren Hof so gut es geht „wetterfest“ zu machen. Interessanter als Wachstum um jeden Preis ist für uns in diesem Zusammenhang der Bereich Biogas. Hier wird sich sicherlich in nächster Zeit noch einiges tun. Denn wie sagt man: Schau'n wir mal, dann seh'n wir schon...

*Elisabeth Waizenegger, 35 Jahre*

**Schau'n wir mal**

Eigentlich fing er ganz normal an, der 25.1.99, mit der morgendlichen Arbeit im Schweinestall. Danach wollten wir die Zeit nutzen, wir, damit meine ich Stefan den Auszubildenden und mich, um bei diesem milden Januarwetter Wartungs- und Reparaturarbeiten an Maschinen durchzuführen, für die im vergangenen miesen Herbst keine Zeit war. So haben wir denn auch versucht eine Eisenwelle des Krumenpackers auszubauen um sie mit neuen Lagern zu bestücken. Die Welle saß fest und es wollte uns einfach nicht gelingen.

Wie gut, daß wir in solchen Notfällen auf einen in der Nachbarschaft wohnenden pensionierten Schmied zurückgreifen können, dem es dann mit „warm machen“ gelang, die Welle zu lösen.

Während Stefan beim Nachbarn verweilte, befaßte ich mich mit dem Einbau eines neuen Rades am Mistschlitten. Eigentlich erst leicht defekt, habe ich mich trotzdem zum Austausch entschieden denn sonst kommt der Radbruch garantiert zur Frühjahrsbestellung oder an Ostern, und in solchen Situationen kann es dann schon einmal passieren, daß ich ausflippe!

Außerdem ist für Schlechtwetter noch genug Arbeit am meistgehaßten Arbeitsplatz, dem Schreibtisch. Wegen verschiedenster Behördenwillkür bin ich dort schon sehr in Verzug geraten. Es nervt wenn ich überhaupt dran denke: eine ganze Palette steht wieder an, unter anderem Gasölverbilligung, Steuererklärung, Verträge im Wasserschutzgebiet, hierzu zählt auch der Antrag für die Anlegung von Stallmistmieten und die schon jetzige Festlegung für Ausbringungsflächen von Stallmist und Jauche nach der Ernte;



**Ein besonderer Tag**

sie alle darf man nicht vergessen, ganz zu schweigen vom wichtigen Antrag „Agrarförderung“ und den vielen anderen Daten, die im Terminkalender unbedingt festzuhalten sind.

Bin ich so verplant, dem „bäuerlichen“ so entrückt, daß ich mich nicht dagegen aufbäume, stärker dagegen wehren kann?

Es scheint tatsächlich so, denn nachmittags hat mich meine Familie endlich so weit, und so fahren Inge meine Frau und Sebastian unser Jüngster nach jahrelangem Drängen mit mir, einem Menschen, dem es sichtlich schwer fällt vom alten Telefon mit der doch so vertrauten Wählscheibe Abschied zu nehmen, in die Stadt zum T-Punkt, denn sie wollen mithalten beim Telefonieren „quer durch Deutschland für 12 Pfennig“ Und wir

werden stundenlang informiert über T-ISDN, Select 5 plus, T-Online, Internet, Pflug + Play Lösung, Homeoffice, Telefax, PCT-Bus, T-Net-Box und, und, und...

Am Ende raucht mir der Kopf und ich verstehe gar nichts mehr. Diskutierend treten wir die Heimfahrt an, im Auto ruhiger und nachdenklicher werdend. Mein Blick gleitet über die, bedingt durch den milden Winter, schon spärlich ergrünenden Felder. Auf einmal schweife ich ab, sehe verträumt in Gedanken schon den Frühling vor Augen: frisches Grün, Käfer, Erdboden anfassen, Bodengare fühlen, Blumen, stelle im Gedankenwirrwarr Verbindungen her zur AbL und rase mal wieder knapp an der Leitplanke vorbei. Mein Gott, hoffentlich wird mir das „bäuerliche Denken“ nicht einmal

**Betriebsspiegel:**

1 ha Grünland  
96 ha Acker (Zuckerrüben, Raps, Getreide)  
ca. die Hälfte der Flächen in Bewirtschaftung für einen anderen Betrieb  
ca. 60 Sauen  
im südlichen Niedersachsen  
Siegfried und Inge haben 3 Kinder, bei allen kommt in der Berufswahl das Wort „Land“ vor, Siegrid studiert Landschaftsplanung, Christiane ist ausgebildete Landwirtin, Sebastian macht eine landwirtschaftliche Lehre, Inge und Siegfried bewirtschaften den Hof mit einem Auszubildenden.

zum Verhängnis! Wieder hellwach, bin ich froh, in den Stall zu müssen, und fühle mich heute Abend richtig wohl zwischen meinen Sauen und Ferkeln.

*Siegfried Herbst, 50 Jahre*

## Kartellamt gegen Saatzuchtfusion

Das Bundeskartellamt lehnt das geplante Zusammengehen der Neubrandenburger Saaten und der Raiffeisen-Hauptgenossenschaft Hannover ab. Nach eingehender Prüfung konnten die kartellrechtlichen Bedenken nicht ausgeräumt werden. en

## Französisches Handelshaus Carrefour ersetzt „Gen-Produkte“

Das französische Einzelhandels-Unternehmen Carrefour hat bei 286 von bislang 516 unter der Eigenmarke „Carrefour“ geführten Artikeln, die als tatsächlich oder möglicherweise „transgene“ ausgemacht wurden, die möglicherweise genveränderten Lebensmittel-Zusatzstoffe durch solche ersetzt, die in Frankreich nicht gentechnisch verändert werden dürfen. So wurde Sojaöl durch Sonnenblumenöl, Glucosesirup auf Mais-Basis durch Zucker ersetzt. Bei weiteren 212 Artikeln, bei denen diese Substitution nicht möglich sei, wurden die Hersteller verpflichtet, einen lückenlosen Nachweis zu erbringen, daß keine transgenen Substanzen verwendet wurden. 9 Produkte wurden ganz aus dem Sortiment gestrichen, so die Lebensmittelzeitung. Carrefour begründete die Umstellung damit, daß laut neuen Erhebungen 63 % der Franzosen transgene Produkte ablehnten. pm



Nicht zuletzt das Auslandsgeschäft entlastet derzeit den Bio-Getreidemarkt

## Demeter-Verband feierte 75-jähriges

Mit einem großen Festempfang feierte der Demeter-Verband auf der BioFach-Messe in Nürnberg sein 75-jähriges Jubiläum. 1924 gründeten Bauern nach einer Vortragsreihe von Rudolf Steiner den Verband, der heute 20 internationale Organisationen in 35 Ländern und über 1 Million ha umfaßt. „Das Resultat: Tomaten schmecken nach Tomaten, und Tiefkühlprodukte können nur dann zugelassen werden, wenn sie den Kriterien einer werterhaltenden und schonenden Verarbeitung ohne überflüssige Zusatz- und Hilfsstoffe entsprechen“, so Brigitte Szezinski, Geschäftsführerin von Demeter Bayern. Rund ein Viertel aller Demeter-Betriebe arbeite mit pädagogischen oder sozialtherapeutischen Einrichtungen zusammen, so der Verband, womit Demeter auch im sozialen Bereich zukunftsweisend sei. pm

## Umfrage bei Naturkostkunden

Der Bundesverband Naturkost Naturwaren Großhandel (BNN) führt zur Zeit eine Marktforschungsstudie bei Naturkostkunden durch. Die Ergebnisse sollen dazu beitragen, die Entwicklung des Naturkosthandels an den Wünschen der Kunden zu orientieren. Auf diesem Wege soll der Absatz ökologisch erzeugter Lebensmittel insbesondere über den Fachhandel gestärkt werden. Der recht umfangreiche Fragebogen umfaßt diverse Fragen rund um ökologische Lebensmittel und deren Verkaufsstellen. Die Studie wurde ermöglicht durch Mittel der EU-Sozialfonds-Gemeinschaftsinitiative ADAPT und des Landes Nordrhein-Westfalen. Als kleinen Dank können alle Teilnehmer an einem Preisausschreiben mit über 75 Gewinnen teilnehmen. Neben 9.000 über den Naturkostfachhandel verteilten Fragebogen ist der Fragebogen auch aus dem Internet unter der neuen Adresse des BNN abrufbar: <http://www.N-BNN.de>. os

## „Entlastung spürbar“

Der Bio-Getreidemarkt auf Erholungskur

Preisverfall, zunehmender Konkurrenzdruck und die ersten Rückumstellungen, die Entwicklung des Bio-Getreidemarktes wurde und wird immer noch häufig so oder ähnlich umrissen. Nur selten wird bisher wahrgenommen, daß das Blatt dabei ist, sich zu wenden in jenem Bereich, der oftmals als Stimmungsbarometer für den gesamten Ökomarkt gewertet wird. Dirk Vollertsen vom bayerischen Bioland-Vermarkter Bioland-Markt-Bayern (BMB) spricht momentan von einer „deutlichen Markterholung“ beim Ökogetreide. Die BMB vermarktet rund 13.000 t von 300 Betrieben in Bayern. Vollertsen macht eine Vielfalt von Faktoren für die Erholung verantwortlich, besonders allerdings örtlich starke Ertragseinbußen in der letzten Ernte z. B. beim Roggen in Mecklenburg-Vorpommern und eine erhöhte Nachfrage aus dem Ausland, speziell aus Frankreich und der Schweiz. Dabei liegt der Preis auf Inlandsniveau oder sogar noch darüber. „Weizen, Roggen, Dinkel und Hafer sind knapp, der Preis steigt, ist aber noch nicht da, wo er sein sollte“, faßt er die Situation im Süden zusammen.

### Trend nach oben

Auch im Norden ist die „Entlastung spürbar“, so Klaus Schneider-Reis, Vermarkter bei der Bio-Produkt Nord-Ost OHG. Sie bündelt rund 20.000 t ökologisch erzeugtes Speise- und Futtergetreide aus Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Brandenburg. Auch für Schneider-Reis liegen die Ursachen darin, daß „die nationale Nachfrage gewachsen, die internationale Nachfrage stark gewachsen ist und wir ein schlechtes Jahr in der Region hatten.“ Im Norden sind besonders die Dänen mit ihrem hohen Bedarf an Futtergetreide ein wichtiger Handelspartner. Allerdings kommt die veränderte Situation bei Bäuerinnen und Bauern derzeit erst bedingt an, da, so Schneider-Reis, rund 70 % der zu vermarktenden Menge über, vor der Ernte zu den damaligen Preisen abgeschlossene, Altverträge verkauft wird. „Bei freien Partien werden aber schon höhere Preise realisiert und bei den neuen Preisverhandlungen für die diesjährige Ernte geht der Trend nach oben.“ Mindestens 10 % mehr sind die Regel, bei einzelnen Arten z. B. bei Roggen oder auch Futterweizen sind z. T. noch deutlich höhere Sprünge möglich. Daß Qualitätsbackweizen nicht überdurchschnittlich von der Markterholung profitiert, liegt so Schneider-Reis mit daran, daß nach wie vor günstige Partien aus Ungarn und Kanada zur Verfügung stehen. „Es ist billiger ein Schiff aus Kanada zu holen, als dieselbe Menge von Schles-

wig-Holstein nach Hannover zu transportieren.“ Nichts desto trotz sieht er die vielen langen Transporte, die derzeit auch in Deutschland durch den hohen Anteil an Auslandsgeschäften zustande kommen kritisch, „es ist unsinnig, da bleibt viel Geld auf der Straße.“

Auf dem Inlandsmarkt sorgt, nach Einschätzung Peter Weibergs, Bauer und Mitinitiator der ehemaligen Bioland-Nord Getreidevermarktung auch eine Ausweitung der Hühnerhaltung für eine erhöhte Nachfrage nach Futterware.

Eher skeptisch, besonders wenn es darum geht, wieviel für Bäuerinnen und Bauern übrigbleibt, gibt sich Naturland-Vermarkter Brinkmann von der Marktgemeinschaft Nord-Ost. Auch wenn auch er „deutliche Preisanstiege bei Roggen, Futterweizen und Erbsen“ an die rund 40 Betriebe der Gemeinschaft in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern (Getreidemenge 10.500 t) vermelden kann, so fürchtet er, daß z. T. „die Wirkung der steigenden Preise nicht so groß ist, um die schlechte letzte Ernte auszugleichen.“ Hinzu kommt, daß durch die Witterungsbedingungen im letzten Herbst auf einigen Betrieben kein Wintergetreide gedrillt werden konnte, so daß auch in diesem Jahr dort Einkommenseinbußen zu befürchten sind. Kritisch betrachtet er auch die „enorme Exportabhängigkeit“ auf der derzeitige Aufschwung mit fußt.

Heiter bis wolzig, auf diesen Nenner lassen sich die Zukunftsaussichten der Vermarkter bringen. Die Schweiz und Dänemark werden wohl auch längerfristig als Handelspartner erhalten bleiben. In Dänemark sind die Ketten des Lebensmittel-einzelhandels wesentliche und derzeit sehr starke Motoren der Biovermarktung, die mit einer Austausch- nicht Zusatzstrategie wie in Deutschland (Bio statt konventionell, nicht daneben ins Regal) gefahren wird und zumindest derzeit noch eine große Nachfrage auch an ausländischen Erzeugnissen bewirkt. Während Frankreich seinen momentanen Bedarf – hauptsächlich an Backgetreide – sicherlich auch durch die Veränderungen der politischen Rahmenbedingungen hin zu stärkerer Förderung des Ökolandbaus, mittelfristig selbst decken wird. Auch für den Inlandsabsatz gilt verhaltener Optimismus: „die Läger leer sind und die Nachfrage wird früher einsetzen, im Jahr 2000 werden dann die Karten neu gemischt“, so Klaus Schneider-Reis. Er resümiert: „Es ist sehr vernünftig, daß durch die derzeitige Entwicklung mal wieder die Umstellung angereizt wird, sonst sitzen wir in ein paar Jahren in der Stagnationsfalle.“

## Bios fürchten Preisstrudel durch Agenda 2000

Agrarpolitische Tagung der AGÖL auf der Grünen Woche

Die von der EU-Kommission in ihrer Agenda 2000 vorgeschlagenen Preissenkungen für Rindfleisch, Getreide und Milch werden auch die Preise im ökologischen Landbau unter Druck setzen, schätzte AGÖL-Vorstandsmitglied Ulrich Prolingheuer die Brüsseler Pläne ein. Auf der agrarpolitischen AGÖL-Tagung während der Grünen Woche in Berlin sagte Prolingheuer, gleichzeitig auch Bioland-Vorstand, alle Landwirte und gerade die ökologisch wirtschaftenden wollten ihr Einkommen aus dem Verkauf ihrer Produkte erzielen, und nicht über staatliche Direktzahlungen.

Auch Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, ABL-Vorsitzender, kritisierte die Preissenkungen. Sie lösten ein Preis- und Rationalisierungsdruck in der Landwirtschaft aus. Aber hinter den Preissenkungen stehe das Ziel, aus der Intervention,

also dem staatlichen Aufkauf zu festgesetzten Preisen, auszusteigen, was die richtige Richtung sei. Denn die Interventionspreise würden immer nur so hoch gesetzt, daß rationalisierte Betriebe dabei bestehen könnten, während kleinere, die sich keinen eigenen Markt geschaffen haben, rausfielen.

Prof. Hardy Vogtmann, noch Präsident des Hessischen Landesamtes für Regionalentwicklung und Landwirtschaft, mahnte eindringlich, die bäuerliche Landwirtschaft zu erhalten: „Wenn wir von der bäuerlichen Landwirtschaft zum Agribusiness kommen, dann können wir den Ökolandbau vergessen“, so Vogtmann. Trotz deutlicher Kritik an der Weltmarktausrichtung der Agenda 2000 sprach er sich für den Ansatz in der Agenda 2000 aus, durch eine Stärkung der ländlichen Entwicklung (2. Säule) die

Landwirtschaft mit anderen Bereichen des ländlichen Raumes zu verzahnen.

Auf die Frage von AGÖL- und Naturland-Vorstandsmitglied Gerald Hermann, ob der Deutsche Bauernverband seine Mitglieder nicht zur Umstellung auf Ökolandbau ermuntern wolle, sagte der Präsident des Badischen Landwirtschaftlichen Hauptvereins, Wendelin Ruf: „Unsere Mitglieder die Umstellung zu empfehlen, wäre falsch. Der DBV hat seinen Mitgliedern nie empfohlen, wie sie sich zu verhalten haben.“ Der Markt müsse es machen, und: „Ich würde mir wünschen, wenn sich der Biomarkt ausdehnt, weil ich die Ausrichtung des Ökolandbaus auf Langfristigkeit befürworte. Häufig betreiben wir eine Produktion, die nicht auf Langfristigkeit angelegt ist“, so Wendelin Ruf. Das sind Töne! uj

### Bewegtes Gemüt

Auf der AGÖL-Tagung erstaunte etwas, daß das Plenum nur wenig Bereitschaft zeigte, in die agrarpolitische Diskussion einzusteigen. Statt dessen beschäftigte sich z.B. ein ans Saalmikrofon Getretener mit der Frage, warum denn bloß die Biohalle auf der Grünen Woche so bescheiden ausgefallen sei, und forderte das Bundesministerium auf, im nächsten Jahr doch bitte den Zuschuß zu erhöhen, damit die Stände der Deutschen nicht weiterhin kleiner seien als die der Holländer.

## Prüfung in Zeichensetzung

AGÖL und CMA stellen das Ökoprüfzeichen vor

Was lange währt, wird endlich gut", wenn es danach ginge, kann das bundeseinheitliche Ökoprüfzeichen, zeitgemäß auch gleich mit einer Abkürzung – ÖPZ – versehen, nur noch ein grandioser Erfolg werden. Nach jahrelangen Diskussionen erblickte es als Gemeinschaftsprojekt von AGÖL und CMA auf der diesjährigen Grünen Woche das Licht der Öffentlichkeit. Graphisch ist dabei die Weiterentwicklung des Ökopunktes des Freistaates Sachsen herausgekommen: Ein grün-weißer Punkt mit einem Tüpfelchen rot – dem Schriftzug „Öko.“ Die Verarbeiter, die Kosten und Aufwand für ein zweifarbigen Logo nicht scheuen, können es nutzen – nach Zahlung einer, in der Höhe noch nicht festgelegten Lizenzgebühr an die gemeinsam von CMA und AGÖL gegründete Zeichenvergabe GmbH (ob sie sich diese Kosten zumindest indirekt bei den Bäuerinnen und Bauern wiederholen steht dabei auf einem anderen Blatt). In der paritätisch besetzten Öko-Prüfzeichen Gesellschaft hat die AGÖL die Richtlinienkompetenz, die CMA führt die Aufsicht über die Finanzmittel. Die Vergabe des Zeichens soll auf 3-facher Basis erfolgen: nach den AGÖL-Richtlinien, den AGÖL-Verarbeiterrichtlinien und der EU-Verordnung Ökolandbau. Entscheidend ist, daß das ÖPZ zwar an die Einhaltung der AGÖL-Richtlinien geknüpft ist, aber nicht an eine Mitgliedschaft in einem der neun AGÖL-Verbände. Damit ist auch klar, daß ausländische Ware mit dem ÖPZ gekennzeichnet

werden kann. Dieser Komplex, was und wie zu kennzeichnen ist, ist wahrscheinlich der sensibelste Bereich des ÖPZ, betrifft es doch seine Auswirkungen auf die AGÖL-Mitgliedsverbände. Noch ist nicht endgültig abgestimmt, wer alles bzw. ob auch jeder direktvermarktende Bauer oder nur größere Verarbeiter das ÖPZ nutzen können. Spricht sich eine Mehrheit der Verbände für eine generelle Nutzerzulassung aus, befürchten besonders die älteren unter ihnen eine Schwächung der eigenen Stellung. Eine Mitgliedschaft und die Nutzung ihres Verbandslogos würde höchstwahrscheinlich an Bedeutung verlieren. Verarbeiter können zwar zusätzlich zum ÖPZ Verbandslogos auf die Verpackungen drucken, viele, gerade der größeren, werden sich nicht unbedingt darauf einlassen. Schließlich wird auch in der Bio-Branche mittlerweile vielfach bei dem gekauft, der bei gleichem Standard das günstigste Angebot macht. Das kann mal bei Betrieben dieses Verbandes, mal jenes Verbandes oder – durch das ÖPZ dann auch – gar keines Verbandes sein. So ist es ein Schritt zu mehr Anonymität und Austauschbarkeit der Erzeuger in Zeiten, in denen „Herkunft“ als Kaufargument an Bedeutung gewinnt. Er dient allenfalls den Lebensmittelketten und kurbelt die Rationalisierung an.

Ob sich der auch der Absatz von Bioprodukten durch das ÖPZ ankurbeln läßt, hängt viel vom Bekanntwerden des Zeichens in Verbraucherkreisen ab. Es ist ein



Lange hatte er auf diesen Moment gewartet, dann klemmte der Stift etwas, als Jan von Ledebur, amtierender AGÖL-Vorsitzender, den Vertrag zur Gründung einer gemeinsamen Gesellschaft von AGÖL und CMA zur Vergabe des Ökoprüfzeichens unterschreiben wollte. Fotos: Jasper



Trugschluß zu glauben, mit dem Zeichen käme der Bioboom von ganz allein. Wie weit da die von der CMA angekündigten 5 Mio DM, die 1 Mio DM vom Freistaat Sachsen und noch unklare Summen an Lizenzgebühren reichen, bleibt abzuwarten. Hilfreich wäre eine kostenlose Werbetrommel, von offizieller Stelle gerührt. Wie wär's wenn die Politik sich zum Ökolandbau als die Landbewirtschaftungsform der Zukunft bekennen würde und in ihm nicht länger nur die Nische – wichtig fürs Image – sehen würde? Das gleiche könnte man den Bauernverband fragen, der ohne groß etwas dafür tun zu müssen, von der AGÖL mit ins gemeinsames Boot des ÖPZ geholt wurde. cs

Sachsens Landwirtschaftsminister Jähnichen überreichte AGÖL und CMA das bisherige sächsische Ökozeichen in einer Truhe, in der er ein Scheck über 1 Mio. DM zur Anschubförderung des bundesweiten Zeichens versteckte.

## AGENDA 2000

Im Juni 1997 legt die Europäische Kommission erstmals unter dem Titel AGENDA 2000 Reformvorschläge der gemeinschaftlichen Politik vor. Sie sollen den Weg für eine um die mittel- und osteuropäische Staaten erweiterte Gemeinschaft in das nächste Jahrtausend aufzeigen. Ein wesentlicher Aspekt dabei ist die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), neben der Struktur- und Finanzpolitik. Die Kommission erachtet sie aus verschiedenen Gründen für notwendig: durch die Festlegung über dem Weltmarktniveau liegender europäischer Produktpreise in den Bereichen Getreide, Milch und Rindfleisch wurde die Produktion so stark angereizt, daß es zu kostenintensiv abzubauenen Überschüssen gekommen ist. Die bisherige Politik war für eine Gemeinschaft aus 6 relativ homogenen Staaten konzipiert, muß derzeit für 15 funktionieren und wird den Anforderungen der Ost-Erweiterung nicht gerecht.

Eine Kommissions-Analyse der bisherigen GAP hat verschiedene negative Auswirkungen z.B. die ungleiche Verteilung der Stützungsmaßnahmen ergeben, die sich auch gesellschaftlich nicht vertreten lassen.

Folgende Maßnahmen sind u. a. geplant: Preissenkungen sollen die Überschüsse abbauen, Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt herstellen und durch direkte Beihilfen bzw. im Milchbereich durch die Anhebung der Quoten ausgeglichen werden. Eine gewisse Dezentralisierung, sprich die Festlegung bestimmter nationaler Töpfe (Plafonds), aus denen jeder Mitgliedsstaat nach eigenem Ermessen, aber im Rahmen von bestimmten Gemeinschaftskriterien, Beihilfen verteilt. Die Einrichtung der sogenannten 2. Säule, aus der Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raumes als Ganzes finanziert werden sollen. Auch um die gesellschaftliche Akzeptanz der GAP zu erhöhen, sollen Maßnahmen zugunsten des Umweltschutzes verstärkt, extensive Bewirtschaftungsmethoden stärker begünstigt werden. Um Ungerechtigkeiten zu korrigieren, sollen u.a. die Höhe der Direktbeihilfen degressiv gestaffelt werden und den Mitgliedstaaten die Möglichkeit eingeräumt werden, die Zahlungen an die im Betrieb beschäftigten Arbeitskräfte zu koppeln. Im März 1998 legt die Kommission eine überarbeitete Fassung vor, die vor allem auf Grund der massiven Kritik seitens der Agrarlobby die Vorschläge hinsichtlich sozialer und ökologischer Standard abschwächt.

## AGENDA 2000 und die WTO/der Weltmarkt

Die EU-Kommission schlägt in der AGENDA 2000 vor, die Garantiepreise für Getreide, Milch und Rindfleisch zu senken, in der Hoffnung, zu diesen Preisen ohne Exportsubventionen auf den Weltmärkten steigende Mengen abzusetzen. Da auf dem Weltkäsemarkt ein erhebliches Potential gesehen wird, werden die Milchquoten um 2 % erhöht. Mit den Preissenkungen wie auch mit dem zunehmenden Gewicht von Direktbeihilfen, und damit der Entkoppelung von Beihilfen und Produktionsentscheidungen, bringt sich die EU außerdem in eine bessere Ausgangsposition für die im Herbst anstehenden Welthandelsgespräche unter der Schirmherrschaft der Welthandelsorganisation (WTO). Speziell durch die US-Amerikaner wird in den Verhandlungen ein erheblicher Druck in Richtung vollständiger Liberalisierung der Märkte ausgeübt. Allerdings vereinbarten die Landwirtschaftsminister der führenden Handelsmächte im März 1998 für die Liberalisierung einen sozialen und ökologischen Mindestrahmen.

## AGENDA 2000 und die Osterweiterung

1993 legte der Europäische Rat die Beitrittskriterien für die neuen EU-Kandidaten fest, 1997 hatten zehn mittel- und osteuropäische Staaten (MOEL) (Bulgarien, Tschech. Rep., Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei und Slowenien) sowie Zypern ihren Beitritt beantragt. In der AGENDA 2000 ist festgeschrieben, daß sie das umfassende Gemeinschaftsrecht übernehmen müssen, um am gemeinsamen Binnenmarkt voll teilnehmen zu können. In der Landwirtschaft bedeutet dies die Harmonisierung der Gesetzgebung in den Bereichen Veterinär- und Pflanzenschutz und die Verwirklichung des freien Verkehrs mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Mit dem Beitritt der MOE-Staaten würde die landwirtschaftlich genutzte Fläche der EU um die Hälfte vergrößert und die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten verdoppelt. Damit wird gleichzeitig deutlich, daß den meisten Beitrittskandidaten ein gewaltiger landwirtschaftlicher Strukturwandel bevorsteht oder bereits in Gang ist, der eine erhebliche Anzahl von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum zerstört. Über das bereits jetzt laufende Förderprogramm Phare (1,5 Mrd. ECU) versucht die EU, die extremen Umbrüche abzupuffern. Ab dem Jahr 2000 ist eine Heranführungshilfe, die zwei Teile umfaßt, vorgesehen: Agrarförderung mit 500 Mio. ECU/Jahr, Strukturfördermittel mit 1 Mrd. ECU/Jahr (Infrastrukturmaßnahmen hauptsächlich in den Bereichen Verkehr und Umwelt).

## Im Spiel der Kräfte

Preissenkungen kommen, doch wurde noch viel mehr geregelt. Ein bekannte Lobby hat mächtig gepowert

Die europäischen Interventionspreise für Getreide, Milch und Rindfleisch werden ab 2000 gesenkt und somit weiter in Richtung „Weltmarktpreis“ und damit für die Mehrzahl der landwirtschaftlichen Betriebe unter die Produktions-Kosten gedrückt. Um das so entstehende Einkommensdefizit zu verringern, wird die EU ab dem Jahre 2000 ihre direkten Ausgleichszahlungen an die Betriebe erhöhen, doch nicht in der Höhe, wie sie die Preise senkt. Und wenn die von Deutschland geforderte Kofinanzierung der EU-Agrarpolitik nicht kommt, dann werden diese Ausgleichszahlungen in den nächsten Jahren auch schon wieder gekürzt werden, um jährlich etwa 3 %.

Die Folge: Vorausgesetzt, die Senkung der Interventionspreise setzen sich in den am allgemeinen Markt erzielten Preisen durch, dann wird es sich für die meisten Betriebe noch weniger lohnen, weiterhin Lebensmittel zu erzeugen. Ausreichen wird es für Betriebe, die in betriebswirtschaftlich optimalen Größeneinheiten ihre Produktion durchrationalisiert und Arbeit eingespart haben und dabei nicht unter einer zu hohen Kapital- bzw. Kreditlast leiden. Soll keiner sagen, diese Betriebe könne man schnell durchzählen. Zumindest spielten sie in den letzten Monaten in Deutschland eine entscheidende Rolle im agrarpolitischen Poker.

Der **Deutsche Bauernverband (DBV)** hat sich auf die Vertretung ihrer Interessen konzentriert und die deutsche Verhandlungs-Delegation darauf eingeschwört, alles zu tun, um die von der EU-Kommission vorgeschlagenen Begrenzungen für größere Einheiten vom Tisch zu kriegen. Zum Redaktionsschluß, noch vor dem Ende der Marathon-Agrarrunde unter Leitung von Minister Funke, galt als ausgemacht, daß z.B. die von der Kommission vorgeschlagene betriebsgrößenabhängige **Abstaffelung der Ausgleichszahlungen** nicht kommt (Kürzung der Zahlungen zwischen 100.000 und 200.000 ECU um 20 % und über 200.000 ECU um 25 %).

Die DBV-Spitze hat hinter den Kulissen über Wochen und Monate massiven Druck gegen diese Degression ausgeübt, für die sich Minister Funke vor seiner Bonner Zeit noch durchaus offen zeigte. Dabei hat der DBV die Agrarminister der ostdeutschen Länder eingespannt und sogar teilweise dirigiert, wie sie ihren Druck auf Bonn verstärken. Krönung des Ganzen: Auf Empfehlung des DBVs soll Minister Funke für eine Woche in Mecklenburg-Vorpommern Urlaub eingelegt haben, damit er sich mal vor Ort mit der

schwierigen Lage der Betriebe dort vertraut machen konnte, so war auf der Grünen Woche zu hören.

Ein anderes Beispiel ist der Wegfall der **90-Tier-Grenze** bei der Bullen-Prämie. Erinnerung sei auch noch an den massiven Druck nach Vorlage der ersten Agenda-Vorschläge im Sommer 1997, um die **Silomaisprämie** zu behalten und dafür eine höhere Preissenkung (15 % statt 10 % bei Milch) und eine nochmals preisdrückende Ausweitung der gesamteuropäischen Milchquote um 2 % zu kassieren. Die Richtung wird in all dem überdeutlich. In der öffentlichen Darstellung und



Welchen Weg weist uns die Agenda 2000? Oder gibt es gar

Demos jedoch beschränkt sich der DBV auf die Kritik an der Preissenkung, um bloß in der Opferhaltung bleiben zu können, denn dann hat man „alle“ Bauern im Boot.

uj



## Und was nun?

Trotz Enttäuschungen bleiben Gestaltungsspielräume, und zwar verstärkt auf nationaler Ebene. Kürzungs-Ausnahmen als sozialer Ausgleich.

**W**as bleibt den Betrieben in der Mehrzahl, die mit den abgesenkten Interventionspreisen nicht zurechtkommen, für die das Auffangnetz Intervention nicht hält? Wachsen? Weichen?

Die aktuelle allgemeine Stimmung in der Landwirtschaft ist nicht gerade geprägt vom Aufbruchswillen, auch kämpferisch ist sie nicht wirklich. Da ist es schwer, mit Hoffnungsfunken landen zu wollen. Doch für eine endgültige Bilanz und Resignation ist es noch zu früh, zu vieles ist weiter in Bewegung.

### Kürzungs-Freibetrag von 5.000 €

Vor allem Frankreich hat sich weitgehend mit seinem Vorschlag durchgesetzt, die Ausgleichszahlungen nach und nach zu senken („Zeitliche Degression“). Im Gespräch war zuletzt, daß die Ausgleichszahlungen jährlich um etwa 3 % gekürzt werden sollen. Um den Kleinbetrieben, vor allem in Südeuropa, die Kürzung ihrer ohnehin schon geringen Prämien zu ersparen, sollen die Zahlungen pro Betrieb bis zu einer Höhe von 5.000 EURO (knapp 10.000 DM) ungekürzt bleiben. Dieser Freibetrag würde sich nach Berechnungen der EU-Kommission so auswirken, daß rund 67 – 73 % der (kleinen) landwirtschaftlichen Betriebe in Europa von der Kürzung ausgenommen wären. In dieser Zahl drückt sich im übrigen wieder einmal aus, daß die allermeisten Betriebe nur sehr geringe Prämienzahlungen erhalten, während eine kleine Zahl von Betrieben den größten Teil der Zahlungen erhält; aus einem Arbeitspapier der EU-Kommission geht hervor, daß die von der Kürzung auszunehmenden 67 – 73 % der Betrie-

be nur ein Drittel der Zahlungen erhalten würden.

Die im Rahmen der Kürzungen eingesparten Mittel sollen jedoch nicht ganz aus dem EU-Haushalt gestrichen werden,

sondern wenigstens zu einem Teil weiterhin dem ländlichen Raum zugute kommen. Der Vorschlag der Kommission war im Gespräch, die eingesparten Mittel zu 25 % für zusätzliche Maßnahmen der sog. 2. Säule in Brüssel zurückzuhalten. Diese Mittel würden von Brüssel aus dann jenen Mitgliedstaaten bereit stehen, die für entsprechende Maßnahmen, z.B. Agrar-Umweltprogramme, Regionale Vermarktung, Investitionshilfen, Programme aufstellen und nationale Finanzmittel zur notwendigen Kofinanzierung bereitstellen.

### Nationaler Spielraum

Frankreich hat sich für einen Vorschlag der EU-Kommission stark gemacht, den einzelnen EU-Mitgliedstaaten zu erlauben, die Ausgleichszahlungen um bis zu 20 % nochmals zu kürzen, wenn ein Betrieb bestimmte, auf nationaler Ebene festgelegte ökologische oder soziale Kriterien nicht einhält. Die Mittel sollen wiederum für die ländliche Entwicklung im Land bleiben.

Die AbL hat hier eine Staffelung der Zahlungen in Abhängigkeit von der Höhe der Gesamtzahlungen vorgeschlagen: Bei Zahlungen bis zu einer Höhe von 60.000 DM pro Betrieb soll es keine Kürzung geben, Zahlungen zwischen 60.000 und 100.000 sollen um 10 % und über 100.000 DM um weitere 10 % gekürzt werden. Um Betrieben die Möglichkeit zu geben, diese Kürzungen zu vermeiden, schlägt die AbL ferner vor, daß Betriebe, die an einem Agrar-Umweltprogramm teilnehmen und zusätzlich eine Arbeitskraft einstellen, 50 % der Lohnkosten in Ansatz bringen können, um die Kürzung der Ausgleichszahlungen wieder außer Kraft zu setzen.

Eine andere nationale Aufgabe ist es, die Programme, die Brüssel in der 2. Säule zusammenfaßt, auszuarbeiten. Hier gilt es, in dem bestehenden Interessenkonflikt zwischen „Fit-Machen für den Weltmarkt“ und „Erschließen regionaler Märkte“ politische Stärke zu beweisen. Die Kommission hat Förderungen für beide Richtungen in die 2. Säule gepackt: Hilfen für Rationalisierung wie für Vermarktungsaufbau. Was wie stark abgefordert wird, das entscheiden die Mitgliedstaaten bzw. Bundesländer selbst. Denn sie müssen entsprechende Regionale Entwicklungsprogramme auflegen, die die förderfähigen Maßnahmen beschreiben. Und weil all diese Maßnahmen aus der 2. Säule von den nationalen Ebenen kofinanziert werden müssen, gibt es auch auf dieser Ebene einen harten Verteilungskampf ums Geld.

uj

## EU-Agrarpreisystem

Im Laufe der 60er Jahre entwickelte sich das gemeinschaftliche agrarpolitische Interventions-Modell der damals noch sechs Mitgliedsstaaten für bestimmte mit Marktordnungen versehene Produktionsbereiche (u.a. Getreide, Milch, Rindfleisch). Ein einheitlich festgelegter Interventionspreis garantiert ein preisliches Minimum, zu dem die EU, so sich denn auf dem Binnenmarkt kein Käufer findet, die Erzeugnisse aufkauft, sie lagert und einen Teil aus dem Binnenmarkt auf den Weltmarkt exportiert. Die Differenz zwischen dem binnenmarktlichen Interventionspreis und dem niedrigeren Weltmarktpreis gleicht sie durch bereitgestellte Exportsubventionen aus. Damit werden die EU-Produkte künstlich wettbewerbsfähig gehalten bzw. drücken sogar die Preise. Da das Interventionsystem aufgrund seiner Garantiepreise zu Überschüssen führt und außerdem außerhalb Europas zunehmend als wettbewerbsverzerrend kritisiert wird, wurde bereits mit der Agrar-Reform 1992 mit Interventionspreissenkungen der langsame Ausstieg aus dem System eingeleitet. Die AGENDA 2000 sieht erneut Senkungen der Preise bei Getreide um 20 %, bei Rindfleisch um 30% und bei Milch um 15% vor. Sie sollen zumindest teilweise ausgeglichen werden durch die Gewährung von Direktzahlungen bezogen auf die Produktionsfläche oder die Tierzahl. Durch die Höhe und Ausgestaltung der Ausgleichszahlungen ist eine Intensitätssteuerung der landwirtschaftlichen Produktion möglich. Die ursprünglich vorgelegte Version der AGENDA 2000 beinhaltete Aspekte, die eine Bewegung hin zu einer extensiveren Produktion unterstützt hätten (z. B. Abschaffung der Silomaisprämie).

## 2. Säule/Entwicklung des ländlichen Raumes

Mit der neuen Verordnung über die gemeinschaftliche Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes installiert die EU-Kommission neben der klassischen Markt- und Preispolitik ein Instrument, was die multifunktionale Rolle der Landwirtschaft einerseits und die Notwendigkeit eines integrierten Ansatzes für die Entwicklung des ländlichen Raumes andererseits anerkennt. Gefördert werden sollen Maßnahmen der Umstrukturierung der Landwirtschaft und der Diversifizierung der Wirtschaft im ländlichen Raum. Die Verordnung faßt die derzeit noch existierenden Einzelverordnungen Modernisierung der Agrarstruktur (Ziel 5a), Entwicklung des ländlichen Raumes (Ziel 5b) sowie die sogenannten flankierenden Maßnahmen (Agrarumweltprogramme, Aufforstung und Vorruhestandsregelungen) in einer Rechtsgrundlage zusammen. Durch die Umschichtung von Geldern aus den Agrarmarktausgaben in diesen neuen Komplex versucht die Kommission angesichts zunehmender Kritik an den Ausgaben für eine reine Interventionspolitik, Fördermöglichkeiten für die Landwirtschaft zu schaffen, die gesellschaftsfähig sind. Ein Großteil der Umsetzung der neuen Verordnung wird dezentralisiert in Verantwortlichkeit der Mitgliedsstaaten gelegt. Finanziert werden soll die 2. Säule aus der Abteilung Garantie des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL), die mit 88,5% des EAGFL-Haushalts den Löwenanteil der Agrarmittel beinhaltet.

## EU-Finanzierung

Die AGENDA 2000 soll der EU ein bis 2006 gültiges Finanzkonzept bereitstellen. Der größte Posten im Budget ist dabei der Agrarretat, der EAGFL Abt. Garantie, er macht rund 50% des Haushalts aus und belief sich 1997 auf 40.805 Mio. ECU. 1988 führten die Staats- und Regierungschefs der EU Obergrenzen für das Wachstum des Garantie-Haushaltes ein. Bekannt als die Agrarleitlinie, wird dadurch das Wachstum des Haushaltes auf 74% des Bruttosozialproduktes in der EU begrenzt. In den jüngsten Debatten der Finanzminister um die AGENDA-Finanzierung ging es darum, diese Haushaltssteigerung zu verringern oder ganz abzuschaffen, um den Anteil der Agrarsubventionen am Gesamthaushalt zu reduzieren. Daß gerade ein Land wie Deutschland so eine Position einnimmt, liegt an seiner sogenannten Nettozahler-Stellung. Nettozahler sind die Mitgliedsländer, die mehr Geld in die gemeinsame EU Kasse einzahlen, als sie an Fördermittel wieder herausbekommen. Und da die Agrarausgaben nun einmal der größte Posten sind, schneiden Länder mit mehr Bauern tendenziell besser ab. An dieser Situation sollte die in der AGENDA 2000 vorgeschlagene Kofinanzierung bestimmter Bereiche etwas ändern. Die Mitgliedsstaaten sollten 25 % der Ausgleichsmaßnahmen direkt an die eigenen Bäuerinnen und Bauern auszahlen, ohne Umweg über Brüssel.



wei solcher Wege?

# Die Welthandelsorganisation WTO – unbekannt, doch mächtig

Schon in der Debatte um die Agenda 2000 taucht das Kürzel WTO häufig auf. Ende 1999 beginnt offiziell die nächste WTO-Verhandlungsrunde. Es wird Zeit, sich mit diesem Kürzel vertraut zu machen

## GATT-Auflagen

Noch heute gültig und wirksam ist der Abschluß der letzten, siebenjährigen Welthandelsrunde, der sogenannten Uruguay-Runde des GATT (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen), vom Dezember 1993. Den Agrarbereich betreffend, haben sich die Unterzeichner aus 117 Ländern u. a. auf folgendes geeinigt:

Die staatlichen Stützungsmaßnahmen für die Landwirtschaft werden drei Gruppen zugeordnet:

- 1.) In die „**green box**“ fallen Einkommensstützungen, die unabhängig von einer Produktion landwirtschaftlicher Güter, als Ausgleich für Umweltleistungen, benachteiligte Gebiete, Vermarktungsförderung gewährt werden.
- 2.) In die „**blue box**“ fallen Beihilfen, die sich auf die Fläche oder feste Ertragsätze/Bestandsgrößen beziehen.
- 3.) Die „**yellow box**“ betrifft Preisstützungsmaßnahmen.

Nach dieser Aufteilung richten sich die GATT-Auflagen. Green-box-Maßnahmen unterliegen keinen Beschränkungen, blue-box-Zahlungen bleiben bis zum Ende der Friedensfrist im Jahre 2004 geschützt, und die Produktionsstützungen müssen in festgelegten Schritten abgebaut werden.

Ein oft gehörtes Argument für die Agenda 2000 ist die Behauptung, damit werde die europäische Agrarpolitik an die Regeln der Welthandelsorganisation (WTO = World Trade Organisation) angepasst. Auch der Streit zwischen der Europäischen Union und den USA um die Hormonbehandlung bei Mastrindern hat ein Schlaglicht auf die WTO geworfen. In landwirtschaftlichen Fachkreisen findet diese Organisation spätestens seither eine gewisse Beachtung. Aber nach wie vor sind bei den meisten Menschen viele Fragen unbeantwortet. Wie kommt es, dass eine internationale Organisation einen Politikwechsel herbeiführen und Regeln und Gesetze aufheben kann, die in der EU auf demokratisch legitimiertem und rechtsstaatlichem Wege verabschiedet wurden? Welche Auswirkungen hat dies auf Landwirte und Verbraucher? Ich will versuchen, etwas Licht ins Dunkel zu bringen.

## Vom GATT zur WTO

Seit Januar 1995 existiert in Genf die Welthandelsorganisation. Sie ist die ausführende Behörde des *Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens*, englisch abgekürzt *GATT*. Das *GATT* wurde 1947 abgeschlossen und regelt seitdem den weltweiten Warenverkehr. Ursprünglich war das *GATT* ein Abkommen zum internationalen Abbau von Einfuhrzöllen, zur internationalen Regelung der nationalen Handelspolitiken und zur Liberalisierung des Weltmarktes. Grundregeln dabei sind die – *Meistbegünstigung*, d.h. beim Import müssen gleichwertige Produkte aus allen Mitgliedsstaaten der WTO gleich behandelt werden, und die – *Inländerbehandlung*, d.h. innerhalb eines Landes müssen gleichwertige ausländische und inländische Produkte gleich behandelt werden.

Das *GATT* ist in bisher acht Verhandlungsrunden immer weiter ausgedehnt worden. Die letzte Runde begann 1986 in Uruguay (deshalb *Uruguay-Runde*) und endete 1993 mit der Abschlusserklärung von Marrakesch. Ein Ergebnis der Uruguay-Runde ist die Gründung der WTO. Gleichzeitig mit der Gründung traten neue Regeln für den Welthandel in Kraft, die sich grundlegend von der bisherigen Situation unterscheiden. Neben dem Warenhandel sind nun auch der Handel mit Dienstleistungen (etwa Telekommunikation oder Finanzdienstleistungen), geistigen Eigentumsrechten wie z.B. Patenten und handelsbezogene Investitionen gere-

gelt. Beim Warenhandel wurden Agrarprodukte und Textilien neu in das *GATT*-Regelwerk aufgenommen; schon die 1992er Agrarreform der EU hing damit eng zusammen. Bisher eher als Randerscheinung befasst sich die WTO seither auch mit den Themen „Handel und Umwelt“ und „Handel und Entwicklung“. Sie verpflichtet sich in der Präambel des WTO-Vertrages auf des Prinzip der nachhaltigen Entwicklung.

## WTO steht neben UN

Im Völkerrecht sind die *Vereinten Nationen* (UN) die höchste Ebene der internationalen Institutionen. Die fünf zentralen Gremien der UN (Vollversammlung, Generalsekretär, Sicherheitsrat, Wirtschafts- und Sozialrat, Internationaler Gerichtshof) setzen die Regeln für alle anderen Institutionen, selbst der Internationale Währungsfonds und die Weltbank haben in ihren Statuten die Unterordnung unter das von den UN definierte Völkerrecht festgeschrieben.

Die WTO steht bisher noch neben diesem System. Der Unterschied zwischen Recht haben und Recht bekommen liegt auch und gerade im internationalen Recht in den realen Machtverhältnissen begründet. In der WTO geht es um Wirtschaftsinteressen, bei den Vereinten Nationen um Umweltschutz, Menschenrechte und Entwicklung, diese Prinzipien haben deutlich schwächere Fürsprecher.

## Machtvolles Schiedsgericht

Höchstes Organ der WTO ist die *Ministerkonferenz*. Sie besteht aus Regierungsvertretern (in der Regel die Wirtschaftsminister) aller Mitgliedsstaaten. Die Ministerkonferenz tagt alle zwei Jahre und entscheidet über alle neuen Verträge und

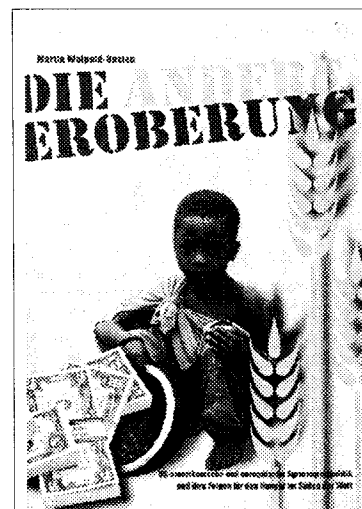
Änderungen bei vorhandenen Verträgen nach dem Konsensprinzip. Nationalstaaten haben also durchaus noch Einflussmöglichkeiten.

Die vielfältigen Tagesaufgaben der WTO erfüllt der *Allgemeine Rat* der WTO. In diesem sind neben den Mitarbeitern der WTO Vertreter aus allen Mitgliedsländern beteiligt. Eine nahezu revolutionäre Neuerung ist bei Streitfällen durchgesetzt worden. Nach der alten Regelung vor der Gründung der WTO hatten die betroffenen Länder ein faktisches Vetorecht gegen Entscheidungen des *WTO-Schiedsgerichts*. Heute können Schiedssprüche von der Staatengemeinschaft nur noch einstimmig abgelehnt werden. Damit verfügt die WTO über eine Durchsetzungskraft, die keiner UN-Organisation auch nur annähernd zugestanden wird.

## Chancen erarbeiten

Nachhaltige Landwirtschaft, vorbeugender Verbraucherschutz, Hungerbekämpfung: das sind Politikfelder, die ihre überragende Bedeutung gegen eine ungezügelt Liberalisierung des Welthandels behaupten müssen. Die WTO hat andere Ziele. Wenn wir eine Landwirtschaft ohne Rindermasthormone, ohne Fütterungsantibiotika und ohne gentechnisch veränderte Sorten erhalten wollen, müssen wir bei der WTO ansetzen, mit ebensoviel Energie wie in Brüssel. Breite Bündnisse zwischen Verbrauchern, Bauern, Gewerkschaften, Umwelt- und Entwicklungsverbänden sind nötig, dann gibt es eine Chance.

Rainer Engels, Geschäftsführer der Nord-Süd-politischen Lobby-Initiative GERMANWATCH, und ABL-Mitglied



## Neues Buch

Hintergründe und Fakten für die Diskussion um die kommende WTO-Verhandlungsrunde liefert ein neues Buch, das im April im ABL-Verlag erscheint. Es analysiert, wie die Agrarpolitik der USA und der Europäischen Union funktioniert und welche Folgen damit für den Hunger im Süden der Welt verbunden sind? „Die andere Eroberung“ ist der Titel dieses Buch, in dem Autor Martin Wolpold-Bosien bilanziert: Mit der Subventionierung ihrer Agrexporte schädigen USA und EU die dauerhafte Ernährungssicherheit von Millionen Menschen und ganzer Länder und haben den Hunger in der Welt gefördert. Näheres in der nächsten Bauernstimme.

235 Seiten, DM 26,00

# CPE zur Schweinekrise

Europäische Bauernkoordination verabschiedet Erklärung

Am 29/30 Januar trafen sich CPE (Europäische Bauernkoordination) Organisationen aus Norwegen, Frankreich, Belgien, Spanien, Dänemark (Gastvertreter) und Deutschland (AbL) im Zentrum der industriellen Schweineproduktion in „Murs de Bretagne.“ Nachdem am ersten Tag in einer öffentlichen Veranstaltung vor über 100 Bauern und unter reger Anteilnahme der französischen Presse die nationalen Situationen von den Vertretern vorgestellt und analysiert wurden, arbeitete die CPE am zweiten Tag an einer gemeinsamen Vorgehensweise auf EU-Ebene. Es wurde die nebenstehende Erklärung verabschiedet, die in Brüssel wie auf nationaler Ebene veröffentlicht und an die politisch Verantwortlichen heran getragen werden soll. Neben den aktuellen Forderungen in der Erklärung zur Mengenbeschränkung bei Schutz der bäuerlichen Betriebe, waren folgende Inhalte der Tagung aus AbL-Sicht besonders bemerkenswert:

- Die Lohnmast hat in bestimmten Re-

gionen extremen Umfang angenommen (Flandern 80%, Bretagne 30 %) und wird als Hauptgefahr der bäuerlichen Produktion gesehen.

- In den anderen Ländern werden Bestandsobergrenzen verstärkt diskutiert. In Dänemark liegt z. B. ein Entwurf im Parlament vor, der Bestandsobergrenzen von 250 Sauen plus Ausmast pro Betrieb festlegt, wobei ein Besitzer max. 3 Betriebe bewirtschaften darf.

- Der EU-Gedanke und daß wir nur gemeinsam im Brüssel was für die klein- und mittelbäuerlichen Betriebe erreichen können, ist in den anderen Organisationen wesentlich stärker verankert als in der AbL.

Im Gegensatz zur Bundesrepublik ist die politische Widerstandsbereitschaft der Bauern zur Existenzsicherung der bäuerlichen Betriebe insbesondere in Frankreich sehr stark ausgeprägt. Es muß für die AbL eine wichtigere Aufgabe werden in der CPE zur Europäischen Arbeit beizutragen.

Bernd Kuhn

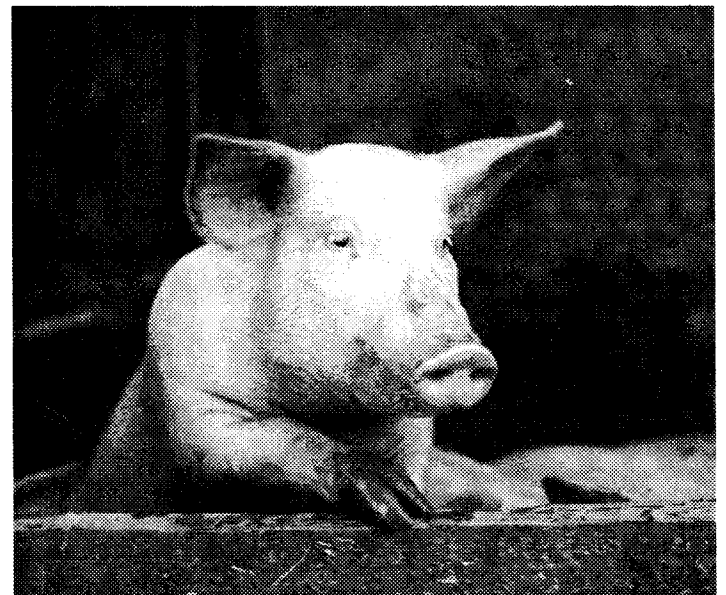
KURZES AM RANDE

## US-Sauen in Polen

Der Konzern Smithfield Foods Inc., der zu den größten Schweinefleischproduzenten und -vermarktern der USA gehört, will im Zuge seiner Expansion ins Ausland bis zu 300 Mio Dollar in den Aufbau von Betrieben in Polen stecken. Zunächst will man sich laut Lebensmittelzeitung an einem polnischen Betrieb beteiligen und 10.000 Sauen installieren. en

## Resistente Menschen

Eine texanische Universität will Kühe klonen, die gegen BSE-Rinderwahnsinn immun sein sollen. Die Lebensmittelzeitung hat dieses Vorhaben in einer Glosse aufgegriffen und schlägt vor, nicht jede Lebensmittel-Gefahr einzeln zu bekämpfen: „Das Übel muß nicht an der Wurzel, sondern am Schopf gepackt werden: nicht die Nutztiere, sondern die Menschen müßten resistent werden – und zwar am besten gegen alles!“ Also gegen EHEC- und Coli-Bakterien ebenso wie gegen salmonellenverseuchte Hühner und Listerien im Käse, gegen Nitrosamine und Zusatzstoffe in der Nahrung. „Die ängstlichen Bedenken gegen Manipulationen am Erbgut würden die Ewiggestrigen schnell aufgeben, wenn sie sähen, wie die Nachbarn ohne Angst selbstgemachte Mayonnaise, rosa gebratene Entenbrust und in Gärung befindlichen Heringssalat genießen...“ Nicht nur Hersteller und Handel würden in Form verlängerter Lebensmittel-Restlaufzeiten von einer solchen Maßnahme profitieren, die gentechnisch erzeugte Unempfindlichkeit gegen Unfreundlichkeit im Handel könnte auch den Verbrauchern ein ungetrübtes Einkaufserlebnis verschaffen. en



## „Genetisch bedingte Hysterie“

Die Ablehnung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln durch die deutschen Verbraucher ärgert den Nestle-Boß Maucher: „Das hat mit Aufklärung nichts zu tun. Das ist genetisch bedingte Hysterie“ – so Maucher in einem Interview des Tagesspiegel. Genetisch bedingte Hysterie – ein neues Aufgabenfeld für gentechnische Veränderung? en

## Steuerreform verändert

Das Bundeskabinett hat Änderungen an der Steuerreform beschlossen. Landwirtschaftsminister Funke setzte an mehreren Punkten des mit vielen landwirtschaftlichen Streichposten versehenen Ursprungsvorschlags zumindest teilweise Verbesserungen durch. So wird es weiterhin einen allerdings auf 1300 bzw. 2600 DM statt bisher 2000 bzw. 4000 DM gesenkten Freibetrag, ebenso wie auch einen verminderten Steuerermäßigungsbetrag für buchführenden Betriebe geben. Auch die Gewinnermittlung nach Durchschnittssätzen gemäß §13a bleibt, wenn auch auf eine 20 ha-Grenze verändert, erhalten. Auch die Umsatzsteuerpauschalierung ist weiterhin möglich, wenn auch der Pauschalierungssatz um 1% auf 9% gesenkt werden soll. In diesem Zusammenhang hatte der Bundesrechnungshof die Kritik des Landwirtschaftsministeriums auf sich gezogen. Der Rechnungshof hatte bei einem Pauschalierungssatz von 10% eine ungerechtfertigte Begünstigung der Landwirtschaft errechnet. Allerdings hatte er die Umsätze der als juristische Personen geführten Betriebe, die in den neuen Bundesländern immerhin 50 % der Fläche bewirtschaften, in die Berechnungen mit einbezogen, obwohl diese aufgrund der Rechtsform nicht pauschalieren dürfen. pm

### CPE-Erklärung zur Schweinekrise

Wie lange noch können die bäuerlichen Familienbetriebe mit Eigenkapital, die bis jetzt noch die Mehrheit der Schweineproduzenten in Europa darstellen, überleben?

Die brutale Entwicklung der industriellen Schweinemast, der Zugriff der Futtermittelindustrie auf die Schweineproduktion durch Lohnmast, die bereitwillige Nachlässigkeit der öffentlichen Hand und der Schweinefleisch-Exportlobby haben die aktuelle Krise herbeigeführt, die als ein Angriff auf bäuerliche Strukturen angesehen werden muß. Sollen doch die, die für die Überproduktion verantwortlich sind, die Zeche zahlen!

Ohne die dringende Einrichtung einer europäischen Verordnung zur Schweineproduktion riskiert die EU mehr als 100.000 Schweinebetriebe schnell zu verlieren und die Schweineproduktion auf industrielle Anlagen zu verlagern, wo das Kapital und die Automatisierung den multifunktionalen Beruf der Bauern/Bäuerinnen ersetzt. Die Verordnung muß eine Angebotskontrolle der Produktion und somit eine Entlohnung der Produzenten über den Preis bei einer Erzeugung von Qualitätsfleisch und unter Beachtung der Anforderungen des Umweltschutzes ermöglichen.

Um diese zu erreichen, muß die Verordnung sich auf folgende Punkte konzentrieren:

- Die Schweineproduktion soll in bäuerlichen Familienbetrieben mit Eigenkapital erfolgen, nicht in industriellen Betrieben oder in Lohnmast.
- Priorität der Produktion für den Binnenmarkt der EU. Der Export darf nicht das Ziel sein. Er sollte nur im Fall von konjunkturell bedingten Überschüssen eine Zuflucht sein, aber ohne jeglichen öffentlichen Zuschuß
- Als vordringliche Maßnahme, um den weiteren Anstieg der Produktion zu stoppen, müssen nationale Referenzmengen etabliert werden.
- Innerhalb der nationalen Referenzmenge müssen die kleinen und mittleren Betriebe geschützt werden. Es ist an den Großbetrieben, ihre Produktion zu drosseln.
- Wir wenden uns entschieden gegen Betriebsstillegungspläne. Eine Angebotskontrolle der Produktion darf nicht durch die Vernichtung kleinerer und mittlerer Betriebe erfolgen.
- Wir fordern ein europaweites Moratorium bezüglich der Neugründung oder Erweiterung von Schweinebetrieben in industriellem Maßstab
- Die EU-Nitrat-Richtlinie muß von den Mitgliedsstaaten respektiert werden.
- Anzustreben ist eine flächengebundene Produktion.
- Wir fordern das Verbot von Antibiotika und allen anderen Wachstumsfördermitteln in Futtermitteln
- Es muß ein europaweites Verzeichnis aller Schweinehalter angelegt werden, mit der Angabe der Tierzahlen und Besitzverhältnissen (Eigenkapital, Lohnmast,...)

## Mit Zugochsen gegen Auflagen

Der Untermühlbachhof soll durch neue Auflagen im Wasserschutzgebiet seinen Festmist nicht mehr ausbringen dürfen. Doch es laufen Untersuchungen, die der boden- und wasserschonende Bewirtschaftung mit Zugochsen besondere Leistungen bescheinigen könnten

**E**in Wanderwegzeichen weist die Richtung zum Untermühlbachhof, der abseits in einem stillen Schwarzwaldtal nahe Sankt Georgen liegt.

Zwei Zugochsen ziehen hier Striegel, Hacke und Sämaschine übers Feld. Zum Hof gehören neben den Ochsen auch ein Arbeitspferd, 17 Vorderwälder-Milchkühe mit Nachzucht und 27 ha Land, wovon zehn ha Ackerland sind. Die Lenzners betreiben den Betrieb seit 14 Jahren als Bioland-Hof. Vor fünf Jahren stieg Anke Lützwow mit in die „Wälder-GbR“ ein, die Käseerei wurde ausgebaut, viele Azubis nahmen ihren Weg über den Unteren Mühl-

Festmist auszubringen, wenn oberirdisch Bodenbestandteile, Dünge- oder Pflanzenschutzmittel in das Fassungsgebiet der Quelle abgeschwemmt werden können. Dies ist von der Geländeneigung her durchaus vorstellbar, da die Ackerfläche und das Grünland an Hängen zu beiden Seiten des Mühlbachs liegen.

Das Mühlbachtal wird extensiv genutzt, ein Teil der Grünlandflächen ist ein Feuchtbiotop und wird von der Wälder GbR im Vertragsnaturschutz gepflegt. Auf den Feldern steht überwiegend Klee gras, zudem werden Dinkel, Roggen, etwas Futterrüben und Kartoffeln angebaut.

### Einheit von Haus und Stall

Der Hof selbst ist ein typischer Schwarzwaldhof, eine Einheit von Haus und Stall unter einem weit überstehenden Dach und einer Tenne mit Heutrocknung in der oberen Etage. Die Milchviehherde-Vorderwälderkuhe steht, wenn sie im Stall ist, auf Tretmist. Diese kleinrahmigen Rinder, die im Süd- und Mittelschwarzwald verbreitet sind, haben sich gut an die mineralstoffarmen Bergweiden angepasst. Steffi Lenzner verarbeitet die gesamte anfallende Milch zu Joghurt, Quark, Frisch-, Berg- und Hofkäse. Die Käseerei wurde vor fünf Jahren ausgebaut und praktisch eingerichtet. Die Käserin hat inzwischen ihre eigenen Rezepturen für die runden mehlpfündigen Laibe entwickelt. Die Vermarktung des Käses und der Schlachtprodukte auf Wochenmärkten und ab Hof bilden das Einkommen der zwei Familien. Das Herzstück des Betriebes wäre getroffen, wenn mit Ausweisung der Zone II im schlimmsten Fall die Ausbringung des Tretmistes und eine Beweidung der Flächen untersagt würde.

Hier möchten die BiolandwirtInnen ansetzen: könnten sie nachweisen, daß oberflächlich keine Stoffe in das Quellgebiet eingetragen werden, wäre die Festmistausbringung -wenn auch unter Einschränkungen- weiterhin möglich. Seit Februar 1998 entnimmt die Gemeinde für die Dauer eines Jahres alle zwei Wochen Wasserproben an der Quelle. Die Wälder GbR protokolliert ihre Arbeiten auf den Schlägen. Bislang konnte beim Vergleich der Meßwerte des Quellwassers mit den Düngungs- und Bodenbearbeitungsmaßnahmen auf den Schlägen kein Zusammenhang gefunden werden- ein Erfolg, der nach Ansicht der Untermühlbacher auch der Bearbeitung der Flächen mit Zugtieren zuzuschreiben ist.

Auf dem Betrieb sind seit zwei Jahren zwei Zugochsen im Einsatz, sie wurden aus der eigenen Vorderwälderherde he-

rangezogen; ein Kaltblutpferd wird gerade ausgebildet, und soll später den Pflug ziehen. Sebastian Sammet, der im Auftrag der Wälder GbR die Möglichkeiten zur Festmistausbringung im WSG vor Ort untersuchte, faßt zusammen: „die Ackerfläche sollte weitgehend mit Zugtieren bearbeitet werden. Somit würden Klee gras-umbruch und Hackfruchtschläge mit einem geringen Bedeckungsgrad in der Bodenstruktur erhalten und Bodenverdichtungen und Wassererosionsereignisse im Wasserschutzgebiet minimiert werden.“ Die Bodenfruchtbarkeit werde durch die Umstellung vom Schlepper auf Pferd- und Ochsenzug verbessert. Die Krume sei locker und gleichmäßig gut strukturiert, Verdichtungen von Fahrspuren oder vom Schlepperrad in der Pflugsohle seien nicht festzustellen, führt Sammet weiter aus. Nicht nur der Nutzen für den Boden sondern einfach die Ruhe abseits von Maschinenlärm und der Umgang mit Tieren geben der Zugtierarbeit noch eine besondere Qualität.

### Willing Workers

Gerade die vielseitige biologische Landwirtschaft, Milchverarbeitung und Zugtiereinsatz zog schon viele Menschen auf den Hof. Eine besondere Hofgemeinschaft entstand, wo jede und jeder Neue schnell und voll integriert wird. Die BetriebsleiterInnen lassen sich auch nach Jahren des ständigen Wechsels weiterhin auf die Lernenden voll ein. Der soziale Treffpunkt ist in der großen gemütlichen Bauernküche mit riesigem Herd. Auch WWOOFer sind willkommen- willing workers on organic farms- eine in Deutschland wenig verbreitete Form der freiwilligen Mitarbeit und Mitlebens auf Bio-Höfen.

An der Umbenennung der Acker- und Grünlandflächen zur Zone II kann nicht mehr gerüttelt werden. Die Auflagen für den Untermühlbachhof sollen 1999 endgültig festgeschrieben werden. Solange bleibt den BiolandwirtInnen nun die Möglichkeit zu beweisen, daß eine gut betriebene Landwirtschaft- auch mit Festmistausbringung und Beweidung- die Trinkwasserqualität der Mühlbachquelle nicht beeinträchtigt. Hier führt Sammet neben den Grundsätzen einer biologischen Landwirtschaft und einer möglichst weiten Umstellung von Schlepper- auf Zugtierbetrieb den geringen Viehbesatz von 1,05 GV/ha und eine Feldgehölzpflanzung an der Hangkante an. Bleibt zu wünschen, daß die Untermühlbacher Erfolg haben und dieser vielseitige Hof erhalten bleibt. *Brigitte Häussler*

### Ein typischer

Schwarzwaldhof ist der Untermühlbachhof, ungewöhnlich ist die Nutzung von Zugochsen.



bach. Nun „droht dem Hof das existentielle Aus“, so Hans Hartwig Lenzner. Fast die gesamte Ackerfläche und ein Großteil des Grünlands, die bislang bereits in der weiteren Schutzzone III eines Wasserschutzgebietes (WSG) waren, sollen nun als Zone II (engere Schutzzone) ausgewiesen werden.

Das heißt für die Untermühlbacher, daß keine Jauche mehr auf die Fläche ausgebracht und Festmist nur während der Vegetationsperiode eingearbeitet werden darf. Über diese Bestimmungen der Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung Baden-Württemberg SchALVO hinaus kann vollständig untersagt werden,



# 10. Oktober ist Tag der Regionen!

Aktionen geplant in „allen Ecken und Winkeln Bayerns und Nordrhein-Westfalens“

**R**egionalität ist in. Viele kleine und mittelständige Betriebe aus Landwirtschaft, Handwerk und Gewerbe können den Weg in den Weltmarkt nicht mitgehen und suchen sich ihren Markt in ihrem Lebensumfeld, in ihrer Region. Doch der enorme Konzentrationsprozeß z.B. im Bereich der Lebensmittel-Verarbeitung und -Vermarktung hat bereits viele dezentrale Strukturen zerstört. Wo gibt es also Ansatzpunkte für eine Ausrichtung auf den regionalen Markt?

Unter dem Motto „Produkte aus der Region für die Region“ entstehen vielerorts und weiter zunehmend Initiativen, die sich mit der Herkunft unserer Nahrung und Gebrauchsgüter beschäftigen und die versuchen, regional ausgerichtete Betriebe und Wirtschaftsbeziehungen zu unterstützen oder gar neu aufzubauen. Auch wenn diese Ansätze in Teilen der Öffentlichkeit große Zustimmung finden, denken doch die meisten Menschen (noch immer) nicht darüber nach, daß mit ihrem Einkauf von Obst und Gemüse aus Übersee lange energieaufwendige Transportwege verbunden sind. Ihnen ist oft nicht bewußt, daß der Kauf heimischer Produkte zur Erhaltung der Kulturlandschaft und bäuerliche Arbeitsplätze beiträgt.

Um diese Thematik ins gesellschaftliche Bewußtsein zu rücken und Betrieben, z.B. landwirtschaftlichen Direktvermarktern oder Unternehmen wie Brauereien, sowie Regionalprojekten, die Möglichkeit zu geben, ihre regionalen Produkte oder ihren Regionalansatz öffentlichkeitswirksam zu präsentieren, soll am 10. Oktober der Aktionstag „Tag der Regionen“ in allen Ecken und Winkeln Nordrhein-Westfalens und Bayerns stattfinden. Angeknüpft wird dabei an einen Aktionstag am 2. Mai des vergangenen Jahres, an dem unter dem Motto „Der lange Weg zu kurzen Wegen“ die ebenso einfache wie faszinierende Idee einer regionalen Produktkette quer durch Deutschland umgesetzt wurde.

### Mitmachen

Mitmachen können alle Vereine, Organisationen, Einzelpersonen/Betriebe. Der Form der Aktion oder Beteiligung sind keine Grenzen gesetzt: Vom Hoffest oder Handwerkerfest bis zum landkreisweiten Regionaltag auf einem Marktplatz mit Essen und Trinken aus der Region; Radtouren vorbei an Hofläden und „regionalen Einrichtungen“; Regionaltag in der Gastronomie oder Veranstaltungen „Rund um die Landwirtschaft“ – wie z.B. ein „Feuriger Kartoffeltag“ mit Kartoffelernte und Kartoffelfeuer.

Vielleicht wollen Sie ja auch Ihren jährlichen „Tag der offenen Tür“, Ihr Hoffest

oder eine andere für 1999 geplante Aktion auf diesen Tag legen. Sie können dann in regionsbezogenen Broschüren und Plakaten mit dem konkreten regionalen Programm aufgeführt werden und somit eine größere Öffentlichkeit erreichen.

Sowohl in NRW als auch in Bayern wurde auf Landesebene ein breites Aktionsbündnis aus Verbänden, Institutionen und Initiativen gebildet, die an der Umsetzung des Aktionstages beteiligt sind. Es wurde jeweils eine landesweite Koordinationsstelle eingerichtet (siehe unten).

Hier können sich Interessierte melden, die an dem Aktionstag teilnehmen wollen oder eine Idee beisteuern wollen oder ein-

fach nur Fragen haben. Auf daß wir noch mehr Appetit auf regionale Produkte wecken.

**Kontakt:** In Nordrhein-Westfalen: Bürgerinitiative Lebenswertes Bördeland und Diemeltal, Brigitte Hilcher, Marktstr. 7a, 34434 Borge- treich, ☎ 05643-948537, Fax: -7185;

In Bayern: Arten- reiches Land – Lebenswerte Stadt e.V., Spitalstr. 5, 91555 Feuchtwangen, ☎ 09852-1381, Fax: -4895



## Projektende in Bad Laer

Projekt „Ökologischer Kurort Bad Laer“ abgeschlossen

**E**s ist ein schwieriges Geschäft, Lebensmittel aus Ökologischem Anbau in einer klar umgrenzten Region so erfolgreich zu vermarkten, daß davon ein Sog zur Umstellung landwirtschaftlicher Betriebe ausgeht.

Dieser Eindruck drängt sich nach Ende des Projektes „Ökologischer Kurort Bad Laer“ im niedersächsischen Landkreis Osnabrück auf. Es wurde während seiner Laufzeit von fünfeneinhalb Jahren mit insgesamt 1,5 Mio. DM vom Land und 160.000 DM vom Landschaftsverband Osnabrück finanziert. Beim feierlichen Abschluß am 5. Februar bilanzierte Niedersachsens Landwirtschaftsminister Uwe Bartels (SPD) nüchtern: „Wir haben an der einen oder anderen Stelle nicht das erreicht, was wir uns vorgenommen haben“.

Dabei war das Projekt Anfang der 90er Jahre wegweisend angelegt, versuchte es doch, die Ökologisierung der Landwirtschaft mit der Eigenständigen Regionalentwicklung zu verknüpfen. Die Akteure setzten sich u.a. zum Ziel, einen Beitrag zur Existenzsicherung landwirtschaftlicher Betriebe zu leisten.

Das hauptamtliche Projektteam um Leiterin Anne Rehme-Schlüter beschränkte sich in den ersten Jahren weitgehend auf den Aufbau einer regionalen Vermarktung für Öko-Produkte. Im Laufe der Zeit wurden konventionelle und NEULAND-Waren miteinbezogen. Die umgesetzten Mengen blieben jedoch bescheiden, trotz vielfältiger öffentlichkeitswirksamer Aktionen. Die Projektleiterin Rehme-Schlüter zeigt sich vor allem von den VerbraucherInnen enttäuscht, die bei Händlern und Küchenleitern viel zuwenig nach ökologischen Lebensmitteln aus der Region gefragt hätten, so daß der

Druck zur Umstellung auf Ökowaren fehlte. Doch sind für die weitere Vermarktungsarbeit, wer immer sie zukünftig übernehmen wird, gute Grundlagen gelegt. Herausragende Ergebnisse des Projektes sind die Einrichtung eines Bauernmarktes in Bad Laer sowie der Aufbau einer Kooperation aus Biobauern, einer Mühle und bisher fünf Bäckern, die zusammen das „Osnabrücker Land-Brot“ entwickelt haben und heute an 50 Verkaufsstellen im Landkreis verkaufen. Diese Marke ist als Dachmarke angelegt, so daß weitere Produktlinien aufgebaut werden können.

uj

### Ehrlich & informativ

Im Abschlußbericht zum Projekt „Ökologischer Kurort Bad Laer“ (s.u.) werden die Geschichte und Entwicklung des Gesamtprojektes sowie die vielen einzelnen Maßnahmen

beschrieben und ehrlich bilanziert. So bietet das 170

Seiten dicke Buch (DIN A4) eine Menge Informationen, die auch in anderen Regionen

nützlich sein können. Preis:

39,80 DM, zu bestellen über den Abl-Verlag.



Den Abschlußbericht zum Projekt „Ökologischer Kurort Bad Laer“ in Händen halten hier Minister Bartels (Mitte), Projektleiterin Rehme-Schlüter und Landrat Manfred Hugo.

# Politik, Macht und Regierungsnähe

Leserbrief zu den Leserbriefen in der letzten Ausgabe zur Rolle der AbL nach der Bundestagswahl

## „Genetic Dinner“

„Möchten Sie einen Gen-Keks probieren?“ – so lockten adrette, junge Damen die Besucher bei der Grünen Woche in Berlin. Angestellt waren sie vom Gentec-Konzern Novartis, der dort zusammen mit anderen Agrochemie-Firmen einen sogenannten „Genetic-Dinner-Stand“ betrieb. Genkeks-Skeptiker wurden von den jungen Damen

In der Bauernstimme vom Februar äußerten sich zwei Leser in Briefen („AbL auf Regierungskurs?“ und „Abgekämpft und ermüdet“) kritisch zur Mitgliederversammlung und zur Entwicklung der AbL. Zwei Dinge hatten die Briefe gemeinsam: Erstens nehmen beide Schreiber nach eigenen Aussagen nicht kontinuierlich an den Mitgliederversammlungen teil („zum ersten Mal teilgenommen“; „beobachte ich zumindest sporadisch die Entwicklung“), zum anderen zitieren beide den Ausspruch von Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf „Die Tür zur Macht ist für die AbL jetzt einen Spalt weit offen“ – und warnen vor Illusionen.

## Politik, Macht und Regierungsnähe

Die Kritik des Wortes „Macht“ unterstütze ich voll und ganz. Aber man mag bitte den ganzen Satz sehen: Wenn ich das Wort „Spalt“ richtig verstehe, hat Friedrich Wilhelm mit dem zweiten Teil genau darauf hingewiesen, daß wir keine allzu großen Illusionen hegen sollten. Aber die Diskussion um diesen Satz ist Haarspalterei.

Vielmehr frage ich mich, warum denn die beiden Schreiber gerade jetzt auf einer Mitgliederversammlung erscheinen? War es vielleicht auch bei Ihnen diese neue Nähe zur konkreten Regierungsverantwortung, die solch eine Mitgliederversammlung attraktiv gemacht hat? Warum diese Warnung vor der machtlosen Politik? Waren denn unsere Aktionen und Demonstrationen in der Bonner Bannmeile und anderswo und alle Papiere und Forderungen nicht auch immer der Versuch, unsere Vorstellungen in die Politik einzubringen? Was ist das Problem, wenn man mit Funke und Fischler auch mal persönlich redet? Und über die Probleme, die man mit der Regierungsbeteiligung hat, ist gerade in dem Arbeitskreis diskutiert worden, der am stärksten besucht war. Die Referenten waren langjährige AbLer, die Verantwortung in Ministerien oder Verwaltung persönlich übernommen haben. Und ich denke, sie haben viele Illusionen relativiert.

## Die AbL ist dort aktiv, wo die Mitglieder aktiv sind!

Ich habe mich in den letzten Jahren sehr intensiv in der AbL engagiert und gehöre deshalb vielleicht auch zu denen, die „ab-

gekämpft und ermüdet“ sind. Daher hat mich die Kritik am AbL-Kurs auch persönlich getroffen. Es fällt schwer, solch eine Kritik zu akzeptieren, von Personen, die selbst feststellen, in der letzten Zeit nicht besonders aktiv zu sein und dann (in „AbL auf Regierungskurs?“) eine lange Liste aufstellen, was wir denn noch alles vergessen haben zu tun und zu fordern (übrigens alles Forderungen an die ach so machtlose Politik)! Ich registriere jedenfalls, daß die Regionalgruppen der AbL bis auf wenige Ausnahmen wenig Aktivitäten zeigen. Als Aktivisten sind vor allem diejenigen übriggeblieben, die nicht nur in der AbL, sondern auch anderweitig (agrar-)politisch tätig sind. Diesen Aktivisten anzulasten, daß sie für sich persönlich Schwerpunkte dort setzen, wo sie ohnehin arbeiten, ist wenig sinnvoll.

Die politische Arbeit ist daher für mich nicht das Problem, sondern daß andere Bereiche (Selbsthilfegruppen, Regionalgruppen) ihre Arbeit stark reduziert haben; auch als Gegenpol zur konkreten politischen Arbeit. Und hier sehe ich in der Tat ein Problem der AbL. Es stellt sich natürlich die Frage, ob die Regionalgruppen („die Basis“) die Aktivitäten reduziert haben, oder ob die Aktivitäten der Basis nur nicht oben ankommen.

## Strukturreform in der AbL

Es kann aber keineswegs so sein, wie im Brief „AbL auf Regierungskurs“: eine lange Auflistung von all dem, was in den Positionspapieren der AbL alles noch fehlt, nach Rheda/Lüneburg schicken mit der Aufforderung „nun macht mal schön!“ Ich bin sogar davon überzeugt, daß die Hauptamtlichen der AbL nicht zu wenig, sondern zu viel machen! Natürlich hat die Lethargie der Regionalgruppen dazu geführt, daß wir tatsächlich in vielen Bereichen ‘weiße Flecken’ haben. Aber wie wenig hauptamtliche MitarbeiterInnen wir haben, traue ich mich in einem öffentlichen Brief ja gar nicht zu schreiben. Diese wenigen Menschen können nicht die gesamte inhaltliche Arbeit tragen! ...

Bei der Diskussion um die Milchpolitik zeigt sich übrigens, daß die AbL dort, wo es einen gut funktionierenden Arbeitskreis gibt, bei der Diskussion vorne mit dabei ist! Auch die „Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze“ zeigt: Wenn sich nur wenige finden, die aktiv werden, dann passiert was. Daher: die Mitarbeit der Basis ist nötiger denn je! Die Aufgabe der Vereinsführung wird sein, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß alle interessierten Mitglieder konstruktiv mitarbeiten können.

Frieder Thomas, Kassel

Wolfgang und Sabine Behmenburg,  
58730 Fröndenberg



darauf hingewiesen, daß doch schließlich in allen Lebensmitteln Gene drin sind. Wer dann noch zweifelte, dem wurde die Unschädlichkeit der Fremdgene im Gentec-Keks wie folgt folgt begründet: „Wenn wir Salat essen, bekommen wir ja auch keine grünen Haare.“ Was ja stimmt. Und es stimmt ja auch, daß man durch das Essen von Gentec-Keks nicht selber zum Keks wird. Auch wenn einem so eine Werbung auf den Keks geht...

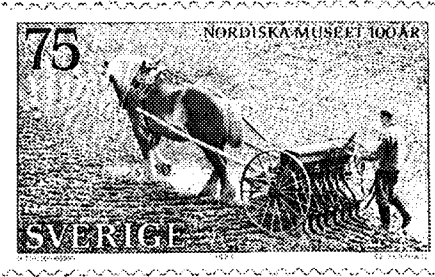
## Konsequenzen gezogen

Leserbrief zur Bauernstimmen-Ausgabe Februar '99

Herzlichen Dank für den erfrischend ironischen, die technologische Entwicklung innerhalb der Viehwirtschaft kritisierenden Kommentar auf der letzten Seite.

Es wird immer deutlicher, wie sehr Industrie, Handel und Verbandsfunktionäre dem angeblichen Fortschritt das Wort reden und selbst daran verdienen bzw. ihre Posten und Pfründe sichern. Der Bauer als Arbeitender, das Rad Antreibender und Existenzsicherer für alle anderen obengenannten bleibt dabei oft menschlich auf der Strecke. Dazu paßt auch der Kommentar in einer der letzten Bauernstimmen zum geplanten Schweinefleischexport nach Rußland. Wir haben uns

köstlich amüsiert trotz des eigentlich traurigen Anlasses. Wir haben für unseren Betrieb Konsequenzen gezogen, halten Sauen und Mastschweine mit viel Platzangebot auf Stroh und vermarkten das Fleisch direkt an Verbraucher. Einen selbstentwickelten Abferkelstall ohne Fixierung der Sauen haben wir ebenfalls seit gut einem Jahr mit Erfolg am Laufen; unsere SaWo-Bucht = Sauwohl-Bucht. Das zu dem Artikel auf Seite 14 über die von Beratern entwickelte Abferkelbucht. Auch Bauern können innovativ sein. Macht weiter so im kritischen Begleiten der Aktivitäten auf den Agrarmärkten.



## Bodenverdichtung durch Großmaschinen

Schwerlasten und Wachstumszwänge schädigen den Boden nachhaltig

Vor unumkehrbaren Verdichtungen im Unterboden durch schwere Maschinen warnt der Göttinger Professor Dr. Ehlers nach den Erfahrungen im letzten nassen Herbst. Schwere sechsreihige Bunkerroder würden schon seit Beginn der neunziger Jahre auf den Rübenäckern eingesetzt, mittlerweile auf der Hälfte der Flächen. Diese Schwerlast von 40 bis 55 Tonnen traf im letzten Herbst auf eine erhebliche Bodenfeuchte. In der Zeitung „Zuckerrübe“ schildert Ehlers die Folgen: „Wasser wirkt wie ein Schmierfilm zwischen den Bodenteilchen. Sie werden gegeneinander verschiebbar. Der Boden kann zusammengepreßt, geknetet und verdrängt werden.“ Mit der Verdichtung nimmt das Porenvolumen ab, der Anteil der schnell dränenden Poren sinkt, der Boden wird staunass, luftarm und kalt. In luftarmen Böden nehmen die gasförmigen Stickstoffverluste zu, es entsteht verstärkt das klimaschädigende Lachgas. Die Ertragseinbußen halten über Jahre an, das Wurzelwachstum wird durch Unterboden-Verdichtungen behindert.

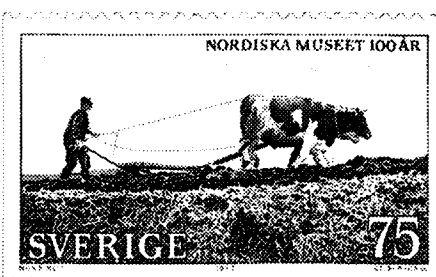
Das Schlimme an den kaum rückgängig zu machenden Unterbodenverdichtungen ist, daß „sie sich nach dem Prinzip einer negativen Selbstregulation mit der Zeit verstärken, weil die Vernässungsneigung und deshalb die Verdichtungsempfindlichkeit zunimmt.“ Verdichtete Unterböden, so Ehlers, bleiben verdichtet, mechanische Lockerungswerkzeuge erreichen sie nicht, die Eigenlockerung durch Quellen, Schrumpfen und Frost ist eher gering. Durch diesen schleichenden Prozeß wird das Wirtschaften immer schwieriger: bei Bodenbearbeitung, Bearbei-

tungserfolg, Zahl möglicher Feldtage, Ausnutzung von Nährstoffen, Unkrautwüchsigkeit, Ertragshöhe und Ertragsstabilität.

### Breitreifen keine Lösung

Professor Ehlers widerlegt auch die Position des Landwirtschaftsministeriums, wonach „breite Spezialbereifung“ die Bodenverdichtung „selbst beim Einsatz schwerer Maschinen“ verhindere. Auch bei geringeren Einsinktiefen der breiten Terra-Reifen von 4 bis 6 cm in den Boden ermittelten die Göttinger Forscher eine Verdichtung bis in 60 cm Tiefe. Wenn die Maschinengewichte sich verdoppelten, dann bleibe zwar bei einer gleichzeitigen Verdoppelung der Reifenbreiten der Druck auf der Bodenoberfläche gleich – aber die Tiefenausdehnung des Druckes nehme trotzdem erheblich zu. Internationale Wissenschaftler haben deshalb eine Begrenzung der Achslasten auf 6 bis 8 t empfohlen – doch die neuen Rübenroder überschreiten diese Werte bereits jetzt um bis zu 300 Prozent! Professor Ehlers warnt davor, die „wirtschaftlichen Zwänge“ als Rechtfertigung für diese Art der Bodenbewirtschaftung und auch für Verdrängung und wirtschaftliche Konzentration hinzunehmen. Er fordert den Wechsel zu einer umwelt- und menschengerechten Wirtschaftsweise: „Sollen wir uns auch in Zukunft der These ‘Wachsen oder weichen’ klaglos unterwerfen oder wollen wir andere Wege gehen, um die Bodenproduktivität zu erhalten, und das auf lange Sicht, so daß die Produktionsgrundlage auch von künftigen Generationen genutzt werden kann?“

en



## Einmal Urlaub pro Woche

Für jemanden wie mich, der mit zwei Kindern mitten in der Stadt lebt, ist der Schepershof bei Wuppertal räumlich gesehen nicht weit entfernt. Von der Arbeits- und Lebensweise her ist die Entfernung schon größer.

Ich arbeite an einem Tag in der Woche auf dem Hof mit, und für mich ist das einmal in der Woche Urlaub.

Ich bin in diese Arbeit buchstäblich hineingerutscht, weil ich schon lange, wie viele andere Eltern auch, mit meinen Kindern den Schepershof besucht habe und mit ihnen durch die Ställe gewandert bin. Mein Sohn Gabriel wollte, als er sechs Jahre alt war, das war 1995, auf dem Hof mitarbeiten. Ich habe diese Idee unterstützt und mit den Hofleuten gesprochen.

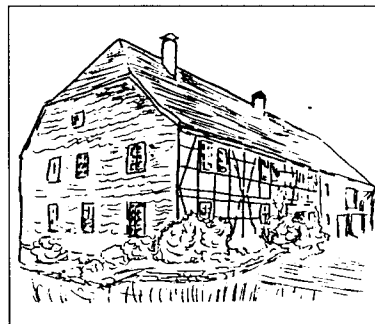
Von da an hat Gabriel im Kuhstall geholfen, ich habe mit meiner Tochter, die damals noch nicht sicher laufen konnte, mehr oder weniger danebengestanden. Sehr schnell habe ich aber festgestellt, daß es viel sinnvoller ist, selber auch den Besen in die Hand zu nehmen und gemeinsam mit meinem Sohn ein wenig den Stall zu fegen.

So fing das damals an, und nach dem Besen kam die Heugabel, die nicht mit der Mistgabel verwechselt werden darf, der Hafer wurde verteilt und der Stall ausgemistet.

Anfangs war die Mitarbeit auf einzelne Tätigkeiten beschränkt. Ich bin zwar selbst auf dem Land aufgewachsen und habe als Kind beim Bauern geholfen, aber eigentlich hatte ich keine Ah-

nung von den Zusammenhän-

gen. Der Überblick ist heute größer, auch außerhalb des Kuhstalls. In den Sommermonaten helfen wir auf dem Feld, wo gehackt werden muß, das Unkraut gejätet und die Feld- und Gartenfrüchte geerntet werden. Meine Kinder helfen mit, solange sie Lust haben. Sie erfahren in jedem Fall, wie auf einem Hof gearbeitet wird und wie das Gemüse und



...aus dem Windrather Tal

Obst wächst, welche Arbeit nötig ist, damit es geerntet und dann auch von uns gegessen werden kann.

Es ist schön zu sehen, wie die verschiedenen Arbeiten, die getan werden, für sie selbstverständlich werden und wie meine Tochter, heute ist sie vier Jahre alt, eine Kuh striegelt und putzt, die für sie nicht mehr riesig und unberechenbar ist, sondern ein vertrautes Wesen.

Wichtig und neu war für mich auch zu sehen, daß, nachdem die verschiedenen Gemüse geerntet worden sind, noch viel mehr Arbeiten verrichtet werden müssen, bevor das Gemüse im Laden verkauft werden kann. So werden z.B. Porree und Zwiebeln nach dem Waschen noch einzeln vorgeputzt. Hier werden viele Menschen gebraucht, die Spaß haben zu helfen.

Für mich bedeutet dieser Nachmittag auf dem Schepershof, Ausgleich und Entspannung für mich zu schaffen, mit anderen etwas Sinnvolles gemeinsam zu tun und mit meinen Kindern ein wenig Urlaub zwischendurch.

Eine Städterin erzählt ...

Der Schepershof in der Nähe von Wuppertal wird von einer Hofgemeinschaft nach Demeter-Richtlinien bewirtschaftet. Die Hofgemeinschaft sucht dabei aktiv den direkten Kontakt mit Menschen aus dem städtischen Umfeld, und zwar nicht nur über den eigenen Hofladen, sondern auch über das Programm „Neue Städter/innen braucht das Land“. Dieses Programm ist vor einigen Jahren von mehreren Demeter-Höfen ins Leben gerufen worden: Städter/innen wird angeboten, regelmäßig auf den Höfen mitzuhelfen, um so das Leben und Wirtschaften in der Landwirtschaft mitzubekommen. – Kontakt vermittelt die Redaktion.

## LESE-BUCH

## TIP

**Großunternehmen der Lebensmittel-Industrie**

Alle großen Unternehmen der Ernährungsindustrie mit mehr als 10 Mio DM Umsatz sind in einem neuen Branchenführer des Behr's-Verlages kompakt und alphabetisch gelistet. Aufgeführt werden alle wesentlichen Daten zur Firmierung, Adressangaben, Gründung, Eigentumsverhältnissen, Beteiligungen, Management, Umsatz, Beschäftigten, Marken, Außenhandel und Warensortiment. Wer in Geschäftsleben, Medien oder Politik regelmäßig mit Unternehmen der Lebensmittel-Industrie zu tun hat, wird dieses kompakte und aktuelle Branchenwerk als Arbeitsmittel gut nutzen können.

*Große Unternehmen der Lebensmittel-Industrie, 1. Auflage 1998/99, 228 Seiten DIN A 4, Behr's Verlag, 22085 Hamburg, 248 DM zzgl. MWSt und Vertriebskosten.*

**Sachkunde-Nachweis Pflanzenschutz**

Das Pflanzenschutzgesetz verlangt von Anwendern und Verkäufern von Pflanzenschutzmitteln einen Sachkunde-Nachweis hinsichtlich eines Minimums von Kenntnissen und Fertigkeiten. Der dabei verlangte Lernstoff ist in diesem Buch in 6. Auflage knapp und straff zusammengefaßt. Über 300 multiple-choice-Fragen sollen der eigenen Lernkontrolle dienen.

*König/Klein/Grabler, Sachkundig im Pflanzenschutz, Arbeitshilfe zur Erlangung des Sachkundenachweises, BLV-Verlagsgesellschaft München, 1999, 128 Seiten und 51 Frageheft-Seiten, 26 Zeichnungen, 24 DM. Zu beziehen im ABL-Verlag*

**Verträge in der Landwirtschaft**

Typische Verträge vom Arbeits- oder Bauvertrag bis hin zum Waldpflegevertrag und Zuckerrüben-Lieferrecht werden in diesem Buch erläutert. Zu jedem Vertragstyp gibt es eine kurze rechtliche Einordnung, einen Mustertext und spezielle Gestaltungshinweise. Die Autoren weisen zu Recht darauf hin, daß das Buch keine rechtliche Beratung ersetzen kann und daß die Musterverträge nicht alle Details der jeweils speziellen Vertragssituationen berücksichtigen. Es ist aber als erster Einstieg und Ideen-Anregung aber gut geeignet. Als Hilfsmittel für die konkrete Vertragsgestaltung ist dem Buch eine Diskette mit über 50 Verträgen und Mustertexten beigelegt.

*Deuringer/Fischer/Fauck, Verträge in der Landwirtschaft, BLV-Verlagsgesellschaft München, 160 Seiten und Diskette, 48 DM. Zu beziehen im ABL-Verlag.*

**Empfehlungen vom Küchengeist**

Geister sind ja immer mal für einen Schabernack gut, der in der letzten Ausgabe im Zusammenhang mit dem Abo-Kisten-Kochbuch: „Gemüse für alle Jahreszeiten“ erwähnte Küchengeist scheint jedenfalls kein besonderes Interesse daran gehabt zu haben, daß der Preis des von ihm empfohlenen Buches erwähnt wird. Für alle die es trotzdem wissen wollen: das Buch kostet 20 DM und ist über den ABL-Verlag zu beziehen.

**Biologische Schädlingsbekämpfung in Indien**

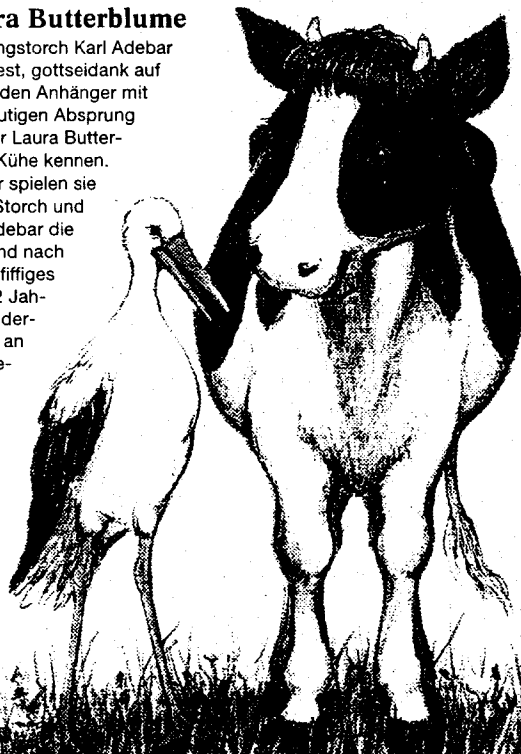
Der Selbstmord von 200 indischen Kleinbauern, auf deren Baumwollfarmen die eingesetzten Pestizide nicht wirkten, löste im vergangenen Jahr weltweit Entsetzen aus. Im Würgegriff der Abhängigkeit von anonymen multinationalen Konzernen blieb ihnen nur eine Verzweiflungstat. Mögliche Alternativen zu solchen Abhängigkeiten zeigt die Broschüre: „Biologische Schädlingsbekämpfung in Indien“ auf. Das Heft stellt ein Projekt des Centre for World Solidarity, der Partnerorganisation der Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e. V. vor, daß mittels verschiedener Aktivitäten die Lage der Rizinus- und Baumwollfarmer wesentlich verbessert hat.

*Biologische Schädlingsbekämpfung in Indien. Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e. V. (Hrsg.), Hedemannstr. 14, 10969 Berlin, 18 Seiten.*

**Karl Adebar und Laura Butterblume**

Der zappelige Jungstorch Karl Adebar rutscht aus dem Nest, gottseidank auf einen vorbeifahrenden Anhänger mit Mist. Nach seinem mutigen Absprung auf eine Weide lernt er Laura Butterblume und andere Kühe kennen. Den ganzen Sommer spielen sie blinde Kuh, blinder Storch und Zirkus – bis Karl Adebar die Flügel ausbreitet und nach Afrika aufbricht. Ein pfiffiges Buch für Kinder ab 2 Jahren mit vielen wunderschönen Bildern, an dem auch die vorlesenden Erwachsenen ihren Spaß haben.

*Susanne Laschütz, Bis nächstes Jahr Karl Adebar, Dachs-Verlag, Wien, 1996, 27 DM. Zu beziehen im ABL-Verlag*

**Übernehmen und Aneignen**

Hofnachfolge zwischen alten Konzepten und neuen Anforderungen – Auszüge aus einem Artikel von Imke Lübbecke im Kritischen Agrarbericht '99

Es ist heute nicht mehr selbstverständlich, die Hofnachfolge anzutreten. Das hat mehrere Gründe: zum einen sind es die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die die Zukunft vorwiegend kleiner und mittlerer Betriebe in Frage stellen. Zum anderen führen soziale Gründe dazu, daß die Kinder den elterlichen Hof verlassen und die Höfe im Generationswechsel aufgegeben werden. Die Kindheitserfahrungen, die familiären Strukturen und Umgangsweisen, das Verhältnis der Eltern untereinander oder das Generationenverhältnis sowie die Stellung der Frauen in der Familie spielen eine zentra-

Nicht die Weiterführung des landwirtschaftlichen Familienbetriebes und damit die Erfüllung des familiären Auftrages, sondern die Verwirklichung der eigenen Vorstellungen können im Mittelpunkt der Lebensplanung stehen. Die qua Geburt vorgegebenen Rollen verlieren für den eigenen Lebensweg an Gültigkeit. Handlungsvorgaben, die vorher von der traditionellen Gemeinschaft kamen, müssen nun von jedem Einzelnen für sich selbst getroffen werden.



Für Frauen, deren traditionelle Rolle – qua Geschlecht zugewiesen – die Versorgung der Familie war, geht mit diesem Individualisierungsprozeß eine Herauslösung aus dieser Rolle einher. Sie sind außerdem der Anforderung zur eigenen materiellen Existenzsicherung ausgesetzt. Zumeist noch mit ihren traditionellen Aufgaben betraut, ist die materielle



Role für die Einstellung der Kinder zum elterlichen Hof. Auch Unterschiede in den Lebenskonzepten der Generationen und Werteverstärkungen zwischen den Generationen lassen eine Rückkehr vieler Kinder landwirtschaftlicher Familien auf den elterlichen Hof wenig verlockend oder unmöglich erscheinen. Bühler (1995) sieht in den hohen sozialen und psychischen Belastungen der landwirtschaftlichen Bevölkerung eine der Ursachen für die geringe Attraktivität des Berufes Landwirt/-in. Insbesondere die gesellschaftliche Randposition der Landwirtschaft und die Einbindung der landwirtschaftlichen Bevölkerung in zum Teil widersprüchliche Strukturen von bäuerlicher und städtisch-industrieller Kultur als Folge gesellschaftlicher Modernisierungsprozesse stellen hohe Bewältigungsanforderungen an die Persönlichkeit der Landwirt/-innen. (Pongratz 1992). Meine These ist, daß das Schwinden der Selbstverständlichkeit einer Entscheidung zur Hofnachfolge wesentlich mit den gesellschaftlichen Modernisierungen und insbesondere mit dem von Beck (1986) als Individualisierung bezeichneten Prozeß zu tun hat. Darüber hinaus läßt sich zeigen, daß die Individualisierung nicht nur den Akt der Entscheidung, sondern die Lebensgeschichten der Hofnachfolger/-innen prägt.

be, die sie zusätzlich zu erledigen haben und sie vor wesentlich höhere Belastungen im Alltag stellt als die Männer. Eine Chance für die Frauen ist der mit dem Individualisierungsprozeß verbundene Befreiungsprozeß dann, wenn er nicht mit erhöhten Belastungen oder einem Verzicht auf den eigenen beruflichen Weg endet, sondern wenn die traditionelle Aufteilung von Arbeit und Verantwortung in der Lebensgemeinschaft neu verhandelt werden kann.

Diese gesellschaftlichen Prozesse haben zum „Aufweichen des Hofdenkens“ (Hildenbrand 1988) geführt und die Selbstverständlichkeit einer Unterordnung und Einordnung des Individuums in die Strukturen des landwirtschaftlichen Familienbetriebes fragwürdig gemacht. Durch die Strukturen des Familienbetriebes maßgeblich geprägt und gleichzeitig den neuen Anforderungen der Lebensgestaltung ausgesetzt, werden die Hofnachfolger/-innen in innere Widersprüche verstrickt. Welche konkreten Auswirkungen sich aus dem Individualisierungsprozeß für die Lebensgeschichten von Hofnachfolger/-innen ergeben, soll anhand von drei kurzen Geschichten aufgezeigt werden...

*(Weiterzulesen im Kritischen Agrarbericht '99)*



## Bitte ein Bier aus der Region!

Wie stark fränkische Brauereien sich in regionalen Wertschöpfungsketten bewegen und welche Ansätze für die Bierbranche möglich sind, stärker als noch bisher die Kräfte und Potentiale der jeweiligen Region zu nutzen, diesen Fragen geht Ulrich Ermann in seiner Arbeit nach. Er hat dazu 56 Brauereien in der Brauereilandschaft Fränkische Schweiz bzw. Hersbrucker Alb untersucht, also im Dreieck zwischen Nürnberg – Bayreuth – Bamberg. Ermann geht von der Landwirtschaft und der Investitionsgüterindustrie bis hin zum Getränkehandel und der Gastronomie der Frage nach, wo welche Leistungen herkommen bzw. hingehen. Auch Wechselwirkungen



wicklungsfaktoren sollten angezapft werden, d.h. daß auch „städtische Absatzmärkte für 'ländliche' Leistungen zu suchen“ seien. In der Entwicklung von Vorwärtsstrategien zeigt die Arbeit die einzigen Schwächen. So konzentriert sie sich sehr stark auf die Brauereien und betrachtet das regionale Umfeld nur sehr eingeschränkt. Allein Gaststätten- und Tourismusgewerbe werden berücksichtigt, nicht aber die Landwirtschaft oder gar Interessensgruppen aus dem Non-Profit-Bereich, gesellschaftliche Gruppen also. Ohne eine strategische Einbindung bzw. Vernetzung gerade dieser unterschiedlichen Bereiche aber wird eine stärkere Nachfrage in der Region nach Produkten aus der Region

nicht dauerhaft erreichbar sein. Aber die Entwicklung einer solchen umfassenderen Strategie war nicht Aufgabe der Arbeit; ihr besonderer Wert liegt vielmehr in der verständlichen und nachvollziehbaren Analyse der inner- wie außerregionalen Wirtschaftsbeziehungen der fränkische Bierbranche. Zusammen mit der präzisen Aufarbeitung der verschiedenen allgemeinen Theorien bzw. Ansätze der Regionalentwicklung gibt das Heft reichlich Gedanken-Anregungen, nicht nur für Brauereimeister und Biertrinker.

ul

zwischen den Brauereien und dem Tourismus sowie der dörflichen Kultur werden einbezogen. Ermann kommt zu dem Ergebnis, daß in der Brauereiwirtschaft dieses Gebietes durchaus noch regionale Wertschöpfungsketten existieren, doch stimme das Bild von den rein regionalen Wirtschaftsbeziehungen nicht, daß oft über die Branche gezeichnet werde. „Ein realistischeres Ziel als deren Intensivierung ist (...) die Erhaltung der gegenwärtigen Strukturen. (...) Eine Erhöhung der regionalen Wirtschaftsverflechtungen um ein Vielfaches des jetzigen Standes ist selbst unter Anwendung endogener Entwicklungsstrategien unwahrscheinlich“, so der Autor. Zum Wohle der Region müsse daher eine „Doppelnutzung“ angestrebt werden: sowohl endogene als auch exogene Ent-

Ulrich Ermann: Regionale Wirtschaftsverflechtungen fränkischer Brauereien – Perspektiven für eine eigenständige und nachhaltige Regionalentwicklung. Erlanger Geographische Arbeiten, Sonderband 25. Erlangen 1998, 108 S., DM 24,80. Zu beziehen auch über den ABL-Verlag.

### Bestellcoupon für kritische BerichterstellerInnen

Ich bestelle:

- |   |       |    |
|---|-------|----|
| .... Expl. Der kritische Agrarbericht '99 für 36 DM   | _____ | DM |
| .... Expl. der folgenden Ausgaben des kritischen Agrarbericht '93 bis '99 zum Sonderpreis im Paket:           | _____ | DM |
| (2 Ausgaben 60 DM; 3 Ausgaben 80 DM; 4 Ausgaben 100 DM; 5 Ausgaben 110 DM; 6 Ausgaben 120 DM, 7 Ausgaben 130) |       |    |
| .... Expl. Band I, Wer bewegt die Kulturlandschaft, 22 DM   | _____ | DM |
| .... Expl. Band II, Wer bewegt die Kulturlandschaft, 39 DM  | _____ | DM |
| ... Expl. je 1 Expl. Band I und Band II zum Sonderpreis, 50 DM  | _____ | DM |
| ... Expl. Der kleine Küchengeist empfiehlt: Gemüse zu allen Jahreszeiten, 20 DM außerdem:                     | _____ | DM |

Zahlung  nach Erhalt der Rechnung  mit beiliegendem Scheck  
 Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos

Konto-Nr. \_\_\_\_\_ BLZ \_\_\_\_\_ Bank \_\_\_\_\_  
 Name \_\_\_\_\_ Adresse \_\_\_\_\_  
 Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

Bestellung an: ABL Bauernblatt Verlag-GmbH, Marienfelderstr. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück

AbL

DRUCKSACHEN

### Wissenschaftsreihe im ABL Verlag

#### Band 1:

#### Für eine Nachhaltige Landwirtschaft in Niedersachsen

- Regionale Lösungen für Regionale Probleme -  
 Herausgegeben von der AG Ländliche Entwicklung / Fachbereich Stadtplanung, Landschaftsplanung der Gesamthochschule Kassel

Eine nachhaltige Landwirtschaft muß dauerhaft sozial und umweltgerecht sein. Es wird gezeigt, daß Nachhaltigkeit von den naturräumlichen und agrarsozialen Gegebenheiten abhängt. Sie bedeutet daher in jeder Region etwas anderes und kann auch nur durch regionsbezogene Maßnahmen gefördert werden. Für vier Landkreise in Niedersachsen wird herausgearbeitet, welche Produktionstechniken und Agrarstrukturen bereits heute Ansatzpunkte für eine nachhaltige Agrarentwicklung bieten. Im Rahmen der flankierenden Maßnahmen der EU-Agrarreform und über sie hinausgehend formuliert die AG Ländliche Entwicklung für die einzelnen Regionen die erforderlichen agrarpolitischen Förderprogramme.

Andrea Fink-Keßler, Onno Poppinga, Ulrich Häpke, Martin Hofstetter, Bernd Keller, Ilke Marschall, Claudia Orth, Frieder Thomas, Dieter Voegelin  
 277 Seiten, DM 32,80, ISBN 3-930413-02-7



Much: Kraut & Rüben

#### Band 2:

#### Die Wissenschaft und die Bauern

Herausgegeben von der AG Ländliche Entwicklung / Fachbereich Stadtplanung, Landschaftsplanung der Gesamthochschule Kassel

Der Blick zurück zeigt: In der neueren Geschichte stand immer jemand hinter den Bauern, der sie beraten, entwickeln, modernisieren wollte. Das gilt für die Erfinder der Musterbauern im 18. Jahrhundert, das gilt für die Sozialistische Internationale und ihre Nachfolger und ist auch in der Gegenwart nicht anders. Wir stehen heute vor dem erschreckenden Ergebnis. Zeit also für die Verunsicherung alter Gewißheiten im Verhältnis Wissenschaft und Bauern und Zeit zur Erinnerung an die anderen, vergessenen Ansätze. Die Wissenschaft gewann erst ab der Industrialisierung Einfluß auf die Landwirtschaft, veränderte sie dann aber in kürzester Zeit radikal in Richtung Agrobusiness. Aus „irrationalen Bauern und Bäuerinnen wurden landwirtschaftliche UnternehmerInnen, aus Höfen landwirtschaftliche Betriebe. Was den Wert der bäuerlichen Arbeit bisher ausmachte, waren die bäuerlichen Freiheiten: Arbeit in freier Natur und das damit verbundene Glücksempfinden, keine personelle Herrschaft, freie Betriebsführung, freie Zeiteinteilung, ganzheitlicher Charakter der Arbeit. Diese Freiheiten sind inzwischen weitgehend verschwunden. Die Bauern wurden zu mittelständischen „freien Unternehmern“, die sich am Markt orientieren müssen und deren Handeln vom Markt beeinflusst wird. Die Wissenschaft hat nicht nur die ökonomische und ökologische Situation der Bäuerinnen und Bauern beeinflusst und verändert, sondern auch ihr Selbstverständnis. An diesem Punkt stellt sich nun die Frage, was Bauern in Zukunft von der Wissenschaft zu erwarten haben und welche Auswege aus dieser Situation möglich sind. Von bäuerlicher Seite wird eine wissenschaftliche Beratung gebraucht, die mit anderen Inhalten aber auch mit einer anderen Form der Vermittlung verbunden ist.

Das Buch versammelt 26 Texte zur Kritik am ökonomisch/technischen Leitbild der herrschenden Agrarwissenschaften und diskutiert historische und aktuelle Alternativen.

Mit Beiträgen von Veronika Bennholdt-Thompson, Andrea Fink-Keßler, Heide Inhetveen, Nick Koning, Onno Poppinga, Franz Rohrmoser, Götz Schmidt, Eva Wonneberger u.a.

266 Seiten, DM 29,80, ISBN 3-930413-03-5

#### Band 3:

#### Vera Lasch; Arbeit und Belastung bei Bäuerinnen

Die Dissertation zeigt am Beispiel der Region Biberach die Arbeit, Belastung und gesundheitliche Situation von Frauen in kleinen und mittleren Landwirtschaftsbetrieben. Es geht um die Verteilung bzw. Kombination unterschiedlicher Belastungselemente und den Umgang mit Arbeitsbelastung. Diese wird umfassend begriffen in Aspekten wie körperlicher und psychischer Anstrengung oder Überlastung. Darüber hinaus werden die Wirkungszusammenhänge von Belastung sowohl im Bereich des sozialen Umgangs mit der Arbeit, als auch im Bereich der gesundheitlichen Folgen diskutiert.

271 Seiten, DM 38,00, ISBN 3-930413-05-1

### Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen DM 15,-; Gewerbliche Kleinanzeigen DM 25,-; Chiffregebühr DM 5,-. Alle Preise inkl. MwSt. Anzeigenannahme bis zum 10. des Vormonats. Anzeigen bis DM 25,- nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von DM 5,- für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen bitte schriftlich an: „Unabhängige Bauernstimme“, Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück.

## (Klein) ANZEIGEN

### Hof und Arbeit

- Ich **suche** ab 1.3.2000 jemanden, der mir im Rahmen einer 2-3-jährigen Anstellung oder eines Lehrausbildungsplatzes mehr über biologische Landwirtschaft lehrt. Einjährige Erfahrung vorhanden: Andreas Hofstätter, ☎ 0043-7412-524843, Österreich.
- **Lust auf Kommune und Schafe!** Schäfergenossenschaft Finkhof eG sucht Schäfer/in. St.-Ulrich-Str. 1, 88410 Arnach, ☎ 07564-931711
- **Alter, sehr gr. Bauernhof m. Gasthaus u. Wohnräumen u. Garten, insgesamt 2.111 qm, in Dorfmitte - 20 km Donau, 40 km Bodensee; - sucht neuen Nutzer/Käufer. Auch noch Pacht von landwirtschaftlicher Fläche möglich. Chiffre 3/99-1**
- **Südliches Graubünden/Schweiz.** Für unseren vielfältigen Bergbauernhof in wunderschöner Einzellege **suchen** wir eine **tatkräftige Unterstützung**. Modern eingerichteter Milchviehbetrieb mit hofeigener Milchverarbeitung und Direktvermarktung, die noch ausgeweitet werden sollen. Kost und Logis, Eintritt so

schnell als möglich. Moritz Buchli, ☎ 0041-812523156

● **Paar:** gelernte Physiotherapeutin u. Gärtnergehilfin (Gemüse), 29. J., Führerschein Kl. 3, Fortbildungsabschluß „Ökowirtin SoH“, und gelernter Gärtner u. Landwirt, Techniker f. ökol. Landbau (Juli 99), 40. J., Führerschein Kl. 3, EDV-Kenntnisse, Ausbildeignung, landj. Erfahrung in Ackerbau u. Viehzucht, gute Maschinen- u. Reparatur-Kenntnisse, **sucht gemeinsamen Tätigkeitsbereich** in ökol. wirtsch. Betrieb ab Aug./Sept. 99, gerne mit Wohnmöglichkeit, vorzugsweise in den NBL. Antje Beckmann, c/o Gärtnerei Schönege Meilendorf 20, 85405 Nandelstätt

### Tiermarkt

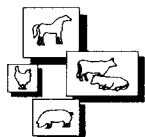
● **Verkaufe** laufend beste **Arbeitspferde** in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551/63609

### Geräte und Maschinen

● Wegen Betriebsumstellung diverse **Aufarbeitungsmaschinen für Speisewiebeln** - Sortierer, Schlotterer usw. -

## TIERGERECHTER STALLBAU

Beratung, Planung und Betreuung durch  
**Unabhängiges Beratungsbüro**  
Dipl. Ing. agr. Bodo Bertsch  
Telefon 0551 - 22731



## Zuchtschweine aus ökologischer Zucht!

Wir sind seit fünfzehn Jahren ein anerkannter Schweine-Herdbuchzuchtbetrieb und seit vier Jahren anerkannt biologisch wirtschaftend.

Auf unserem 30 ha großen Sonnenhof züchten wir die alte Landrasse Schwäbisch-Hällisches Schwein, das für den ökologischen Landbau besondere Vorzüge mit sich bringt: Genügsamkeit, gute Futterverwertung von Restfuttermitteln, absolute Streßresistenz, Vitalität, hohe Milchleistung, Eignung für den Weidegang, langlebig und beste Fruchtbarkeit. Vorzügliche Fleischqualität mit optimalem Reiferverlauf und Marmorierung, zart, fein und nussig im Aroma. Ideal für die Dauerwurstherstellung mit rind- oder Kuhfleisch durch beste Speckqualität. Für ökologisch wirtschaftende Betriebe geben wir laufend ab:

**Schwäbisch-Hällische Zuchtsauen, hochtragend, auch mit Ferkeln bei Fuß sowie ungedeckte Jungsauen, Zuchteber und Mastferkel. Auf Wunsch auch direkt von unserer Schweineweide.**

Sonnenhof, Familie Rudolf Bühler, 74549 Wolpertshausen, ☎ 07904-257



### Agenda 2000 - Mit Wachstum aus der Krise?

29. April 1999, 19.30 Uhr, Gaststätte Grimm (Zur Schmiede), Hauptstr. 3, 49424 Goldenstedt, Ldkr. Vechta

Die Abl. lädt alle Interessierten ein zu einem Vortrags- und Diskussionsabend mit dem Bundesvorsitzenden der Abl., Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf (MdEP), ein. Thema: „Agenda 2000 - Ist Wachstum ein Weg aus der Krise oder Grund für weitere Höfesterben?“ Das Motto des Abends: Zugucken bringt nichts. Schimpfen bringt nichts. Aufgeben bringt nichts. Tun muß man was! Kontakt: Willi Dohemann, Brüne 17, 27330 Asendorf, ☎ 04253-458; oder: heike Nord-

hoff-Felis, Albert-Schweitzer Weg 5a, 49424 Goldenstedt, ☎ 04444-1279

### Berufliche Bildung in ländlichen Regionen

25. - 27. März 1999, Dresden

Diese hochbesetzte und sicher sehr informative Internationale Konferenz, von der IHK Dresden und dem Europäischen Institut für postgraduale Bildung an der TU Dresden (EIPOS) veranstaltet, beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit den Themenkreisen: - Existenzgründung, Existenzsicherung, Konsequenzen für berufliche Bildung; - Regionalentwicklung, Beschäftigungsfelder, Konsequenzen für berufliche Bildung; - Regionale und überregio-

## Veranstaltungskalender

nale Netzwerke der Regionalentwicklung und der beruflichen Bildung. Die Konferenz bietet die Gelegenheit, die Förderstrategie der EU zur beruflichen Bildung in ländlichen Regionen für die nächsten Jahre zu diskutieren sowie Erfahrungen aus verschiedenen Projekten kennenzulernen.

Info: EIPOS, Goetheallee 24, 01309 Dresden, ☎ 0351-4407210

### Biogastagung Westfalen-Lippe

4. März 1999, Haus Düsse, Ostinghausen, 59505 Bad Sassendorf

Das Zentrum für nachwachsende Rohstoffe NRW lädt ein, um gemeinsam mit Fachleuten der Frage nachzugehen, ob Biogas eine Produktionsalternative für die Landwirtschaft darstellt. Die Veredlung von Gülle in einer Biogasanlage bringt neben der Stromproduktion auch eine Reihe von pflanzenbaulichen Vorteilen, wie eine bessere Gülleverträglichkeit, eine höhere Verfügbarkeit der Nährstoffe und eine Hygienisierung der Gülle. Andererseits liegen Hemmschwellen zum Bau einer Biogasanlage bisher im hohen Investitionsumfang, Problemen bei der Produktion und der zusätzlichen Arbeitsbelastung. In Kooperation mit: Landesinitiative Zukunftsenergien NRW, Energieagentur NRW, Fachverband Biogas e.V. Hans-Bernd Hartmann, Zentrum für nachwachsende Rohstoffe NRW, LVA Haus Düsse, ☎ 02945-989-195

### Biogas-Lehrfahrt

13. - 14. März 1999, mit dem Bus ab München

Trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage in der Landwirtschaft: Biogas boomt. Der Fachverband Biogas e.V. reagiert darauf und bietet auch dieses Jahr wieder verschiedene Lehrfahrten im ganzen Bundesgebiet an.

Infos: Fachverband Biogas e.V., Am Feuersee 8, 74592 Kirchberg/Jagst, ☎ 07954-1270, Fax: -1263

### Landschaft schmeckt: Streuobst und Lammfleisch

3. - 7. März 1999, Gut Sundern, Winsen/Aller

Obstbäume, Streuobstwiesen oder Trockenrasen gehören mit ihren seltenen und einmaligen Tier- und Pflanzenarten zu den prägenden Elementen der ländlichen Kulturlandschaft. Unter anderem durch Rodungsprämien, Flurbereinigung oder Umwandlung in maschinengerechtes Ackerland sind diese Lebensräume jedoch akut gefährdet. Am Beispiel der Aufpreisvermarktung von Streuobstprodukten und von Lammfleisch stellt die Veranstaltung Möglichkeiten vor, wie umweltverträgliche Landnutzung, höhere Preise für landwirtschaftliche Produkte und mehr Genuß für die Verbraucher zusammengeführt werden können. NABU-Akademie Gut Sundern, OT Meißendorf, 29308 Winsen/Aller, ☎ 05056-970111

### BTQ-Wintertagung: Lebensmittelqualität

12. - 13. März 1999, Kloster Plankstetten, 92334 Berching

Bei der Tagung der Gesellschaft für Boden, Technik und Qualität (BTQ) soll deutlich werden, welche Bedeutung die vorgestellten Qualitätserfassungsmethoden für den Menschen haben. Gibt es eine eigenständige, dem ökologischen Landbau entsprechende Wissenschaft? Welche

Konsequenzen ergeben sich für Verbraucher, Wissenschaft, Praxis? BTQ, Pf 11 11, 67085 Bad Dürkheim, ☎ 06322-8069

### Naturngemäße Bienenhaltung

10. - 14. März 1999, Bauernschule Hohenlohe

Der Mensch und die Bienen - Betrachtungen zu den Lebensäußerungen des Bienen, Begegnung, Bienenschwarm; Erzeugnisse des Bienenvolkes; Der Bienen - Organismus und höhere Wesenheit im Jahreslauf; Betrachtungen zur Imkerei vom Altertum bis heute; Entwicklung der Öko-Richtlinien für Imkerei - Anregung zu einer alternativen Bienenkultur; Praktische Überlegungen zur Umstellung der Bienenhaltung; Biologie der Varroa-Milbe - Imkern mit der Varroa ... Bauernschule Hohenlohe, Weckelweiler, 74592 Kirchberg/Jagst, ☎ 07954-328

### Bioland-Immerkurs

9. - 11. April 1999, Dt. Inst. f. tropische u. subtropische Landw., Steinstr. 19, Witzenhausen

Der Kurs des Bioland-Bundesverbandes richtet sich in erster Linie an Personen, die mit der Imkerei beginnen möchten und denen es wichtig ist, ihre Betriebsweise nach den Grundsätzen der ökologischen Bienenhaltung auszurichten. Keine Vorkenntnisse nötig. Themen: Biologie der Honigbiene; Beuten und Betriebsmittel; Wachs und Waben; Bienengesundheit und Varooregulierung. Für praktische Arbeiten an Bienenvölkern steht der Lehrbienenstand der Universität zur Verfügung.

Anmeldung: Reiner Schäfer, DITSL, Steinstr. 19, 37213 Witzenhausen, ☎ 05542-3797

### Kleintierhaltung

15. - 18. April 1999, Bauernschule Hohenlohe

Dieser Kurs soll Information und praktische Anleitung über die Haltung bodenständiger Kleintierarten mit dem Ziel der Art-Erhaltung, aber auch der wirtschaftlichen Nutzung geben. Schwerpunkte werden je anderthalb Tage Geflügelhaltung mit all ihren Aspekten und Ziegen- & Schafhaltung sein. Abgerundet wird der Kurs durch den Besuch zweier unterschiedlich großer Milchschafbetriebe und eines Ziegenbetriebes mit Verarbeitung und Direktvermarktung. Bauernschule Hohenlohe, Weckelweiler, 74592 Kirchberg/Jagst, ☎ 07954-328

### Handwerkliche Hartkäseherstellung

27. - 30. April 1999, Hofkäserei Boschenhof, 88299 Friesenhofen

Im Mittelpunkt des Kurses steht die traditionelle Herstellung von Bergkäse und Emmentaler. Er richtet sich an fortgeschrittene Hofkäsereibetriebe mit Erfahrungen in der Milchverarbeitung. Vermittelt wird neben der praktischen Hartkäseherstellung auch das notwendige theoretische Rüstzeug, wie z.B. verschiedene Untersuchungen zur Beurteilung der Milchqualität (Labgärprobe, Gärprobe, pH-Wert u.a.), die Ansprache und Beurteilung von Käsefehlern sowie Grundlagen der Qualitätssicherung. Verband für handwerkliche Milchverarbeitung im ökol. Landbau, Hohenbercha 23, 85402 Kranzberg, ☎ 08166-684218

### Nachhaltige Entwicklung einer Region

27. April 1999, Lüdenschheid

In vielen Städten und Gemeinden gibt es Aktivitäten im Rahmen der lokalen Agenda 21. Weniger bekannt sind Beschlüsse auf Ebene der Regionen zur Inangriffnahme von Handlungskonzepten der nachhaltigen Entwicklung. Der Märkische Kreis südöstlich des Ruhrgebietes hat Ende 1996 einen entsprechenden Beschluß gefaßt und nimmt inzwischen mit 25 anderen Regionen am Wettbewerb „Regionen der Zukunft“ des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung teil. Auf der Tagung wird das Projekt „Modellregion Märkischer Kreis“ vorgestellt. NUA - Natur- u. Umweltschutz-Akademie NRW, Pf 101051, 45610 Recklinghausen, ☎ 02361-305-1

### Im Kino: Land am Rand

26. - 28. März 1999, jeweils 20.00 Uhr, Bürgerzentrum Alter Schlachthof Soest

Land am Rand, der einfühlsame Dokumentarfilm über den Alltag, das Leben und Arbeiten auf drei Betrieben in Nordhessen/Ostwestfalen von Götz Penner, kommt ins westfälische Soest. Am Fr., 26.3.99 wird der Chef von Bioland NRW, Vinvent Thuneke, und am Sonntag, 28.3.99, der Regisseur Götz Penner selbst anwesend sein. Ulrichtor 4, 59494 Soest

### Mythos Gold - Rohstoffabbau und Menschenrechte

16. - 18. April 1999, Bonn

Es ist nicht alles Gold was glänzt. Auf der Suche nach Gold werden weltweit ganze Landstriche zerstört. In Lateinamerika verseucht der Goldabbau Flüsse mit hochgiftigem Zyanid. In der Türkei verlieren Olivenbauern ihr Land. In Indonesien werden ganze Völker aus ihrer Heimat vertrieben. Diese Tagung vermittelt Infos allgemein und anhand von Fallbeispielen und sie sucht die Diskussion mit Goldschmiedern und Nutznießern. Auch die Alternative Goldrecycling wird hinterfragt. FIAN Menschenrechtsorganisation, Sektion Deutschland, Overwegstr. 31, 44625 Herne, ☎ 02323-490099

### JUKB - JugendUmweltKongreß '99

4. - 10. April 1999, Verden/Aller (Nds.)

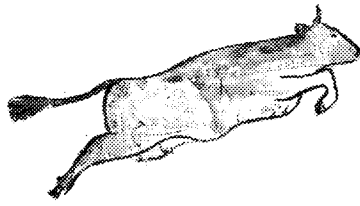
Über 1000 TeilnehmerInnen werden zum 6. bundesweiten JugendUmweltKongreß erwartet. Eine Woche lang werden unter dem Motto „Freut Euch bloß nicht zu früh!“ Perspektiven für die Umweltbewegung entwickelt. Über 200 Arbeitskreise mit einem breiten Themenspektrum für Theoretiker wie Praktiker versprechen interessante Tage. Erstmals wird es auf dem JUKB ein Bundestreffen von TeilnehmerInnen des Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJ) geben, um somit den überregionalen Austausch und die Vernetzung zu fördern sowie gemeinsame Forderungen zur Verbesserung des FÖJ zu entwickeln. Der Spaß und das „andere“ Leben kommen bei all dem nicht zu kurz. Auf geht's.

JUKB-Koordination, Herrlichkeit 1, 27283 Verden (Aller), ☎ 04231-81046, http://ju-gendumweltkongress.de

## Bundesweite Milchtagung 1999

von KLIB, AbL und AG ländliche Entwicklung der Gesamthochschule/Universität Kassel

8. März 1999, 9.30-16.00 Uhr  
KLVHS Hardehausen,  
34414 Warburg-Hardehausen



## Vom Wert der Milch

### Vorgesehener Ablauf:

- 9.30 Uhr** Eröffnung
- 9.45-10.00** Rückblick auf die Themen der vergangenen Milchtagung
- 10.00-11.00** Bedeutung und Vorkommen krebshemmender Fettsäuren in der Milch?; Prof. G. Jahreis, Universität Jena
- 11.00-13.00** Podiumsdiskussion: Aktuelle Agenda 2000-Varianten und ihre Auswirkungen auf die Milcherzeugung – Alternativen aus Sicht von Milchbauern und -bäuerinnen.  
mit: F. W. Graefe zu Baringdorf, MdEP u. AbL-Bundesvorsitzender; NN Agrarkommission der EU, Romuald Schaber, Sprecher des Bundes Deutscher Milchviehhalter und Allgäuer Krisenstab e.V., Wilhelm Brüggemeier, Deutscher Bauernverband e.V.
- 13.00-14.00** Pause; Imbiß
- 14.00-15.00** Möglichkeiten der hofeigenen Milchverarbeitung – eine Übersicht; Siegfried Baßner, Dottenfelder Hof, Bad Vilbel
- 15.00-16.00** Wohin treibt die Zucht der Schwarzbunten in Deutschland?; Josef Battke, Vechta

### Anmeldung bei:

Bundesgeschäftsstelle der KLIB, Drachenfelsstr. 23, 53604 Bad Honnef-Rhöndorf, ☎ 02224-9465-0, Fax: -14

## AbL

## KONTAKTE

### Schleswig-Holstein

**Landesverband:** Ellen Holste, Reit 5, 24848 Alt Bennebek, = 04624/800312  
**Bernd Voss,** Diekdorf Nr. 124, 25554 Wilster, = 04823/8505, Fax: /75330  
**Hinrich Lorenzen,** Winderatt 14, 24966 Sörup, = 04635/2141, Fax: /2114  
**Plön:** Matthias Stührwoldt, = 04326/679  
**Flensburg:** Heiner Iversen, = 04631/7424, Fax 04631/3852

### Niedersachsen

**Landesverband:** 29587 Luttmissen Nr. 2, =+ Fax 05822/2368  
**Heide-Weser:** Karlheinz Rengsdorf, = 04233/669; Ulrike Helberg-Manke, = 04231/63048  
**Elbe-Weser:** Hinrich Burfeind, = 04762/1593; Ada Fischer = 04723/3201, Fax: 04723/2118  
**Wendland-Ostheide:** Horst Seide, = 05865/1247  
**Niedersachsen-Mitte:** Hartmut Hollemann, = 05121/510694  
**Südniedersachsen:** Andreas Backfisch, =+ Fax 0551/7703743

### Nordrhein-Westfalen

**Landesverband NRW:** Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, = 05242/48476, Fax 05242/47838  
**Herford:** Friedel Gieseler, = 05221/62575  
**Minden-Lübbecke:** August Seele, = 05702/9152  
**Hellweg:** Ulrike Ostendorff, = 02307/62281, Wilhelm Ecke, = 02378/2991  
**Sauerland:** Dorothee Biermann, = 02973/2557  
**Höxter-Warburger Land:** Hubertus Hartmann, = 5273/35447  
**Tecklenburger Land:** Martin Steinmann, = 05404/5264  
**Gütersloh:** Erika Kattenstroth, = 05241/57069  
**Düren:** Monika Lövenich, = 02421/680012

### Hessen

**Mittelhessen:** Ernst-Günter Lang, = 06441/75502, Fax: 06441/975995; Ute Rönnebeck, Schützenstr. 24, 35398 Gießen, = 0641/86045  
**Nordhessen:** Bernhard Wicke, = 05665/1403; Onno Poppinga, = 05673/3540

### Rheinland-Pfalz

**Landesverband:** Auf m Kreuzchen 2, 56290 Wohnroth = 06762/951170, Fax: 06762/951191  
**Regionalverband Eifel:** Bitburger Str. 2, 54636 Niederweiler Alfred Hauer, = 06569/7284  
**Regionalverband Hunsrück-Nahe:** Karin Auler-Weber, Auf dem Rech 4, 55481 Oberkostenz, = 06763/601, Fax: 06763/558  
**Koblenz-Mayen:** Engelbert Jung, = 02607/552

### Baden-Württemberg

**Landesverband:** Laubachtal 1, 88484 Gutenzell, = 07352/8928  
**Nordschwarzwald:** Georg Bohnet, = 07443/3990, Martin Reiter, = 07524/2272; Hedwig Noll, = 07463/729  
**Nord-Württemberg:** Brigitte Steinmann, = 07062/61620; Ulrike + Wolfgang Reimer, = 07971/8584  
**Göppingen:** Gerhard Übele, = 07166/422  
**Oberschwaben:** Albrecht Stiefel, = 0751/91171; Josef Bopp, = 07352/8928  
**Schwarzwald-Baar:** Klaus Eible, = 07808/1311  
**Ortenaukreis:** Tilo Braun, = 07805/5465  
**Bodensee:** Anneliese Schmech, = 07553/7529  
**Allgäu:** Bärbel Endraß, = 07528/7840

### Bayern

**Regionalverband Schwaben:** Josef Böck, Leipheimer Str. 8, 89347 Bubesheim, = 08221/6326; Hermann Holl, = 07302/6512  
**Bayerisches Oberland:** Hans Pischelt-Srieder = 08178/5478; Franz-Josef Grenzebach, = 08809/603  
**Landshut-Vilstal:** Josef Schmidt, = 08742/8039  
**Bogen (Bayerischer Wald):** Hermann Ettl, = 09963/1590; Martin Wiethaler, = 09967/9697  
**Franken:** Gabriel Deinhardt, = 09194/8480; Jasmin Berger = 09565/6838

**Geschäftsführer:** Georg Janßen, Schillerstr. 11, 21335 Lüneburg, = 04131/407757, Fax 04131/407758

**Arbeitskreis Frauen:** Ulrike Hasemeier-Reimer, Flurstr. 6, 74405 Gaildorf-Reippersberg, = 07971/8584, Fax 07971/5718

**AgrarBündnis e.V.:** Friedrich von Homeyer, Zur nassen Ecke 2, 49565 Bramsche-Epe

**Neuland e.V.:** Baumschulallee 15, 53115 Bonn 1, = 0228/604960

**Europäische Bauernkoordination EBK-CPE,** Rue Stevin 115, B-1040 Brüssel, = 00322/2300776, Fax 00322/2300348, E-mail: cpe@agoronet.be

**Verein zur Förderung des Anbaus und der Verwertung von Hanf,** Marienfelderstr. 14, 33378 Rheda Wiedenbrück, = 05242/48476, Fax: 05242/47838

**Projektbüro Hanf,** Haus Düsse, Daike Lohmeyer, 59505 Bad Sassendorf/Ostinghausen, = 02945/989195, Fax: 02945/989133

**Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren.** Adi Lambke 05864/233, Anneliese Schmech 07553/7529, Johann Schamann 09861/3945

## Ich werde Mitglied in der **AbL**

### Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte Mitglied in der AbL werden
- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von DM 150,-
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von DM 200,-
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von  DM 200,-  DM 250,- oder DM \_\_\_\_\_ zu zahlen
- Ich bin Kleinbauer, Student, Rentner, arbeitslos und bezahle einen Mitgliedsbeitrag von DM 50,- (Nachweis füge ich bei)
- Ich beantrage als nicht landwirtschaftliche Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von DM 100,-

### Mitgliedsadresse:

Name \_\_\_\_\_ Vorname \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_ PLZ, Ort \_\_\_\_\_

### Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung (Dafür erhalte ich eine Ermäßigung von DM 3,-)
- Ich bin Abonnent der Unabhängigen Bauernstimme:  ja  nein
- Ich bestelle auch die Unabhängige Bauernstimme (Bitte Coupon auf Seite 24 ausfüllen)

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu errichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. \_\_\_\_\_ BLZ \_\_\_\_\_ Bank \_\_\_\_\_

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, daß die Deutsche Bundespost im Falle einer Adreßänderung die neue Adresse an die AbL bzw. Abo-Verwaltung weiterleitet. Widerrufsrecht: Ihre Bestellung kann innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich bei der AbL widerrufen werden.

Unterschrift \_\_\_\_\_ Datum \_\_\_\_\_ Beruf \_\_\_\_\_

Bitte senden Sie die Bestellung in einem Kuvert an:

**AbL e.V. Bauernstimme Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück**

### IMPRESSUM

**Unabhängige Bauernstimme • Herausgeber:** Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Marienfelder Straße 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Tel. 05242/48476, Fax: 05242/47838 • **Bankverbindung:** Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2017838 • **Redaktion:** Ulrich Jasper, Claudia Schievelbein: Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Tel. 05242/48185, Fax: 05242/47838 (Redaktions- und Anzeigenschluß: jeweils am 15. des Vormonats) • **Abonnementpreis:** DM 60,- jährlich • **Erscheinungsweise:** monatlich (11 x jährlich) • **Bestellungen, Adreßänderungen, Veranstaltungshinweise und Anzeigenaufträge** bitte direkt an den Verlag • **Verlag:** ABL Bauernblatt Verlags-GmbH, Marienfelder Straße 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Tel. 05242/48185 Fax: 05242/47838 • **Bankverbindung:** Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2031516 Satz: StadtBlatt Verlags GmbH, Bielefeld • **Druck:** lensing druck, Münster – ISSN-Nr 0934-4632 Postvertriebsstück 1 K 12858 E.

# Freilaufende Unschuldige

Ein widersprüchliches Bild der Landwirtschaft kommt derzeit in der Öffentlichkeit rüber: Einerseits beleidigte Verbandsfunktionäre, da „Bild am Sonntag“ die moderne Tierhaltung entmythologisiert, dazu in Brüssel demonstrierende Globalisierungs-Angsthasen, die ihre Pfründe verteidigen. Andererseits gibts bei McDonald's „Die Unschuld vom Lande“ – den McFarmer für 3,95 DM. Er ist, so bleibt uns wenigstens zu hoffen, anders als die McDonald's Philosophie vorgibt (Fischmác ist aus Fisch, McRib ist mit Rippchen) und ein anderes Werbeplakat verspricht („Von freilaufenden Farmern“) sicher nicht das Produkt einer vordergründigen Standesausrötung. Eher schon das einer Hintergründigen, läßt sich doch der Burger-Bräter von Verarbeitungskonzernen wie Nestlé, Stöver Agrarfrost und Südfleisch mit Einheitsware beliefern. Konzerne, die nicht gerade besonders dafür bekannt sind, mit ihrer Preis- und Abnahmepolitik bäuerliche Strukturen erhalten zu wollen. Aber um all das geht es beim McFarmer ja gar nicht. Der McFarmer möchte die handgemachte, bodenständige, naturverbundene, vertrauensselige, einfach-gestrickte Rotwangigkeit vom Land verkaufen, ein bißchen aufgepeppt mit der zeitgemäßen sprachlichen Globetrotterisierung. Und mit den Farm Potatos. Pommes sind langweilig und maschinell quadratisiert, Bratkartoffeln gutbürgerlich und nichts für die ewige McDonald's Jugend. Farm Potatos aber, vereinen eine neuealte Wortschöpfung, die trotz ihrer simplen Bestandteile große weite Welt vermittelt, mit der Handgeschmisseltheit von – individuelle Formen noch erkennbar lassenden – Kartoffelvierteln. An einigen hängt vielleicht sogar noch ein



Stück Schale aber natürlich kein Stück Lüneburger-Heide-Erde. Die ist vorher gründlich in einem Holzzuber – Stichwort: Produktqualität – abgewaschen worden, vom Farmer im langweiligen Karohemd aber mit modischen Jeans, einfältig und unabhängig – unschuldig und freilaufend eben. Was für eine Show, in der es keine zusammengepferchten Chiken für McNuggets gibt, keine vertraglichen Gängelbänder den Freilauf hindern und das Salatblatt ohne Pflanzenschutz-Wartezeit direkt „Vom Land in den Mund“ wandern kann. Glaubt das der gemeine Burger-Bürger noch? Oder schüttelt er mit dem Kopf, weil ihm in all der Widersprüchlichkeit das Verständnis abhanden gekommen ist für die Unschuldigen vom Lande, die den Mund manchmal etwas voll nehmen und den Hals nicht voll genug kriegen können? „Für Großmundbesitzer“ ist der McFarmer auch gedacht.

Der Mensch lebt nicht von Brot allein und schon gar nicht von ernährungsphysiologisch so wertvollen, wie dem rund um den Farmer-Fladen. Früher oder später verlangt es in ihm nach geistiger Nahrung, die über die Kurzzeiler auf den Burgerplakaten hinausgeht. Er könnte dann die Tablettunterleger direkt im Hause des Fast Foodlers lesen (Kostprobe: „Das Essen schmeckt ihm doppelt fein, trägt Bauer passend Hosilein“). Oder aber sich durch freilaufende Farmer-Texte arbeiten und damit zur Schuld(en)freiheit einer Zeitung vom Lande beitragen – sprich die Bauernstimme lesen.

UNABHÄNGIGE

## Bauernstimme nicht ganz unschuldig

Zutreffendes bitte ankreuzen

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (DM 60,- im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf DM 50,- gesenkt werden.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von DM 30,- bzw. DM 60,- für  6 oder  12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 10 DM für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken)

Zustelladresse

Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname

Name, Vorname

Straße

Straße

PLZ, Ort

PLZ, Ort

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck (dafür erhalte ich eine Ermäßigung von DM 3,-)
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung (dafür erhalte ich eine Ermäßigung von DM 3,-) Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr

BLZ

Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, daß die Deutsche Bundespost im Falle einer Adreßänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, daß ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnentin / des Abonnenten  
(bei Geschenkabo Unterschrift des Auftraggebers)

Datum

Beruf

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Marienfelder Straße 14 oder FAX 05242-47838